

# E & W

Erziehung & Wissenschaft 11/2016  
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW



**RENTE  
MUSS  
FÜR EIN GUTES LEBEN  
REICHEN**



Foto: Annd Drifte

PROF. UTE KLAMMER

## Jetzt handeln!

Wie hoch unsere Rente ausfällt, ergibt sich aus unserem Lebensverlauf und dessen rentenrechtlicher Bewertung. In unserer Forschung konnten wir sieben biografische Dimensionen identifizieren, die zu nicht ausreichendem Alterseinkommen beitragen können: die Erwerbs-, Familien-, Gesundheits-, Bildungs-, Vorsorge- und Migrationsbiografie sowie sonstige biografische Risikoelemente. Zu den Gruppen, die heute von niedrigen eigenständigen Alterseinkommen betroffen sind, gehören familienorientierte Frauen, zugewanderte Menschen, aber auch „umbruchsgeprägte“ Ostdeutsche. Auffallend ist zudem das hohe Risiko Selbstständiger, die bislang mehrheitlich nicht pflichtversichert sind. Ende 2015 waren rund 536 000 Seniorinnen und Senioren auf Leistungen der Grundsicherung im Alter angewiesen; dies entsprach „nur“ 3,1 Prozent der Bevölkerung im Rentenalter. Die Armutsrisikoquote von Rentnerinnen und Rentnern liegt gegenwärtig in Deutschland deutlich unter der von Kindern. Doch hieraus zu schließen, dass kein Handlungsbedarf im Bereich der Alterssicherung bestünde, wäre fatal. Schon jetzt ist zu beobachten, dass die Zahl alter Menschen, die auf Grundsicherung angewiesen sind, zunimmt. Wenn die Rentenbeiträge nicht über 22 Prozent im Jahr 2030 steigen sollen, wird das Niveau in der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) weiter sinken (s. S. 10 ff.); hinzu kommt, dass mit dem Übergang zur nachgelagerten Besteuerung ein wachsender Anteil unseres Alterseinkommens steuerpflichtig sein wird. Die Verheißungen kapitalgedeckter Renten aus betrieblicher Alterssicherung und privater Vorsorge haben im Zeitalter von Finanzmarktkrisen und Niedrigzinsniveau einen Dämpfer erlitten – ganz abgesehen davon, dass diese „zweite und dritte Säule“ der Alterssicherung die Einkommensungleichheit nicht verringert, sondern weiter vergrößert. Künftig ist mit zusätzlichen Risikogruppen zu rechnen, darunter Frauen und Männer mit langjähriger prekärer Beschäftigung und gebrochenen Erwerbsverläufen sowie Geringverdienende. Sie sind nicht nur von den Rentenkürzungen

seit 2001 betroffen, sondern auch von den Umbrüchen am Arbeitsmarkt und Veränderungen der Familienformen. Um Altersarmut effektiv zu bekämpfen, ist daher eine umfassende soziale Lebenslaufpolitik vonnöten. Neben guten Startchancen durch eine solide Bildung sind die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt zentral: Den besten Schutz vor Altersarmut bietet eine durchgängige Erwerbsbiografie mit einem Einkommen, das nicht nur den Lebensunterhalt deckt, sondern auch den Aufbau ausreichender Rentenanwartschaften ermöglicht. Wir müssen begreifen: Erwerbsformen und Löhne, die keinen Beitrag zur Alterssicherung ermöglichen, sind nicht nachhaltig. Sie verschärfen das Risiko der Altersarmut und belasten über die steuerfinanzierte Grundsicherung kommende Generationen. Wesentlich sind daher weitreichende Investitionen in Bildung und Weiterbildung, eine strengere Regulierung atypischer Beschäftigungsformen, flexible Arbeitszeitmodelle und adäquate Löhne. Darüber hinaus sollten schlecht abgesicherte Gruppen wie Selbstständige in die GRV einbezogen und diese schrittweise zu einer universalistischen Bürgerversicherung ausgedehnt werden. Nur wenn man alle Erwerbstätigen zur Vorsorge gemäß ihrer Leistungsfähigkeit über den Lebensverlauf verpflichtet, sind Ausgleichsmechanismen zugunsten von Fürsorgeleistungen, Niedrigeinkommensbeziehern u. a. zu begründen. Stärkung der betrieblichen Alterssicherung? Gerne! Problematisch wäre es jedoch, die Entgeltumwandlung in betrieblichen Sicherungssystemen mit einer weiteren Rentenbeitragsbefreiung von Erwerbseinkommen anzureizen: Diese Vorsorgeformen sind häufig rein arbeitnehmerfinanziert. Zudem sinken mit den ausfallenden GRV-Beiträgen auch die individuellen Rentenansprüche in der gesetzlichen Rentenversicherung. Wenn man ein Loch stopfen will, sollte man es vorher nicht vergrößern.

Prof. Ute Klammer,  
Direktorin des Instituts Arbeit und Qualifikation, Universität Duisburg-Essen

# Inhalt



<b>Gastkommentar</b> Jetzt handeln!	Seite 2
<b>Impressum</b>	Seite 3
<b>Auf einen Blick</b>	Seite 4
<b>Prämie des Monats</b>	Seite 5
<b>Schwerpunkt: Zukunft der Rente</b>	
1. Auf der Suche nach dem Eckrentner	Seite 6
2. Interview mit Annelie Buntenbach: Rückkehr zur Stabilität	Seite 10
3. Wie hoch ist die Rente?	Seite 13
4. GEW-Kommentar: Lohnlücke wird zur Rentenfall	Seite 14
5. Rente – (k)ein Thema für Jüngere?	Seite 16
6. Und die Beamten?	Seite 19
<b>Bildungspolitik</b>	
1. OECD-Studie: Bildungsflaggschiff vor Havarie	Seite 20
2. Was bringen PISA, TIMSS & Co.?	Seite 22
3. Inklusionskongress: „Einfach mal durchziehen“	Seite 34
<b>Hintergrund „JA 13“</b>	
1. GEW-Kampagne: 13 für alle!	Seite 23
2. Interview mit Grundschullehrerin Wiebke Schröder: Überfällig!	Seite 24
3. Stand der „A 13-Kampagne“ in den Ländern: „Politisch weiter Druck machen“	Seite 26
<b>GEW-Intern</b>	
Nachruf: Karl Manderla, Chronist der GEW	Seite 29
<b>Hochschule</b>	
1. „Zukunftsforum Lehrer_innenbildung“: Eine für alle	Seite 30
2. Wissenschaftskonferenz in Wittenberg: Jetzt entfristen!	Seite 32
<b>Gesellschaftspolitik</b>	
Interview mit Zekeriya Altuğ: „Jeder muss Toleranz üben“	Seite 36
<b>Internationales</b>	
1. Friedensabkommen in Kolumbien: Noch nicht am Ziel	Seite 42
2. Europäische Schulen: Feudalistische Verhältnisse	Seite 44
<b>Leserforum</b>	Seite 46
<b>Diesmal</b>	Seite 48
<b>Titel: Werbeagentur Zimmermann</b>	

## IMPRESSUM

**Erziehung und Wissenschaft**  
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 68. Jg.

Herausgeber:  
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
im Deutschen Gewerkschaftsbund  
Vorsitzende: Marlis Tepe  
Redaktionsleiter: Ulf Rödde  
Redakteurin: Helga Haas-Rietschel  
Redaktionsassistentin: Renate Körner  
Postanschrift der Redaktion:  
Reifenberger Straße 21  
60489 Frankfurt am Main  
Telefon 069 78973-0  
Fax 069 78973-202  
renate.koerner@gew.de  
www.gew.de  
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft  
twitter.com/gew\_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel  
der 7. eines jeden Monats.  
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.  
Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet  
sowie Vervielfältigung auf Datenträger der „Erziehung  
und Wissenschaft“ auch auszugsweise nur nach vorheri-  
ger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Gestaltung:  
Werbeagentur Zimmermann,  
Hedderheimer Landstraße 144  
60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitglieds-  
beitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der  
Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30  
Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der  
Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen,  
Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland,  
Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die  
jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für un-  
verlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexem-  
plare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit  
dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge  
stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder  
des Herausgebers dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:  
Stamm Verlag GmbH  
Goldammerweg 16  
45134 Essen  
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller  
Telefon 0201 84300-0  
Fax 0201 472590  
anzeigen@stamm.de  
www.erziehungundwissenschaft.de  
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 39  
vom 01.01.2015,  
Anzeigenschluss  
ca. am 5. des Vormonats

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main



ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei  
gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

### Integrationskurse begehrt

Das Interesse an Integrationskursen habe in diesem Jahr deutlich zugenommen, berichtet die Deutsche Presse-Agentur (dpa). Bis Mitte September hätten laut Regierungssprecher Steffen Seibert bereits rund 200 000 Menschen diese Kurse besucht (im Vorjahr insgesamt: 180 000). Seibert sah dies bereits als Erfolg des erst im August inkraft getretenen Integrationsgesetzes (s. E&W 7-8/2016). Den Zuwachs an Lehrkräften – derzeit 15 000 qualifizierte Pädagoginnen und Pädagogen – schrieb er den neuen Honorarsätzen zu, die sich um zwölf Euro auf 35 Euro pro Unterrichtseinheit erhöht haben. „Die Anhebung des Mindesthonorars ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung“, sagte Ansgar Klinger, im GEW-Vorstand für Weiterbildung verantwortlich. Doch nach wie vor werde das Mindesthonorar der Qualifikation und der gesellschaftlich wichtigen Aufgabe der Lehrkräfte nicht gerecht, so Klinger: „Wir brauchen für Lehrkräfte in der Weiterbildung mit dem öffentlichen Dienst vergleichbare Einkommens- und Beschäftigungsbedingungen.“

### Bildung kann nicht warten!

Für tausende geflüchtete Kinder herrscht nach Angaben von Flüchtlingsinitiativen wie Pro Asyl in Deutschland Lager- statt Schulalltag. Am Rande der Kultusministerkonferenz (KMK), die Anfang Oktober in Bremen stattfand, forderten Flüchtlingsinitiativen gemeinsam mit der GEW eine Schule für alle Kinder. Der Bremer GEW-Landesvorsitzende Bernd Winkelmann appellierte an die Länder: „Das Recht auf Bildung ist ein Grundrecht und die Politik ist in der Pflicht, dafür geeignete strukturelle und personelle Rahmenbedingungen zu schaffen.“ GEW-Vorsitzende Marlis Tepe pflichtete bei und mahnte in Richtung KMK: „Es dauert viel zu lange, bis geflüchtete Kinder die Chance bekommen, eine Kita oder eine Schule zu besuchen.“ Bildung könne nicht warten, sie sei der „Schlüssel“ zur Integration Geflüchteter und asylsuchender Menschen in der Gesellschaft.



Foto: Allegra Schneider

**Protest auf dem Bremer Marktplatz: Flüchtlingsinitiativen und GEW-Aktive fordern das Recht auf Bildung für geflüchtete Kinder ein.**

### Zu wenig Krippenplätze

Nur jedes dritte Kind in Deutschland, das jünger als drei Jahre ist, wird in einer Krippe betreut. Wie das Statistische Bundesamt Ende September mitgeteilt hat, hatten am 1. März lediglich rund 32,7 Prozent Kinder einen Krippenplatz. Große Unterschiede in der Betreuung gibt es nach wie vor zwischen Ost und West: Während die Betreuungsquote in den alten Bundesländern im Schnitt bei 28,1 Prozent lag, betrug sie in den neuen Ländern 51,8 Prozent. In den knapp 55 000 Kitas in Deutschland arbeiten nach Angaben des Statistischen Bundesamts rund 575 000 Fachkräfte. Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) kündigte einen weiteren Ausbau des Betreuungsangebots an. Dazu will die Bundesregierung in einem vierten Investitionsprogramm den Ländern zwischen 2017 und 2020 mehr als 1,1 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Die GEW begrüßt die Pläne Schwesigs, stellt aber gleichzeitig fest, dass es dringend notwendig sei, die Rahmenbedingungen, unter denen die Erzieherinnen und Erzieher arbeiten, qualitativ zu verbessern. „Ein Kita-Qualitätsgesetz ist längst überfällig“, betont Norbert Hocke, im GEW-Vorstand für Jugendhilfe verantwortlich. „Es kann nicht sein, dass in einem Bundesland der Betreuungsschlüssel 1:3 (eine Erzieherin ist für drei Kinder zuständig) und in anderen 1:7 ist.“ Wer den Krippenausbau wolle, müsse zuerst den Beruf der Erzieherin attraktiver machen. „Ausbau und Qualität sind zwei Seiten einer Medaille“, so Hocke. Hier sei die Politik in der Bringschuld – einen weiteren Ausbau auf dem Rücken der Erzieherinnen dürfe es nicht geben.

### Digitale Nachhilfe

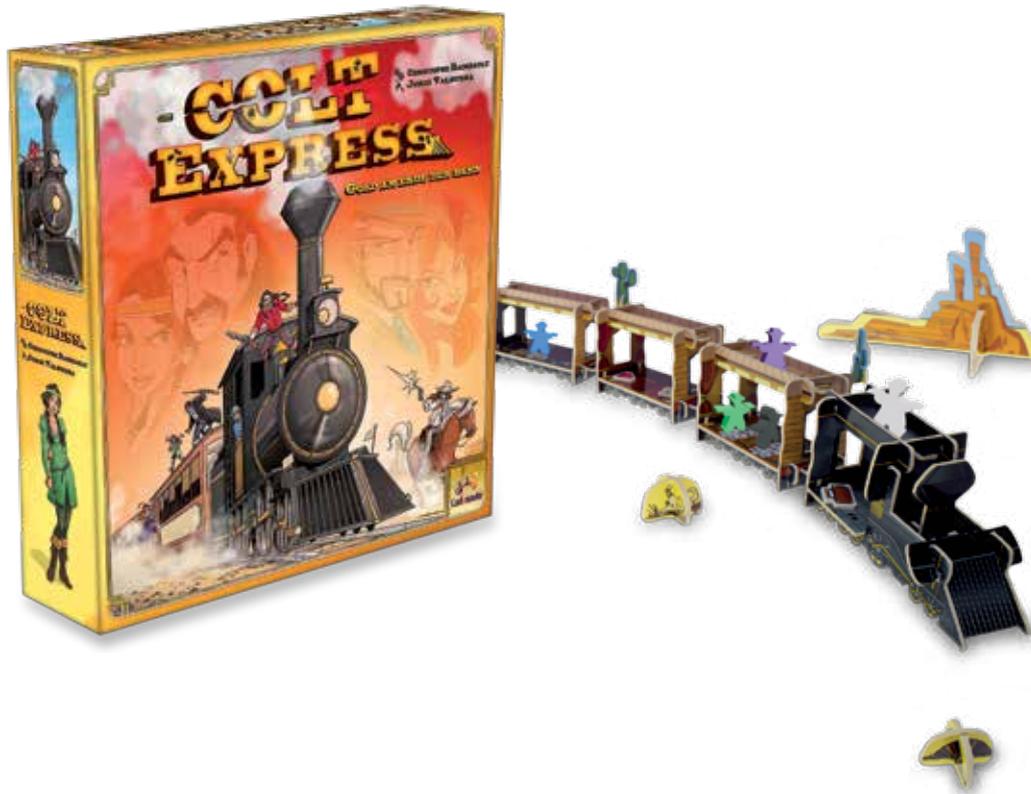
Klassenzimmer sollen künftig keine „digitalen Wüsten“ mehr sein. Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) hat Mitte Oktober in Berlin angekündigt, einen Digitalpakt für Grundschulen, allgemeinbildende und berufliche Schulen zu starten. Dafür will das Bundesbildungsministerium (BMBF) fünf Milliarden Euro lockermachen. Für die 40 000 Schulen, die das BMBF seiner Berechnung zugrunde legt, wären das im Schnitt jeweils 125 000 Euro. GEW-Vorsitzende Marlis Tepe nannte den „DigitalPakt#D“ einen ersten Schritt in die richtige Richtung. Sie wies allerdings darauf hin, dass dieser nur einen Teil der erforderlichen Modernisierung der Infrastruktur an Schulen abdecke. „Was nützt uns die Breitbandverbindung, wenn der Putz von den Decken und Wänden der Klassenzimmer bröckelt“, stellte Tepe fest (s. „Diesmal“, S. 48).

Das Kooperationsverbot ist für Wankas Zukunftsprojekt immer noch ein Hindernis. Es verbietet dem Bund, die Länder in der Bildung finanziell zu unterstützen. Jetzt soll das Kooperationsverbot im Zuge der Neugestaltung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern gelockert werden. „Das ist ein positives Signal für die Bildungspolitik: Jetzt müssen schnell belastbare Vorschläge her, wie die Umsetzung realisiert werden soll. Dabei sind große Spielräume nötig. Der Weg etwa für das Schulsanierungs- und modernisierungsprogramm, das die GEW vorgeschlagen hat, muss freigeräumt werden“, unterstrich Tepe.

# Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie das Spiel „Colt Express“.\*

## Prämie des Monats November: Colt Express – Spiel des Jahres 2015



**Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern**  
**[www.gew.de/praemienwerbung](http://www.gew.de/praemienwerbung)**

\*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder der GEW-Landesverbände Niedersachsen und Thüringen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!

Per E-Mail: [mitglied-werden@gew.de](mailto:mitglied-werden@gew.de) | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

\_\_\_\_\_  
Vorname/Name

\_\_\_\_\_  
Straße/Nr.

\_\_\_\_\_  
PLZ/Ort

\_\_\_\_\_  
GEW-Landesverband

\_\_\_\_\_  
Telefon

Fax

\_\_\_\_\_  
E-Mail

**Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:**

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102



# Auf der Suche nach dem Eckrentner

**// Viele Menschen haben im Alter schon heute keine auskömmliche Rente. Manche leben knapp über, andere sogar unter der Armutsgrenze und bedürfen der Grundsicherung. Von Geldmangel sind im sogenannten Ruhestand – das zeigt auch die Recherche von E&W-Autorin Grit Gernhardt – vor allem Frauen betroffen. Die soziale Notlage vieler Rentnerinnen und Rentner macht deutlich, dass das Rentenniveau nicht noch weiter sinken darf. Der DGB fordert daher in seiner Kampagne (s. S. 10 ff.): „Die Rente muss zum Leben reichen.“ //**

Hermann Müller und Marlies Meier sind 66 Jahre alt und seit einem Jahr im Ruhestand. Sie haben 45 Jahre lang in derselben Firma gearbeitet, stets in Vollzeit, und ihr Gehalt entsprach immer exakt dem Durchschnittseinkommen der Bevölkerung. Beide waren nie länger krank, haben keine Kinder betreut und keine Angehörigen gepflegt. Müller bekommt monatlich 1 222,09 Euro Rente und Meier 1 150,25. Der Unterschied resultiert daraus, dass Meier im Osten und Müller im Westen der Republik wohnt und die Rentensysteme auch 27 Jahre nach der friedlichen Revolution in der DDR immer noch nicht angeglichen sind. Die beiden sind trotzdem zufrieden. Einziges Problem: Es gibt sie gar nicht. Müller und Meier stehen für den „Eckrentner“, der für die Berechnung des Standardrentenniveaus herangezogen wird. Im wirklichen Leben wird man eine solche Normalerwerbsbiografie kaum finden. Wer beispielsweise studiert hat, schafft keine 45 Berufsjahre. Erziehungszeiten, Arbeitslosigkeit, Jobwechsel, Zeiten der Selbstständigkeit, Teilzeit – all das zerstört die am Schreibtisch errechnete Biografie des

Eckrentners und führt zu niedrigeren Renten. Immer mehr alte Menschen müssen unterstützend Grundsicherung beantragen (s. Kasten).

## Problematischer Lebenslauf

Das könnte auch Regina F.\* drohen. Sie hat einen aus Sicht der Rentenberechnung mehrfach problematischen Lebenslauf: Vor der Wende war die Thüringerin Erzieherin in einem Kindergarten, kurz vor der Umbruchzeit aber musste sie aus familiären Gründen auf Heimarbeit umsteigen. Nach mehreren Arbeitsbeschaffungsmaß-

nahmen (ABM) und Weiterbildungen arbeitet die 61-Jährige seit 2008 in einem Erfurter Schulhort – in Teilzeit, denn an den Horten gibt es keine Vollzeitstellen. Im Gegensatz zu Erzieherinnen, die es über die Wendezeit hinaus schafften, im Beruf weiterzuarbeiten, hat der Arbeitgeber F. die Berufsjahre in der DDR nicht anerkannt und sie als Berufsanfängerin eingestuft. Die Übernahme der Horte aus der kommunalen in die Landsträgerschaft im vergangenen Jahr brachte weitere Einbußen: Nur noch 1 287 Euro netto bekommt sie im Monat.

## Grundsicherung gleich Armut?

Die Grundsicherung im Alter geht von „individuellen Bedarfen“ aus. Bei der Grundsicherung im Alter wird zunächst der Bruttobedarf ermittelt. Anschließend werden Einkünfte und ggf. Vermögen davon abgezogen. Der Bruttobedarf setzt sich zusammen aus dem Grundbedarf (entspricht dem bei Hartz IV), eventuellen Sonderbedarfen und den angemessenen Wohnkosten. Der ermittelte Betrag streut erheblich, insbesondere da die Wohnkosten regional unterschiedlich hoch sind. (Ehe)Paare werden zusammen veranschlagt. Von den Menschen über 65 Jahren mit einer eigenen Rente unter 600 Euro bekamen nach einer Untersuchung von 2012 6,1 Prozent Grundsicherung, von denen mit einer Rente zwischen 600 und 800 Euro 2,5 Prozent.\* Ein Viertel der Grundsicherungsbezieher erhält gar keine gesetzliche Rente.

Armut darf man nicht mit Grundsicherungsbezug gleichsetzen. Gängige Messzahlen legen die Armutsschwelle typischerweise relativ zum Medianeinkommen\*\* fest. Zudem wird berücksichtigt, dass mehrere Personen in einem Haushalt anteilig weniger „brauchen“ als allein lebende Menschen (sogenannte „Bedarfsgewichtung“). Das Statistische Bundesamt errechnet z. B. für Ein-Personen-Haushalte 2015 bundesweit eine „Armutgefährdungsschwelle“ (60 Prozent des bedarfsgewichteten Median-Einkommens) von 942 Euro monatlich. Die Einkommen „nach Sozialleistungen“ lagen bei 16,3 Prozent der über 65-Jährigen unterhalb dieser Schwelle. Bezogen auf das regionale Einkommensniveau liegt die Armutsschwelle zwischen 799 Euro in Mecklenburg-Vorpommern und 1 033 Euro in Baden-Württemberg.\*\*\*

G.B.-L.

**\*Bruno Kaltenborn: Bericht für das Forschungsnetzwerk der Deutschen Rentenversicherung Bund**

**\*\*Der Median ist der Wert, bei dem der Abstand zu allen übrigen Werten am geringsten ist. Er ist nicht so anfällig dafür, durch einzelne „Ausreißer“ verzerrt zu werden wie der Durchschnittswert (arithmetischer Mittelwert).**

**\*\*\*Alle Werte aus der Sozialberichterstattung unter: [www.destatis.de](http://www.destatis.de)**



Das sei zu wenig, um sich ein Polster anzulegen, geschweige denn eine private Alterssicherung aufzubauen, sagt sie. In fünf Jahren könne sie aufhören zu arbeiten, bis dahin werde sie sich laut dem letzten Bescheid eine Rente von 837,18 Euro erarbeitet haben. Darin sind die Rentenpunkte bereits eingerechnet, die ihr Ex-Mann bei der Scheidung an sie abtreten musste.

Wie sie davon leben soll, weiß F. nicht. Bereits jetzt reiche es weder für Unternehmungen in der Freizeit noch für Urlaube, soziale Kontakte litten darunter. Ihre Tochter wohnt 500 Kilometer entfernt, sie hat Angst, sich einen Besuch bei ihr und den Enkeln nicht mehr leisten zu können. Wie sie die täglich insgesamt 70 Kilometer zur Arbeit bewältigen soll, falls das Auto kaputt geht, weiß sie ebenfalls nicht. Für die Werkstatt ist kein Geld da.

Mit großen Problemen rechnet F. auch, wenn die Gesundheit nicht mehr mitspielt: Zahnersatz, ein Hörgerät oder Medikamente werden von der Krankenkasse nur teilweise oder gar nicht übernommen. „Wenn es gesundheitlich irgendwie geht, werde ich länger arbeiten“, sagt F. Mit dem Jobcenter hat sie schlechte Erfahrun-

gen gemacht. Sie will versuchen, ohne staatliche Leistungen auszukommen. Auch viele ihrer Kolleginnen in Kindergärten oder Horten helfen nach dem Berufsende an ihrer ehemaligen Arbeitsstätte aus. Die Zahl derer, die im Rentenalter arbeiten, steigt: Die Quote Erwerbstätiger zwischen 65 und 69 Jahren hat sich von 2005 bis 2015 mehr als verdoppelt (von 6,5 auf 14,5 Prozent). Gründe dafür nennt das Statistische Bundesamt zwar nicht, doch ist anzunehmen, dass viele Rentnerinnen und Rentner mit ihrem Geld nicht auskommen.

### Vollzeitverträge Mangelware

Auch Monika Neumann\* will nach dem Renteneintrittsalter weiterarbeiten. An den Hochschulen gebe es massive Probleme mit Blick auf künftige Altersarmut, erzählt sie. Neumann hat auf Lehramt studiert, zwischen 1980 und 1990 stellte das Land Nordrhein-Westfalen aber kaum Lehrkräfte ein. So fing sie im universitären Lehrbetrieb an – die ersten Jahre in Teil-, inzwischen in Vollzeit.

Unbefristete Vollzeitverträge wie ihrer sind an Hochschulen Mangelware: 90 Prozent des akademischen Mittelbaus hangle sich von einem Kurzzeit-

vertrag zum nächsten, so Neumann. Sie selbst hatte in ihrer Berufszeit bereits 18 Fristverträge. Auch Teilzeit mit ihren finanziellen Nachteilen sei an den Hochschulen weit verbreitet. Rund die Hälfte der Uni-Angestellten arbeite zwar mit voller Stundenzahl, erhalte aber nur das Gehalt von Teilzeitbeschäftigten. Wissenschaftliche Hilfskräfte würden teils sogar untertariflich bezahlt.

### Sozialer Abstieg droht

Die 58-jährige Neumann könnte mit 66 Jahren in Rente gehen. Sie wäre aber gern darüber hinaus an der Universität tätig, einfach, um ihren Lebensstandard nicht zu sehr einschränken zu müssen.

Von Armut im gesetzlichen Sinn werde sie im Alter zwar nicht betroffen sein, konstatiert Neumann, aber alles gehe dann nicht mehr. Vielen ihrer akademischen Kolleginnen und Kollegen drohe jedoch der soziale Abstieg: Die Teilzeitverträge machten es beinahe unmöglich, eine annehmbare Rentenhöhe zu erreichen.

An den Schulen, besonders in Ostdeutschland, sieht es zum Teil nicht besser aus. Auch wenn es oft heißt, dass Lehrkräfte ein gutes Auskommen und damit eine auskömmliche Rente hätten – auf alle trifft das nicht zu. Gabi Heinemann\* war immer Lehrerin, laut Vertrag in Vollzeit. In der Realität aber war sie verpflichtet, wie fast alle ihrer Kolleginnen und Kollegen im Osten, ihre Stundenzahl nach der Wende zu verringern. Aufgrund des Geburtenknicks nach 1990 und zahlreicher Abwanderungen nach Westdeutschland gab es viele Lehrerinnen und Lehrer für immer weniger Schülerinnen und Schüler. Bei Heinemann tat die ungünstige Fächerkombination ihr Übriges: Russisch als Hauptfach war kaum noch gefragt und Geschichtslehrkräfte gab es zu viele. Um nicht massenhaft Personal entlassen zu müssen, haben die neuen Bundesländer mit den Gewerkschaften Sozialtarifverträge vereinbart, die auf dem Solidarprinzip beruhen: Das benötigte Stundenvolumen wurde auf die Lehrkräfte verteilt, die einen Arbeitsvertrag hatten. Die Folge: nied-



## Rentenwert Ost an West angleichen

Seit über zehn Jahren setzt sich die GEW gemeinsam in einem Bündnis aus Gewerkschaften (ver.di, EVG, GdP) und Sozialverbänden für eine Angleichung des Rentenwerts Ost an West ein: Die GEW-Gewerkschaftstage 2005, 2009 und 2013 haben entsprechende Beschlüsse gefasst.

Das Bündnis hatte vorgeschlagen, den Rentenwert Ost unabhängig von der Lohnentwicklung stufenweise an den Rentenwert West anzugleichen und die Mehrkosten der Rentenversicherung aus Steuermitteln zu finanzieren\*. Bislang ohne Erfolg – aber immerhin konnte die GEW mit den Bündnispartnern verhindern, dass – wie z. B. von den fünf „Wirtschaftsweisen“ empfohlen – eine kostenneutrale Umrechnung aller Rentenwerte erstellt wurde, die den Anpassungsbedarf „wegdefiniert“ hätte. Sowohl in der letzten als auch in der laufenden Legislaturperiode war die Angleichung Teil des Koalitionsvertrages von Schwarz-Rot im Bund.

Seit Juni 2016 liegt nun ein Referentenentwurf aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales vor, der im Kern den Vorschlag der Gewerkschaften aufgreift: Bis 2020 soll der Rentenwert Ost in zwei Schritten an den des Westens angeglichen werden.

Das Problem: Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) weigert sich bislang, die Zusatzkosten, die mit 1,82 Milliarden Euro ab 2018 und mit 3,88 Milliarden Euro ab 2020 angegeben werden, zu übernehmen. Es war daher bei Redaktionsschluss noch offen, ob es in dieser Legislaturperiode erneut zum Bruch des Wahlversprechens von Union und Sozialdemokraten kommt.

G. B.-L.

\*Mehr dazu unter [www.gew.de](http://www.gew.de) unter dem Stichwort „Ostrente“

rigere Gehälter und dadurch bedingt auch kleinere Rentenbeiträge. Auch verschiedene Vorruhestandsregelungen und Altersteilzeitmodelle wurden in allen neuen Bundesländern angeboten.

Heinemann, die 66-Jährige aus dem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, ging 2008 in den Vorruhestand. Vier Jahre lang bekam sie 80 Prozent ihres vertraglich festgelegten Gehalts. Allerdings zahlte sie vier Jahre lang nicht in die Rentenkasse ein – nicht geleistete Beiträge, die ihr jetzt fehlen. Inzwischen ist Heinemann im Ruhestand – mit fast zehn Prozent Abschlag auf die ohnehin nicht üppige Rente. „Ich lebe zwar oberhalb der Armutsgrenze“, erzählt sie, aber Auslandsreisen seien z. B. nicht möglich. Auch ihr Mann bekomme Rente. „Alleine würde es gar nicht gehen“, sagt Heinemann mit Blick auf ihre solo lebenden Kolleginnen.

Margit Wolf\* ist eine von ihnen. Die 63-Jährige aus Mecklenburg-Vorpommern war Deutsch- und Kunstlehrerin,

vertrat aber nach der Wende hauptsächlich als Personalrätin Lehrkräfte und arbeitete nur wenige Stunden pro Woche als Lehrerin. Seit 2004 senkte sie alljährlich aus Solidarität mit ihren Teilzeitkolleginnen ihre Stundenzahl. Im August 2009 ging sie in den Vorruhestand.

Sie hätte zwar weiter arbeiten können, entschied sich aber aus gesundheitlichen Gründen und wegen eines anstehenden Schulwechsels dagegen. Zudem lief das Personalkonzept aus, ein späterer Vorruhestandsbeginn wäre nicht mehr möglich gewesen. Auch Wolf zahlte in der Vorruhestandszeit keine Rentenbeiträge. Sie wusste um die finanziellen Folgen ihrer Entscheidung, hat diese aber nie bereut.

Heute ist sie Rentnerin. Ihre Lage sei zwar schwierig, berichtet sie, aber mit Zusatzeinkünften aus einer landwirtschaftlichen Verpachtung könne sie ihr Leben bestreiten. Am problematischsten sieht Wolf ihren nicht geplanten Verbleib in der privaten Krankenkas-

se, die monatlich fast 500 Euro kostet und deren Beitrag weiter steigt – in die gesetzliche kann sie nicht (mehr) wechseln. Lebenshaltungskosten habe sie bereits eingespart, Versicherungen gekündigt. Trotzdem sei für vieles kein Geld da.

## Fatal für Alleinerziehende

Auch für Alleinerziehende ist das Rentenrecht fatal: Wer Kinder zuhause betreut, erwirbt weniger Rentenpunkte. Das betrifft überwiegend Frauen – neun von zehn Eltern, die allein mit Kindern leben, sind laut einer Studie des Bundesfamilienministeriums Mütter. Besser bezahlte Arbeitsplätze oder Leitungsposten werden meistens an Kinderlose oder Vollzeit arbeitende Männer vergeben – den Alleinstehenden bleiben oft nur die schlechter bezahlten Stellen. Meist arbeiten sie trotzdem in Teilzeit, auch weil es nicht überall in Deutschland ausreichende und gute Betreuungsangebote gibt: 2014 waren 72,7 Prozent der Mütter in Teilzeit beschäftigt, bei den Vätern waren es nur 5,9 Prozent, gibt das Statistische Bundesamt an.

Bei der Suche nach „echten“ Erwerbsbiografien wird klar, dass es „den Eckrentner“ nicht nur nicht gibt, sondern dass sich dieser auch nicht als sozialpolitische Leitfigur eignet. In der Realität sind Herr Müller und Frau Meier keine glücklichen Rentner: Sie müssen zusehen, wie sie über die Runden kommen.

Grit Gernhardt,  
Redakteurin für Soziales beim  
„neuen deutschland“

\*Die Namen sind der Redaktion bekannt.

Bei der Suche nach Interviewpartnern für diesen Text machte die Autorin die Erfahrung, dass kaum jemand bereit war, über Altersarmut zu reden – zu groß ist offensichtlich die Angst vor Stigmatisierung.



Mitdiskutieren  
[www.gew.de/](http://www.gew.de/)  
EundW



# Rückkehr zur Stabilität

// „Die heute jungen Beschäftigten werden im Alter nicht mehr von ihrer Rente leben können, wenn es bei der derzeit vorgezeichneten Absenkung des Rentenniveaus bleibt“, warnt Annelie Buntenbach, DGB-Vorstandsmitglied für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, im Gespräch mit E&W. //

**E&W:** Der rot-grünen Rentenreform lag die Idee zugrunde, die Folgen des demografischen Wandels nicht allein den Arbeitnehmern aufzubürden, sondern die Älteren an der Last zu beteiligen. Was ist daran falsch?

**Annelie Buntenbach:** Das Konzept der Riester-Reform lautete, das Rentenniveau abzusenken, um die Beitragssätze niedrig zu halten, und die entstehende Lücke durch private Vorsorge zu decken. Wenn wir nach 15 Jahren Bilanz ziehen, sehen wir: Das hat nicht funktioniert. Gerade Geringverdiener schaffen es nicht, der Rentenlücke hinterherzusparsen. Die Politik muss deshalb die Leistungsfähigkeit der Renten wieder viel stärker in den Blick nehmen, sonst fallen in Zukunft immer mehr Menschen in Altersarmut (s. Literatur S. 12).

**E&W:** Was ist schiefgelaufen?

**Buntenbach:** Eine ganze Menge. Wir sehen, dass diejenigen, die es am meisten brauchen würden, also Haushalte mit niedrigem Einkommen, am wenigsten riestern, schon weil sie trotz Förderung den Eigenanteil nicht aufbringen können. Diejenigen mit den höheren Einkommen nehmen die Förderung mit. Das heißt: Wer es braucht, wird nicht erreicht. Wer erreicht wird, braucht es nicht. Ein weiterer Punkt ist, dass sich die damaligen Erwartungen an die Zinsentwicklung auf dem Kapitalmarkt überhaupt nicht erfüllt haben. Zudem ist Riester nicht dynamisiert. Wer mit 65 aus einem Riestervertrag 100 Euro bekommt, erhält auch mit 75 nicht mehr. Die Entwicklung von Preisen und Löhnen bleibt unberücksichtigt. Damit findet eine kontinuierliche Entwertung statt. Unsere Folgerung: Man kann auf diesem Wege trotz Förderung Lücken, die in der gesetzlichen Rentenversicherung entstehen, nicht schließen.

**E&W:** Was ist Ihre Alternative?

**Buntenbach:** Wir schlagen vor, das Niveau der gesetzlichen Rente als Allererstes zu stabilisieren. Langfristig muss es angehoben werden. Wenn alles so wei-

terläuft, wie die Weichen jetzt gestellt sind, sinkt das Niveau bis 2030 auf bis zu 43 Prozent und danach noch weiter. Dann kommen gerade die heute Jungen nicht mehr über die Runden. Die Stabilisierung ist auch zu schaffen. Wenn wir jetzt die Rücklagen der Rentenversicherung zu einer Demografiereserve ausbauen, werden wir 2030 noch eine ganze Weile ein stabiles Niveau finanzieren können und dann auch die Zeit haben, grundsätzlichere Weichenstellungen in der Rentenversicherung vorzunehmen.

**E&W:** Auf welcher Höhe wünschen Sie sich eine Stabilisierung?

**Buntenbach:** Auf der heutigen Höhe von 48 Prozent. Dafür muss die Politik jetzt die Weichen stellen. Das heißt, dass die Rücklagen, die die Rentenversicherung zurzeit noch hat, nicht weiter ausgegeben werden dürfen. Wir wissen alle, vor welchen demografischen Herausforderungen wir stehen. Dafür brauchen wir eine Finanzreserve. Das heißt auch, dass gesamtgesellschaftliche Aufgaben wie die Mütterrente – immerhin sieben Milliarden Euro im Jahr – nicht länger aus der Beitragskasse bezahlt werden. Schließlich heißt es, die Beitragserhöhungen, die ohnehin auf uns zukommen – von heute 18,7 auf 22 Prozent bis 2030 –, in kleinen, verkraftbaren Schritten vorzuziehen und damit eine Reserve aufzubauen, die es ermöglicht, die Stabilisierung des Rentenniveaus über eine längere Frist zu finanzieren.

**E&W:** In einem zweiten Schritt wollen Sie langfristig das Niveau deutlich erhöhen – bis wann und auf welche Höhe?

**Buntenbach:** Ich kann jetzt keine Zahlen nennen. Wir werden dafür erst dann über eine seriöse Grundlage verfügen, wenn die Bundesregierung im November ihre Rentenprognose auf den Tisch gelegt hat, die erstmals über das Jahr 2030 hinausgehen soll.

**E&W:** Reden wir in dieser zweiten Phase allein über das Niveau der gesetzlichen Rente oder über einen Mix?

**Buntenbach:** Es geht um die gesetzliche Rente, aber gleichzeitig auch um die Aus-



Annelie Buntenbach

Foto: DGB, Simone M. Neumann

>> Fortsetzung auf Seite 12

# Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit unserer Versorgungsanalyse für Frauen.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

**Sie kümmern sich um alles. Aber haben Sie dabei auch an sich gedacht? Viele Frauen im Öffentlichen Dienst arbeiten nur Teilzeit oder pausieren ganz. Gründe hierfür sind meist Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen. Zu dieser speziellen Situation hat die DBV sich Gedanken gemacht. Die Versorgungsanalyse zeigt Ihnen:**

- ✓ mit welchen Bezügen Sie im Alter rechnen können
- ✓ wie Sie Ihre Versorgungslücke intelligent schließen können und trotzdem flexibel bleiben
- ✓ wie Sie Ihre finanzielle Unabhängigkeit im Alter bewahren

Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

**Mehr Informationen:**  
**FrauenimOeffentlichenDienst@dbv.de**  
**oder Telefon 0800 292 22 74.**

Sonderkonditionen in der  
Krankenversicherung für  
Mitglieder der

Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft



## &gt;&gt; Fortsetzung von Seite 10

weitung der betrieblichen Alterssicherung. Die Betriebsrente mehr Menschen zugänglich zu machen – etwa durch Allgemeinverbindlicherklärung entsprechender Tarifverträge – ist ein altes Anliegen der Gewerkschaften. Die betriebliche Altersvorsorge kann aber nicht Lückenbüßer für die gesetzliche Rentenversicherung sein. Sie ist am erfolgreichsten, wenn sie auf ein stabiles Niveau der gesetzlichen Rente aufsetzen kann.

**E&W:** Hat sie derzeit dasselbe Problem wie Riester: den Zinsschwund am Kapitalmarkt?

**Buntenbach:** Das ist sicher der Fall. Weil aber bei der betrieblichen Alterssicherung die Arbeitgeber mit im Boot sind, ist sie für die Beschäftigten allemal noch lukrativer als eine private Vorsorge.

**E&W:** Das Rentenniveau ist eine recht abstrakte Rechengröße, die über die individuelle Rentenhöhe nicht viel aussagt. Weshalb setzen Sie gerade hier an?

**Buntenbach:** Es wäre in der Tat eine Illusion, zu meinen, dass der „Standardrentner“ mit seinen 45 Versicherungsjahren in der Realität noch eine große Rolle spielt. So eine bruchlose Erwerbsbiografie bekommen nur noch die wenigsten zustande. Darum schlägt die Absenkung des Rentenniveaus für diejenigen, die im Niedriglohnbereich arbeiten müssen, Zeiten der Arbeitslosigkeit haben oder erwerbsgemindert sind, besonders massiv zu Buche. Das Rentenniveau ist eben die Basis, auf der auch andere Leistungen aufsetzen.

**E&W:** Darf man Ihr Konzept so verstehen, dass Sie die „Dämpfungsfaktoren“ in der Rentenformel\*, die derzeit dafür sorgen, dass der Rentenanstieg immer geringer ausfällt als das Wachstum der Arbeitnehmerinnen, gerne abschaffen würden?

**Buntenbach:** Es gibt unterschiedliche Vorschläge, wie wir nicht nur zu einer Stabilisierung, sondern auch zu einer Anhebung des Rentenniveaus kommen können. Als erstes muss die Politik entscheiden, das Rentenniveau nicht weiter abzusenken. Wir müssen eine gesellschaftliche Diskussion darüber führen, wie die Alterssicherung in der Zukunft aussehen soll. So müssen die Renten wieder dauerhaft an die Lohnentwick-

lung angekoppelt werden. Rentnerinnen und Rentner müssen sicher sein, dass ihre Renten wie die Tarifentgelte steigen.

**E&W:** 1962 kamen sechs Erwerbstätige auf einen Rentner, heute beträgt das Verhältnis weniger als zwei zu eins. Ist es illusorisch, von der gesetzlichen Rente die Sicherung des Lebensstandards zu erwarten?

**Buntenbach:** Was klar sein muss, und das ist für uns als Gewerkschaften auch unabdingbar: Wer jahrzehntlang gearbeitet hat, darf im Alter keinen sozialen Abstieg hinnehmen müssen. Das ist auch deshalb dringend geboten, um jungen Menschen die Sicherheit zu geben, dass sie, wenn sie heute in die Rentenversicherung einzahlen, im Alter eine Rente erhalten, von der sie leben können.

**E&W:** Wie hoch sind die Kosten Ihres Rentenkonzepts, und wie sollen diese finanziert werden?

**Buntenbach:** Es wird umso bezahlbarer, je mehr Menschen in die Rentenversicherung einzahlen. Deshalb geht es nicht nur um das Verhältnis von Alten und Jungen. Es geht auch darum, wie viele Frauen in Beschäftigung sind, welche Perspektiven Arbeitslose und geflüchtete Menschen hier haben, und wie es um die Aufwärtsmobilität am Arbeitsmarkt bestellt ist. Klar ist in jedem Fall: Wir müssen zur paritätischen Finanzierung der demografischen Herausforderung zurückkehren. Sie wurde durch die Riesterrente beseitigt, weil seither von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erwartet wird, zusätzlich zu ihren Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung vier Prozent ihres Einkommens für eine private Vorsorge aufzubringen. Unsere Forderung ist, auch das paritätisch zu finanzieren. Im Moment wird die demografische Herausforderung allein von den Beschäftigten geschultert, wenn etwa davon die Rede ist, das Renteneintrittsalter weiter anzuheben. Wir Gewerkschaften werden und können das nicht zulassen.

**E&W:** Wie weit über die bis 2030 veranschlagten 22 Prozent hinaus kann der Rentenbeitrag Ihrer Meinung nach steigen?

**Buntenbach:** Damit werden wir uns befassen, wenn die Bundesregierung ihre Zahlen im November vorlegt. Ich weise aber darauf hin, dass die 22 Prozent, die

als Obergrenze im Gesetz stehen, für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohnehin 26 Prozent bedeuten, wenn man die Belastung durch die Riesterrente hinzurechnet.

**E&W:** Sie haben das Konzept der Demografiereserve bereits 2012 entwickelt. Welche Erfahrungen haben Sie mit der Resonanz gemacht?

**Buntenbach:** Es gab eine spannende Diskussion und auch offene Ohren. Aber leider ist die Politik unserem Vorschlag so nicht gefolgt. Es ist aber auch heute noch nicht zu spät. Der Politik sollte klar sein, dass wir nicht in eine Situation hineinflaufen dürfen, in der die Legitimation der gesetzlichen Rente auf dem Spiel steht.

**E&W:** Wie sehen Sie jetzt die Aussicht auf Erfolg?

**Buntenbach:** Ich bin zuversichtlich, dass der DGB mit seiner Kampagne etwas bewegen wird. Das ist einfach dringend nötig. Wir haben Verbündete in den Sozial- und Wohlfahrtsverbänden wie auch in der Politik. Wir haben es geschafft, den Mindestlohn ins Gesetzblatt zu bekommen. Ich bin guter Dinge, dass wir auch bei der Rente etwas erreichen werden.

Interview: Winfried Dolderer,  
Publizist und Historiker

**\*Der sogenannte „Riester-Faktor“ berücksichtigt die Belastung der Arbeitnehmer durch private Altersvorsorge und Rentenbeitrag und mindert so das Durchschnittsnetto als Berechnungsgrundlage für die Rentenentwicklung. Der „Nachhaltigkeitsfaktor“ berücksichtigt die Entwicklung des zahlenmäßigen Verhältnisses zwischen Erwerbstätigen und Rentnern.**

**Literaturhinweis:**  
„Lebenswege in die Altersarmut“, Biografische Analysen und sozialpolitische Perspektiven, Sozialpolitische Schriften, Band 94. Autoren sind Antonio Brettschneider und Ute Klammer, 461 Seiten, Verlag Duncker & Humblot (Berlin), 2016.



# Wie hoch ist die Rente?



Die Höhe der Rente wird im deutschen System nicht als Prozentsatz vom (End-)Gehalt definiert, sondern es werden Jahr für Jahr Entgeltpunkte gutgeschrieben. Ihre Höhe richtet sich nach dem versicherten Entgelt relativ zum Durchschnittsentgelt: Wer ein Jahr lang durchschnittlich verdient (2016: 36.267 Euro), erhält einen Entgeltpunkt. Wer das Anderthalbfache verdient, bekommt entsprechende Punkte.

Die Rentenhöhe ergibt sich also aus der Summe der Entgeltpunkte und hängt von der Dauer der Einzahlung und der Höhe des Verdienstes in den gesamten Berufsjahren ab:

Verdient ein Beschäftigter beispielsweise 45 Jahre lang durchschnittlich, erhält er eine „Standardrente“, deren Verhältnis zum Entgelt dem „Standard-Rentenniveau“ entspricht. Zahlt ein Beitragszahler 45 Jahre lang ein, verdient aber am Ende des Erwerbslebens mehr als am Anfang, fällt seine Rente relativ zum Endgehalt geringer aus. Verdient ein Erwerbstätiger durchschnittlich, zahlt aber weniger als 45 Jahre ein (z. B. aufgrund von Schule, Studium, Familie oder Arbeitslosigkeit), so vermindert das die Rente relativ zum Endgehalt.

G. B.-L.

## Durchschnittliche Rentenzahlbeträge (in Euro)

Stand: 31. Dezember 2015

	Männer West	Männer Ost	Frauen West	Frauen Ost
Altersrenten	1 040	1 124	580	846
Volle Erwerbsminderungsrenten	763	715	729	795
Hinterbliebenenrenten	278	358	594	640
Alle Renten insgesamt	969	999	592	783
Anteil der Renten unter 600 Euro (ohne Hinterbliebenenrenten, in Prozent)	24,7	6,2	54,2	15,4

Quelle: Rentenversicherung in Zahlen 2016



## Nutzen Sie unsere attraktiven Sonderkonditionen

Dienstunfähigkeitsversicherung  
Berufsunfähigkeitsversicherung

Versicherungsschutz  
bis 67 möglich!

Sicherheit für den Fall der Dienst- oder Berufsunfähigkeit ist wichtig! Denn dieses Risiko wird oft unterschätzt. Die HUK-COBURG bietet Ihnen Sonderkonditionen bei Neuabschluss einer Dienst- oder Berufsunfähigkeitsversicherung. Damit sparen Sie über die gesamte Laufzeit bares Geld!

Sprechen Sie mit uns. Wir beraten Sie gerne auch persönlich vor Ort: Die Adressen unserer Geschäftsstellen finden Sie in Ihrem örtlichen Telefonbuch unter „HUK-COBURG“ oder unter [www.HUK.de/Ansprechpartner](http://www.HUK.de/Ansprechpartner)



FRAUKE GÜTZKOW



Foto: Kay Herschelmann

## Lohnlücke wird zur Rentenfall

Die durchschnittlichen Altersrenten von Frauen und Männern liegen noch immer weit auseinander: Eine Erzieherin (über 95 Prozent Frauenanteil im Erzieherberuf) beispielsweise erreicht nach 40 Beitragsjahren lediglich eine Rente, die bei rund 60 Prozent des Alterseinkommens eines Facharbeiters in der Metallbranche liegt (Männeranteil in der Metallindustrie: 79,1 Prozent). Das macht zweierlei deutlich: Die traditionelle Arbeitsteilung von Männern und Frauen lebt fort und spiegelt sich nach wie vor auf dem Arbeitsmarkt wider. Zudem sind es noch immer die Frauen, die für die Familie beruflich zurückstecken und deswegen in Teilzeit gehen. Kürzere Wochenarbeitszeiten bedingen geringere Einzahlungen in die gesetzliche Rentenversicherung und wirken sich im Alter in niedrigeren Renteneinkommen aus. Das ist Fakt. Ein weiteres Manko: Frauen unterbrechen ihre Erwerbstätigkeit häufiger für längere Zeit, weil sie Kinderbetreuung oder Pflegeaufgaben übernehmen. Und immer noch sind sie es, die einen sehr hohen Preis für ihre familiäre (Allein-)Zuständigkeit zahlen. Schmale Renten sind allerdings nicht nur Folge individueller weiblicher Erwerbsbiografien, sondern auch Ausdruck diskriminierender Arbeitsmarktpolitik: Frauen arbeiten nicht selten – mangels Alternativen – in Minijobs oder in sogenannten Frauenberufen, die schlecht bezahlt werden. Hinzu kommt, dass viele Branchen häufig nur Teilzeitplätze anbieten. Das trifft nicht nur auf Einzelhandel, Gastronomie oder Reinigungsgewerbe, sondern ebenso auf Arbeitsplätze in Kitas und Horten, an Hochschulen und in der Weiterbildung zu. Frauen werden so oft in die Zuverdienstrolle gedrängt, ihren Lebensunterhalt können sie daher nicht alleine bestreiten. Die Lohnlücke wird zur Rentenfall.

Mit seinem Motto „Rente muss für ein gutes Leben reichen“ kämpft der DGB für einen Kurswechsel in der Rentenpolitik. Als erster Schritt soll das Niveau gesetzlicher Rente stabilisiert werden. Das ist gerade für Arbeitnehmerinnen wichtig, für die die gesetzliche Rente die wichtigste Säule der Alterssicherung

ist – vor allem dann, wenn sie keine Betriebsrente oder nicht den finanziellen Spielraum haben, zusätzlich privat vorzusorgen. Fest steht: Die Höhe der Renten ist ein Spiegelbild des Erwerbsverlaufs, der nachträglich nicht korrigiert werden kann. Deshalb will der DGB, dass Politik einen sozialen Ausgleich für Geringverdienende schafft. Die Gewerkschaften fordern für diese Gruppe, zu der viele Frauen gehören, eine Rente nach Mindestentgeltpunkten, d. h. die Rentenpunkte sollten auf 75 Prozent des durchschnittlichen Renteneinkommens aufgestockt werden. Die Arbeitnehmerorganisationen machen sich zudem für einen sozialen Rentenausgleich aller Frauen und Männer stark, die gesellschaftlich notwendige Arbeit leisten bzw. geleistet haben. Erziehungs- und Pflegezeiten müssen materiell stärker berücksichtigt werden.

Dass Frauenrenten heute noch so niedrig ausfallen, zeigt, dass die geschlechterbedingte Arbeitsteilung nicht nur ein zentrales Thema war, sondern immer noch ist. Hier muss Politik umsteuern. Sicher, Teilzeit der Familie zuliebe ist eine Ursache von Altersarmut und finanzieller Abhängigkeit. Aber: Gute Arbeit ist vor allem eine, von der Frauen wie Männer auch mit ihren Altersrenten ihre Existenz sichern können.

Auf der gewerkschaftlichen Agenda steht – nicht nur mit Blick auf die Rente – auch eine andere Arbeitszeitpolitik. Erwerbs- und Familienarbeit sollten sich Männer und Frauen künftig gerechter zeitlich aufteilen können. Die „kurze Vollzeit“, d. h. eine wöchentliche Arbeitszeit von zirka 32 Stunden als Richtgröße für Männer wie für Frauen, ist für alle eine politische Zielmarke, von der je nach Lebensphase und -form nach oben und unten abgewichen werden kann. Dies wäre nicht nur ein wichtiger Schritt, der Frauen vor Altersarmut schützen könnte, sondern auch eine Voraussetzung, Männern die partnerschaftliche Übernahme von Familienarbeit zu ermöglichen.

Frauke Gützkow,  
im GEW-Vorstand für Frauen- und Seniorenpolitik verantwortlich

# Dem Leben auf der Spur

Das Medienpaket zur Sexualaufklärung

BZgA

Bundeszentrale  
für  
gesundheitliche  
Aufklärung

Für Mädchen und Jungen  
Für das selbstständige Lesen  
Für das gemeinsame Lesen mit den Eltern  
Für den Einsatz im Unterricht



## Das Medienpaket enthält

- die Geschichte »Dem Leben auf der Spur«
- das Lexikon »Das kleine Körper ABC«
- das Falblatt »Das Baby im Bauch der Mutter«
- das doppelseitige Plakat »Wenn Eizelle und Samenzelle sich treffen«
- die Anschreiben für Lehr- und Fachkräfte sowie für Eltern und Erziehungsberechtigte.

Bestellen Sie das Medienpaket **kostenlos** unter [order@bzga.de](mailto:order@bzga.de) oder per Post bei der BZgA, 50819 Köln mit dieser **Bestellnummer: 13160000**



## Rente – (k)ein Thema für Jüngere?

**// Klar ist: Aus (fast) jedem Beitragszahler wird einmal eine Rentnerin oder ein Rentner. Zwischen Beitragszahlung und Rentenbezug liegen allerdings oft Jahrzehnte. Solche Zeiträume zu überblicken, ist alles andere als einfach. Und doch muss Rentenpolitik genau das versuchen. Ein Erklärungsversuch. //**

Die gesetzliche Rentenversicherung ist das größte „Unternehmen“ in Deutschland. Sie nahm 2015 gut 270 Milliarden Euro ein und gab 272 Milliarden Euro aus.\* Zum Vergleich: Der VW-Konzern setzte im vergangenen Jahr weltweit 213 Milliarden Euro um, der Apple-Konzern weltweit 233 Milliarden US-Dollar (derzeit rd. 207 Milliarden Euro). Jeder vierte Einwohner Deutschlands ist Rentnerin oder Rentner, mehr als die

Hälfte ist bei der Deutschen Rentenversicherung (DRV) versichert. Über diese werden jedes Jahr rund neun Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) umverteilt. So gesehen ist Rente ein großes Thema.

Anders als z. B. im Gesundheitswesen, in dem viele Berufsgruppen ihr Geld verdienen und entsprechend viele lautstarke Lobbygruppen mit ihren Partikularinteressen agieren, sind die Positio-

nen in der Rentenpolitik, so scheint es, klar verteilt: Da gibt es die Rentner, die möglichst viel Geld für ihren Lebensunterhalt wollen, und die Beitragszahler, die möglichst wenig in die Rentenkasse einzahlen wollen ... – oder?!? Ganz so einfach ist es nicht, auch wenn manche schlicht gestrickten Kommentare uns dies weismachen wollen.

Zunächst ein Rückblick: Nachdem die deutsche gesetzliche Rentenversicherung durch zwei Weltkriege zweimal ihre gesamten Rücklagen verloren hatte, setzte sie ganz auf das Umlagesystem – das heißt: Die laufenden Renten werden durch laufende Beitragseinnahmen finanziert. In den 1990er-Jahren, stark beeinflusst von der internationalen Debatte, zeichnete sich allerdings schon der Paradigmenwechsel ab, den die „Riester-Reformen“ 2001 politisch umgesetzt haben: Alterssicherung sollte stärker über die Kapitalmärkte organisiert werden. Als Instrument hob man in Deutschland die „Riester-Rente“ als staatlich subventioniertes privates Anlageprodukt aus der Taufe, parallel dazu hat die Politik ein Förderinstrumentarium für die kapitalgedeckte betriebliche Altersversorgung entwickelt. Der ökonomische Mainstream ging davon aus, dass es möglich sei, die Alterssicherung von der nationalen Demografie abzukoppeln, wenn die „alternden“ Gesellschaften (in Europa) Geld in „jüngere“ Weltregionen investierten, damit sie später von den Renditen dieser Investitionen die Renten bezahlen könnten. Kritische Stimmen warnten vor den ökonomischen und politischen Risiken einer solchen Strategie. Aber bis weit in das linke politische Lager hinein war Ende der 1990er-Jahre die Hoffnung verbreitet, dass über die betriebliche und/oder private Altersvorsorge nun auch die Arbeitnehmer an den phantastischen Renditen partizipieren könnten, die damals an den Kapitalmärkten zu beobachten waren. Das war die Hoffnung auf „mehr Rente für weniger Geld“. Dass all jene, die mit einem solchen Paradigmenwechsel

viel Geld verdienen wollten – Banken, Versicherungen, Investmentfonds usw. – diese Stimmung nach Kräften beförderten, überrascht nicht.

**Sorge um den Beitragssatz**

Damit wurde die paritätische Finanzierung der Alterssicherung ausgehebelt. Das „altmodische“ Umlagesystem wurde zur Basissicherung degradiert. Nicht mehr die Frage „Was soll das System leisten?“ stand im Zentrum, sondern der Beitragssatz. Die Beschäftigten tragen einen höheren Anteil am Gesamtaufwand, denn auch Riester- und Betriebsrenten erfordern schließlich eine Beitragszahlung.

Ausgangspunkt aller Debatten war die Sorge, dass der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung aufgrund der alternden Bevölkerung – steigende Lebenserwartung und seit 1970 jedes Jahr weniger Geburten als Sterbefälle – ohne weiteres Zutun stetig ansteigen werde. Es gibt aber keine objektive Grenze, was sich eine Volkswirtschaft an Beitragssätzen „leisten“ kann. Die meisten unserer Nachbarländer leben mit höheren Beitragssätzen in ihren gesetzlichen Alterssicherungssystemen. Da Rente immer eine Umverteilung von Aktiven zu Nicht-mehr-Aktiven bedeutet, ist dies letztlich eine Frage des politischen Aushandlungsprozesses. Und die wurde 2001 von einer breiten Mehrheit im Bundestag so beantwortet: Mehr als 20 bis 22 Prozent Rentenversicherungsbeitrag sei den Beitragszahlern nicht zuzumuten.

In einem Umlagesystem gibt es drei Möglichkeiten, den Beitragssatz zu senken: Weniger Rente auszahlen, Rentenzeiten verkürzen oder mehr Geld – von weiteren Beitragszahlern oder Dritten – einkassieren. Faktisch hat Politik an allen drei Schrauben gedreht. Alle Bundeszuschüsse machen heute zusammen gut 23 Prozent aller Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung aus, zur Jahrtausendwende waren es lediglich gut 20 Prozent. Rentenleistun-

**AKUTKLINIK URBACHTAL**

PRIVATKLINIK FÜR PSYCHOSOMATIK UND PSYCHOTHERAPIE



- \_\_\_\_\_
- Burnout
- \_\_\_\_\_
- Lebenskrisen
- \_\_\_\_\_
- Depressionen
- \_\_\_\_\_
- Angststörungen
- \_\_\_\_\_
- Chronische Schmerzen
- \_\_\_\_\_
- Traumafolgestörungen

- ★ Hochfrequente Therapie
- ★ Herzlichkeit und Mitgefühl
- ★ Individualität in familiärem Kreise
- ★ 60 Betten / 30 Therapeuten

NMI-FK 1327

Psychosomatisches  
Privatkrankenhaus  
beihilfefähig

88339 Bad Waldsee  
0 75 24 990 222  
[www.akutklinik.de](http://www.akutklinik.de)



**Würdesäule.**

Bildung ermöglicht Menschen, sich selbst zu helfen und aufrechter durchs Leben zu gehen.  
[brot-fuer-die-welt.de/bildung](http://brot-fuer-die-welt.de/bildung)



Mitglied der **actalliance**

Würde für den Menschen.

gen für Zeiten ohne Beiträge (z. B. Schule und Studium, längere Arbeitslosigkeit) wurden rigoros gestrichen, das Rentenalter deutlich angehoben. Dazu hat der Staat zunächst alle Möglichkeiten, vorzeitig in Rente zu gehen, entweder mit Abschlägen versehen oder abgeschafft. Als das immer noch nicht ausreichte, hat der Bundestag 2004 die schrittweise Anhebung des Rentenalters von 65 auf 67 Jahre bis 2031 verabschiedet.



Foto: Werner Schuering, BMAS

Arbeitsministerin Andrea Nahles, SPD

### Dämpfungsfaktoren

Doch der wichtigste Mechanismus, um Ausgaben zu dämpfen, lief über das Rentenniveau (s. Kasten rechts oben). Steigen die Renten langsamer als die Löhne, sinkt das Rentenniveau. In einem ersten Schritt wurden die Rentenanpassungen acht Jahre lang um je 0,5 Prozentpunkte vermindert, da die Beitragszahler nun auch vier Prozent zusätzlich für ihre kapitalgedeckte Vorsorge aufwenden müssten (Riesterfaktor, s. S. 10 f.). Dann baute man die Rentenformel so um, dass sie automatisch reagiert: Steigt der Rentenbeitrag, vermindert das die Rentenerhöhung (Beitragsatzfaktor). Entwickelt sich das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentnern ungünstig, reduziert das ebenfalls den Rentenanstieg („Nachhaltigkeitsfaktor“). Was viele sich dabei nicht klar machen: Die Rentenanpassung betrifft nicht nur alle Renten, sondern auch den Wert der Rentenanwartschaft (des Rentenkontos) aller Versicherten.

In diesem Jahr trug, neben den höheren Löhnen, der Nachhaltigkeitsfaktor dazu bei, dass die Renten besonders stark stiegen. Beides war eine Folge der sehr guten Entwicklung am Arbeitsmarkt und nicht, wie es z. B. die Tageszeitung „Die Welt“ unterstellte, ein „Wahlkampfmanöver“, um sich die Stimmen der Älteren zu sichern.\*\* Denn nicht auf

die Zahl der „Köpfe“ in den jeweiligen Altersgruppen kommt es an, sondern darauf, wie viel in das System eingezahlt worden ist. Mehr Frauenerwerbstätigkeit, mehr Arbeitsplätze für Ältere, mehr Einwanderung in den Arbeitsmarkt, all das hat zu einer positiven Entwicklung in den vergangenen Jahren beigetragen, die vor 15 Jahren keiner erwartet hatte. Und wenn das Statistische Bundesamt im September meldet, dass 5,7 Millionen Menschen Arbeit suchen oder mehr arbeiten wollen\*\*\*, ist da noch viel Luft nach oben.

### Irrweg

In den 2020er-Jahren werden die „Babyboomer“-Jahrgänge das Rentenalter erreichen. Der stärkste Geburtsjahrgang 1964, der als erster bis zum Alter von 67 Jahren erwerbstätig sein muss, geht 2031 in Rente. Dass dies für jedes Alterssicherungssystem eine Belastung darstellt, ist unbestritten. Deshalb hatten DGB und Gewerkschaften schon 2011 von der schwarz-gelben Regierungskoalition gefordert, die gute Finanzlage zu nutzen und das Geld als „Demografie-reserve“ für die kommenden Jahre zurückzulegen. Diese Chance hat die Politik jedoch verspielt: Der Beitragssatz wurde seit 2011 wider besseres Wissen von 19,9 Prozent in mehreren Schritten auf 18,7 Prozent gesenkt. Doch auch jetzt, in den letzten verbliebenen „ruhigen“ Jahren, ließe sich durch kleine, verkraftbare Erhöhungen des Beitragssatzes ein kleines Polster aufbauen, mit dem man die sonst unvermeidbaren sprunghaften Beitragssatzsteigerungen in den 2020er-Jahren glätten könnte (s. S. 10 f.).

Die eingebauten Automatismen in der Rentenformel werden das Rentenniveau weiter senken. Nach aktuellen Prognosen wird es (netto vor Steuern) bis 2030 von derzeit knapp 48 Prozent auf gut 44 Prozent fallen. Ohne gesetzliche Eingriffe wird sich der Prozess auch nach 2030 weiter fortsetzen. Die Bundesregierung rechnet derzeit für das Jahr 2045 mit einem Rentenniveau von 41,6 Prozent. 15 Jahre sind vergangen, seit proklamiert wurde, den Lebensstandard zu sichern, sei künftig nur im Zusammenspiel der drei Säulen gesetzliche, betriebliche und private Altersversorgung

### Rentenniveau – was ist das?

Das Rentenniveau beschreibt das Verhältnis von Löhnen zu Renten. Das Standard-Rentenniveau netto vor Steuern beträgt aktuell 47,9 Prozent: Vom Durchschnittsentgelt 2016 von 3 022 Euro brutto bleiben nach Abzug der Sozialbeiträge noch 2 502 Euro. Die Rente aus 45 Entgeltpunkten beträgt seit dem 1. Juli 2016 1 370 Euro brutto, nach Abzug von Kranken- und Pflegeversicherung 1 197 Euro. Das Verhältnis der beiden: 2 502 zu 1 197 Euro gleich 47,9 Prozent. G. B.-L.

zu erreichen. Heute wissen wir: Der rentenpolitische Paradigmenwechsel hat sich als Irrweg erwiesen. Es ist Zeit, innezuhalten und das ganze System neu auszutarieren. Dazu muss eine neue Bundesregierung 2017 in einem ersten Schritt den Sinkflug des Rentenniveaus anhalten. Nur dann werden die heute Jungen noch bereit sein, das gesetzliche Umlagesystem weiter zu finanzieren. Und: Nur auf der Basis eines stabilen gesetzlichen Rentenniveaus lohnt es sich, auch gewerkschaftlich für arbeitnehmerfreundlichere Betriebsrentensysteme zu kämpfen. Mathematik könne keine Politik ersetzen, hat Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) bei der Auftaktveranstaltung zur DGB-Rentenkampagne Mitte September gesagt. Der DGB und die Gewerkschaften werden dafür kämpfen, dass dieser Einsicht auch Taten folgen.

Gesa Bruno-Latocha,  
Referentin im GEW-Arbeitsbereich Tarif- und Beamtenpolitik

### Weitere Informationen:

<http://rente-muss-reichen.de>

\*Alle Werte zur gesetzlichen Rentenversicherung, soweit nicht anders angegeben, aus „Rentenversicherung in Zahlen 2015“

\*\*Dorothea Siems: Gerontokratie.

In Deutschland herrscht das Regime der Alten, Die Welt vom 30. Juni 2016

\*\*\*Pressemitteilung vom 23. September 2016

# Und die Beamten?

**// Beamtinnen und Beamte zahlen nicht in die gesetzliche Rentenversicherung ein. Ihre Versorgung im Alter (Pension) wird direkt aus den öffentlichen Haushalten gezahlt. //**

Obwohl es sich bei Rente und Versorgung rechtlich und finanziell um zwei getrennte Systeme handelt, gibt es politisch enge Wechselwirkungen. Einschnitte in der Rente wurden meist „wirkungsgleich“ in die Beamtenversorgung übertragen, z. B. die Absenkung des Höchstversorgungssatzes um vier Prozent analog der Absenkung des Rentenniveaus durch den „Riester-Faktor“ oder die schrittweise Anhebung der Altersgrenze auf 67 Jahre. Auch an den Stammtischen sind beide Themen eng verwoben: Heißt es dort doch gerne: „Die sollten erst mal die Politiker und die Beamten rannehmen, bevor es wieder uns an den Kragen geht.“ Da hilft es auch nichts, wenn Beamtinnen und Beamte entgegen, dass man ihnen bei ihrer Verbeamtung mehr versprochen hatte, als sie heute bekommen. Auch nicht, dass man ihnen mit der Jahressonderzahlung mal eben ein Dreizehntel der Jahrespension wegstrich oder dass jeder zweite Rentner zusätzlich eine Betriebsrente erhält. Doch: Einfache Antwort-

ten helfen nicht weiter. Würde man heute am grünen Tisch ein neues Rentensystem erfinden, sähe dieses sicher anders aus. Es würde – zumindest nach dem Willen der Gewerkschaften – alle arbeitenden Menschen einbeziehen. Das System der Beamtenversorgung existierte aber in ähnlicher Form wie heute schon bei Einführung der Bismarck'schen Arbeiter-Rentenversicherung im ausgehenden 19. Jahrhundert. Ähnlich wie bei anderen Sondersystemen wäre daher ein Abwickeln eines bestehenden Systems rechtlich und wirtschaftlich sehr schwierig. Bei den Beamtinnen und Beamten kommt hinzu, dass die Doppelbelastung für die Eingliederung in die Rentenversicherung (Beiträge für Aktive plus Versorgung für Ehemalige) aus Steuermitteln zu stemmen wäre, was die politischen Widerstände nochmals verstärken dürfte. Deshalb hat der DGB beschlossen, sich auf das Machbare zu konzentrieren und „in einem ersten Schritt“ alle Erwerbstätigen, ohne anderweitige Absicherung, in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen. Ein vernünftiger Weg. Alles andere wäre ein Streit über „ungelegte Eier“.

Andreas Gehrke,  
GEW-Vorstandsmitglied für Tarif- und Beamtenpolitik



## Habichtswald-Klinik

Klinik für Ganzheitsmedizin und Naturheilkunde  
Psychosomatik · Innere Medizin · Onkologie

### Leisten Sie pädagogische Schwerstarbeit?

### Fühlen Sie sich ausgebrannt und müde?

... bei uns können Sie wieder Atem schöpfen und neue Kraftquellen erschließen.

Seit über 20 Jahren kombinieren wir aktuelle und bewährte Therapieverfahren der Psychotherapie, der Schulmedizin, des Gesundheitssports und der Naturheilkunde zu einer Ganzheitsmedizin, die zum Ziel hat, Körper, Geist und Seele wieder in eine gesunde Balance zu bringen. So können eigene Fähigkeiten frei entfaltet werden und zur Heilung beitragen. Weitere Informationen zu unseren Spezialkonzepten z.B. bei Burnout, Tinnitus, Depression oder Angsterkrankungen erhalten Sie unter [www.habichtswaldklinik.de](http://www.habichtswaldklinik.de) oder gebührenfrei\* unter 0800 890 11 00.

Habichtswald-Klinik · Wigandstraße 1 · 34131 Kassel-Bad Wilhelmshöhe

# Bildungsflaggschiff vor Havarie

**// Knapp 1,4 Millionen junge Menschen zwischen 25 und 34 Jahren gelten in Deutschland als „ungelernt“ – sprich: ohne Berufsabschluss. Dennoch preist die Politik das duale Berufsbildungssystem uneingeschränkt als „deutsche Erfolgsgeschichte“. Und die OECD stimmt in ihrer aktuellen Studie „Bildung auf einen Blick“\* unkritisch in diese Lobeshymne ein. //**

Wie sich die Zeiten ändern. Andreas Schleicher, Direktor für Bildung bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), war den deutschen Kultusministern stets ein Dorn im Auge. Jahrelang kritisierte er die im internationalen Vergleich niedrigen deutschen Akademikerquoten, prangerte die extrem hohe Abhängigkeit von Bildungserfolg und sozialer Herkunft in der Bundesrepublik an und erkannte auch am deutschen Berufsbildungssystem wenig Gutes.

Schleicher rechnete vor, dass Akademiker

gegenüber betrieblich Ausgebildeten im Laufe ihres weiteren Berufslebens weitaus seltener arbeitslos werden und auch im hohen Alter bei Verlust des Jobs viel schneller wieder eine neue Beschäftigung finden – von den krassen Gehaltsunterschieden ganz zu schweigen.

Konservative Bildungspolitiker zeigten sich Jahr für Jahr bei jeder erneuten Präsentation eines OECD-Bildungsberichtes entsetzt. Die Kultusminister von CDU und CSU schlossen sich mit ihren Amtskollegen aus der Schweiz und Österreich zusammen und intervenierten mehrfach bei der OECD. Schleicher galt als „Mister Miesmacher“ – wo doch das „deutsche Bildungsflaggschiff“, die duale Ausbildung, für Konservative jahrzehntelang als genauso sakrosankt galt wie die Hauptschule. Überfällige Reformen wurden dadurch immer wieder verschleppt.

Doch das Dauerfeuer in Richtung Schleicher und OECD-Bildungsbericht zeigt offenbar langsam Wirkung. Bei der Präsentation der jüngsten Studie gab sich der ansonsten streitbare OECD-Mann äußerst moderat, sprach von einem „reibungslosen Übergang von der Ausbildung in den Beruf“. Dies sei eine der „herausragendsten Stärken des deutschen Bildungssystems“.

Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) nahm das Lob genussvoll auf – und stichelte: „Aber Herr Schleicher, früher haben Sie doch ganz anders gesprochen ...“

In der Tat sind aktuell die Erwerbslosenquoten aller Altersgruppen wie auch der verschiedenen Qualifikationsbereiche in Deutschland weitaus niedriger als in den anderen OECD-Industrienationen – primär wohl aber eher ein Ergebnis der allgemein guten wirtschaftlichen Entwicklung. Das gilt für Akademiker, Meister und Techniker wie auch für Erwerbspersonen mit einem Sek-II-Abschluss (Abitur, FH-Reife oder betriebliche Lehre). Während sich für letztere Gruppe die Erwerbslosenquote in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren von elf Prozent auf 4,3 Prozent reduzierte, ist sie im OECD-Durchschnitt gestiegen – und zwar von 6,3 auf 7,3 Prozent.

## Zahl Ungelernter stagniert

Doch wo Licht ist, gibt es auch Schatten. Das belegen die nüchternen Zahlen im Innenteil des über 600 Seiten starken internationalen OECD-Bildungsberichts ebenso wie auch andere aktuelle deutsche Statistiken. Die fast 1,4 Millionen Ungelernten in der besonders problematischen Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen sind schließlich auch ein



Cartoon: Thomas Pläßmann

„Produkt“ dieser hochgelobten Berufsbildungspolitik der vergangenen Jahre: Das sind 13,8 Prozent dieser Altersgruppe, also nahezu jeder siebte junge Mensch in der Bundesrepublik. Während andere Industrienationen diese „Risikogruppe“ auf dem Arbeitsmarkt deutlich reduzieren konnten, herrscht hierzulande nahezu Stagnation.

Schleicher räumte ein, dass dies „unbefriedigend“ sei. „Der Bildungsaufstieg aus bildungsfernen Milieus“ sei in Deutschland nach wie vor besonders schwierig. Nur einer von zehn der 25- bis 44-Jährigen aus einem bildungsfernen Elternhaus schaffe einen Studienabschluss. Nur in sechs der weltweit für den Vergleich herangezogenen über 30 Industrienationen sei diese „Bildungsmobilität“ zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten noch geringer ausgeprägt.

### Weniger Ausbildungsplätze

Seit zehn Jahren ist das Lehrstellenangebot der Unternehmen rückläufig, vor allem im Handwerk und bei kleineren Betrieben – wie der jüngste nationale Bildungsbericht und auch der Berufsbildungsbericht 2016\*\* belegen. In den Wirtschaftsseiten der Zeitungen findet man zwar häufig Klagen über 41 000 angeblich nicht zu besetzende Ausbildungsplätze – seltener jedoch den Hinweis, dass auch 2015 erneut über 80 000 junge Menschen bei der Lehrstellensuche leer ausgegangen sind.

Zugleich ist die Zahl der Schulabgängerinnen und -abgänger im „Übergangsbereich“ und in den „Warteschleifen“ nach Jahren des Rückgangs wieder deutlich gestiegen – auf über 270 000 (plus 7,2 Prozent gegenüber 2014). 23 Prozent dieser jungen Menschen haben keinen Hauptschulabschluss, aber fast die Hälfte hat ihn. Gut ein Viertel der Teilnehmerinnen und Teilnehmer verfügt sogar über die „Mittlere Reife“ – und dennoch finden diese keinen akzeptablen Ausbildungsplatz. Doch wie sagte

Bildungsministerin Wanka: „Der Übergang von Bildung in das Berufsleben funktioniert in Deutschland so gut wie in fast keinem anderen Land.“

Hamburgs Schulsenator Ties Rabe (SPD) wollte das nicht so undifferenziert im Raum stehen lassen und räumte ein: „Der Übergang von Schule in den Beruf kann noch besser werden.“ Die Nachqualifizierung ungelerner Erwachsener sei außerordentlich schwierig. Man müsse deshalb früher, vor allem in der Schule, ansetzen.

Sorgen bereitet den Experten laut Berufsbildungsbericht die nach wie vor hohe Zahl von Schulabgängern, die sich zunächst um eine Ausbildungsplatz-Vermittlung bei den Arbeitsagenturen bemühen – dann aber mit „unbekanntem Verbleib“ aus der Beratungsstatistik verschwinden. 2015 waren dies immerhin fast 94 000 junge Menschen (4 400 = 4,5 Prozent weniger als im Vorjahr). Es sei nicht auszuschließen, „dass für einen Teil dieser jungen Menschen das Risiko besteht, dass sie ‚quasi unbemerkt‘ aus dem Bildungssystem herausfallen – mit den bekannten negativen Folgen für die Beschäftigungsfähigkeit und die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe“, heißt es nüchtern in dem Bericht. Die Autoren berufen sich dabei auf eine Sonderauswertung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB), nach der über ein Drittel dieser jungen „unbekannt verbliebenen“ Schulabgänger direkt den Weg in die Arbeitslosigkeit fand. Und so entsteht schließlich eine neue Generation Hartz-IV-Empfänger.

Karl-Heinz Reith,  
freier Journalist

**\*Aktueller OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick“:** [www.oecd.org/berlin/publikationen/bildung-auf-einen-blick.htm](http://www.oecd.org/berlin/publikationen/bildung-auf-einen-blick.htm)  
**\*\*Berufsbildungsbericht 2016:** [www.bmbf.de/pub/Berufsbildungsbericht\\_2016.pdf](http://www.bmbf.de/pub/Berufsbildungsbericht_2016.pdf)



Die DebeKa-Vorsorge-Innovation 2016

## Chancenorientierte Rentenversicherung mit Fondskomponenten

Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes

**DebeKa** Versichern und Bausparen  
anders als andere

Die zeitgemäße und intelligente Altersvorsorge.  
Informieren Sie sich jetzt.

Info  
**(08 00) 8 88 00 82 00**  
[www.debeka.de](http://www.debeka.de)

[www.debeka.de/socialmedia](http://www.debeka.de/socialmedia)

**Wir geben Halt!  
Anonym, kostenlos,  
365 Tage im Jahr.**



**Gesucht!  
Ehrenamtliche  
Psychologen und  
Sozialpädagogen**  
für anonyme  
Online-Beratung  
von Jugendlichen  
mit psychischen  
Problemen

### Ihr Engagement:

3 bis 4 h pro Woche zu Hause am eigenen PC

### Informationen unter:

[www.jugendnotmail.de/berater](http://www.jugendnotmail.de/berater)  
Telefon: 030 804 966 93

**Wir freuen uns auf Sie!**

# Was bringen PISA, TIMSS & Co.?

**// PISA, TIMSS und IQB-Ländervergleich: Die deutsche Schule sei in Ordnung. Und: Alles wird besser – zumindest sei man „auf einem guten Weg“. So oder so ähnlich werden die Kommentare und Beschwichtigungen der Kultusminister lauten, wenn in den nächsten Wochen die Ergebnisse der neuen Schultests veröffentlicht werden. Doch: Vorsicht ist geboten. //**

Erinnern wir uns: Das Jahr 2015 bescherte den Schulen in der Bundesrepublik ein Mammut-Testjahr wie noch nie. Nach den flächendeckenden VERA-Leistungsvergleichsarbeiten für die 8. Klassen zu Jahresbeginn folgten die umstrittenen VERA-



Foto: image

**PISA & Co. stehen vor der Tür: Haben die nationalen und internationalen Leistungsvergleiche wirklich dazu beigetragen, das Kernproblem des deutschen Bildungssystems – die starke Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der Herkunft – zu lösen?**

Tests für die Drittklässler. Im Mai mussten dann mehr als 56 000 Jugendliche zwischen 14 und 16 Jahren zeigen, was sie in Naturwissenschaften, Deutsch, Mathematik, Englisch und in einigen Bundesländern auch in Französisch „draufhaben“. Es ging zum einen um einen neuen innerdeutschen Bundesländer-Vergleich des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) im Auftrag der Kultusministerkonferenz (KMK). Zum anderen wurden Daten für den internationalen „Testklassiker“ PISA der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erhoben. Und dann gibt es jetzt auch noch neue TIMSS-Befunde (Trends in International Mathematics and Science Study). Das ist die international vergleichende Untersuchung, die seit 1995 im vierjährigen Turnus von der International Association for the Evaluation of Educational Achievement (IEA) ausgeführt wird.

Die jeweiligen Resultate werden der Öffentlichkeit nun bis Jahresende im Zweiwochenrhythmus präsentiert. Das wird Verwirrung stiften – und man könnte argwöhnen, dies sei mit der geballten nahezu zeitgleichen Veröffentlichung der Studien auch gewollt. „Augen zu und durch“, heißt es dazu intern bei manchen Strategen in den Länder-Schulministerien.

Inzwischen mehren sich aber Zweifel, ob das jahrelange, viele Millionen Euro teure Wiegen und Vermessen deutscher Schülerinnen und Schüler tatsächlich konkrete Verbesserungen für den Schulalltag gebracht hat. Das gilt insbesondere für das Kernproblem des deutschen Bildungssystems: der nach wie vor extrem ausgeprägten Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft. Diesen Befund hat der im Sommer vorgelegte jüngste nationale Bildungsbericht von KMK und Bundesbildungsministerium noch einmal bestätigt.

Nachteile haben schon Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern, die jünger als drei Jahre sind. Kinder mit Migrationshintergrund nutzen viel seltener als andere Gleichaltrige Angebote der Kindertagesbetreuung. Weitaus weniger nehmen diese Mädchen und Jungen später auch Kita-Bildungsangebote wahr. Sie haben zudem einen höheren Sprachförderbedarf und werden häufiger als andere bei der Einschulung zurückgestellt.

Die Nachteile setzen sich fort. „So ist die Wahl der weiterführenden Schulart nach der Grundschule weiterhin von den elterlichen Bildungsabschlüssen abhängig“, stellen die Autoren in ihrem Bericht fest. Die „sozialen Disparitäten“ in der deutschen Bildung spiegeln sich später ebenso beim Zugang zur Berufsausbildung wider wie auch in den Abbruchquoten von Lehrverträgen. Das gleiche „soziale Gefälle“ gibt es beim Hochschulzugang und später beim Übergang vom Bachelor- in das Masterstudium – ebenso bei der Teilnahme an Weiterbildung.

## Äußerste Vorsicht

Die Aussagen von Kultusministern wie auch der von ihnen beauftragten Schulforscher, die deutsche Bildung sei in den vergangenen 15 Jahren seit dem PISA-Schock von 2001 doch „chancengerechter“ geworden, sind dabei mit äußerster Vorsicht zu genießen. So wurden in den ersten deutschen PISA-Auswertungen alle drei Jahre die sozialwissenschaftlichen Kriterien für die Einordnung der Schichtzugehörigkeit der Elternhäuser verändert – was einen seriösen Langzeitvergleich erheblich erschwert.

In PISA-kritischen Veröffentlichungen wird zudem darauf verwiesen, wie sich die soziale Zusammensetzung der deutschen Schüler-Stichprobe seit 2003 von Mal zu Mal verändert hat. Das heißt, ab 2006 fanden sich unter den jeweils per Zufallsauswahl getesteten Schülerinnen und Schülern weitaus weniger Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern als noch bei früheren Untersuchungen.

Die Autoren des nationalen Bildungsberichts schreiben dazu: „Das Ringen um Chancengleichheit im Bildungssystem (bleibt) eine zentrale Herausforderung.“

Karl-Heinz Reith,  
freier Journalist



# 13 für alle!

**// Grundschullehrerinnen werden in allen Bundesländern als Beamtinnen nach Besoldungsgruppe A 12 bezahlt, als Angestellte sind sie in Entgeltgruppe (EG) 11 eingruppiert. Fest steht: Ihre Bezahlung hinkt den Entwicklungen im Schulbereich hinterher. Es ist also an der Zeit, etwas zu ändern. Die GEW setzt den Hebel an und startet jetzt ihre Kampagne „JA 13 – weil Grundschullehrerinnen es verdienen“. //**

Das kleine „i“ im Kampagnenmotto ist bewusst gesetzt: Zirka 90 Prozent der Lehrkräfte an Grundschulen sind Frauen. Die aktuelle Studie „Bildung auf einen Blick“ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) verdeutlicht, dass Grundschullehrkräfte in Deutschland schlechter als alle anderen vollausgebildeten Lehrkräfte bezahlt werden. In einem Beruf, der bis heute weiblich geprägt

ist, ist das eine mittelbare Diskriminierung von Frauen. Damit muss endlich Schluss sein! Dass Grundschullehrkräfte weniger verdienen als Sekundarstufe-II-Lehrkräfte, ist in anderen Ländern längst nicht mehr üblich: In England, Griechenland, Kolumbien, Polen, Portugal und Schottland – das zeigt der internationale Vergleich – erhalten Lehrerinnen und Lehrer unabhängig von der Schulform, in der sie unterrichten, das gleiche Gehalt. In Australien, Korea, Luxemburg, Slowenien, der Türkei und den Vereinigten Staaten beträgt der Gehaltsunterschied weniger als fünf Prozent. Allerdings gilt grundsätzlich: In pädagogischen Berufen, in denen zu meist Frauen arbeiten, sind im OECD-Schnitt die Einkommen geringer als in anderen akademischen Berufsgruppen.

## Ausbildung wird angeglichen

Dass die finanzielle Benachteiligung der Grundschullehrerinnen nicht mehr mit der Ausbildung zu begründen ist, zeigt ein Blick auf die Studiengänge. Diese werden für die Lehrämter unterschiedlicher Schulformen hinsichtlich Anforderungsniveau und Dauer in den Bundesländern nach und nach angeglichen. Das entspricht den gestiegenen Erwar-

tungen an Professionalität nicht nur im Grundschulbereich. Während in der Vergangenheit eine kürzere Ausbildung an einer Pädagogischen Hochschule für das Lehramt an Grundschulen ausreichte, ist heute in sieben Bundesländern ebenso wie bei Lehrkräften der Sekundarstufe I und II ein Masterabschluss nach zehn Semestern erforderlich. Und: Ein zweites Staatsexamen ist für alle Schulformen Zugangsvoraussetzung für den Lehrberuf.

Die Ausbildung für das Grundschullehramt hat gemäß dem, was für die Berufspraxis wichtig ist, einen großen Anteil pädagogischer Elemente. Diese sind fachlich bzw. wissenschaftlich nicht weniger anspruchsvoll als die Anforderungen in anderen Lehramtsstudiengängen, wie ein Blick in die Studien- und Prüfungsordnungen zeigt. Insbesondere nachdem die Studiendauer für alle Lehrämter an Universitäten mehr und mehr einheitlich geregelt wird, gibt es nun keine Argumente mehr, Lehrkräfte an Grundschulen schlechter zu bezahlen. Doch nicht nur Studiendauer und fachliche Anforderungen an künftige Grundschullehrkräfte sind in der Ausbildung als gleichwertig mit anderen Lehramtsstudiengängen anzusehen,



Foto: Dominik Buschardt

**Grundschullehrkräfte: für ihre verantwortungsvolle und belastende Arbeit zu schlecht bezahlt.**

belegt das Rechtsgutachten von Eva Kocher\* (s. Interview in E&W 5/2016). Auch in den Landesverfassungen und Schulgesetzen werden der Erziehungsauftrag und die „überwiegend pädagogische Arbeit“ der Grundschullehrkräfte wertgeschätzt. Das Abstandsgebot, das fordert, bei der Besoldung von Beamtinnen und Beamten zu differenzieren, ist für den Schulbereich als Argument ebenso hinfällig. Der Vergleich von Aus- und Vorbildung sowie von Verantwortung und Leistung in dem Kocher-Gutachten unterstreicht die Gleichwertigkeit der Lehrtätigkeiten aller Schulformen und -stufen. Auch vor diesem Hintergrund lässt sich das Einkommensgefälle zwischen den Lehrkräften besoldungs- wie tarifrechtlich nicht länger rechtfertigen.

### Arbeit ist gleichwertig

Zwar ist die Arbeit von Grundschullehrkräften nicht die gleiche wie die der Lehrkräfte anderer Schulformen, etwa in der Sekundarstufe II, aber sie ist gleichwertig. Dies gilt für die intellektuellen Anforderungen, die Verantwortung im Unterricht sowie die psychosozialen und

physischen Belastungen im Umgang mit Schülerinnen und Schülern. Die GEW hatte vor einigen Jahren eine Pilotstudie\*\* in Auftrag gegeben, die die Lehrtätigkeiten in Primar- und Sekundarstufe II verglichen hat. Analyse und Beurteilung der Autorinnen Andrea Jochmann-Döll und Karin Tondorf wiesen keine nennenswerten Unterschiede im Leistungsniveau der untersuchten Lehrtätigkeiten auf. Differenzen zeigten sich hingegen bei den psychosozialen Belastungen: Die sind laut Studie an Grundschulen durch persönliche wie unmittelbare Konfrontation mit Problemen und Sorgen der Kinder sowie ihrer Familien deutlich größer. Auch trügen, so die Wissenschaftlerinnen, Grundschullehrkräfte mehr Verantwortung für die Entwicklung und das Wohlergehen der Schülerinnen und Schüler als Pädagogen, die in der Sekundarstufe II unterrichten.

Das ganze Tätigkeitsspektrum an Grundschulen ist also in den Blick zu nehmen, damit sich die Arbeit der Pädagoginnen beurteilen lässt. Klar ist: Elternarbeit ist genauso eine fachliche Kompetenz wie Wissensvermittlung und darf nicht weniger gelten als etwa Korrekturarbeiten

in der Oberstufe. Es ist daher an der Zeit, „JA 13 für alle“ zu verlangen\*\*\*.

Frauke Gützkow,  
im GEW-Vorstand für Frauen- und Seniorenpolitik verantwortlich

**\*Eva Kocher, Stefanie Porsche, Johanna Wenckebach: Mittelbare Geschlechtsdiskriminierung bei der Besoldung von Grundschullehrkräften nach A 12, 2016**  
**\*\*Andrea Jochmann-Döll unter Mitarbeit von Karin Tondorf: Analysen und Bewertungsmöglichkeiten von Lehrtätigkeiten in der Primarstufe an Grundschulen und der Sekundarstufe II in Berufsschulen, Gymnasien und Gesamtschulen, 2007**  
**Die Gutachten finden sich auf: [www.gew.de/ja13](http://www.gew.de/ja13)**  
**\*\*\*Mit Aktionstagen zu „JA 13 – weil Grundschullehrerinnen es verdienen“ werden viele GEW-Landesverbände in der zweiten Novemberhälfte ein Zeichen für Geschlechtergerechtigkeit und die Wertschätzung der Profession setzen. Mehr zum Thema unter: [www.gew.de/ja13](http://www.gew.de/ja13)**

# Überfällig!

// „... wirklich grotesk: Wir wollen Inklusion, eine Schule für alle. Und dann werden Kolleginnen und Kollegen, die mit denselben Kindern arbeiten, unterschiedlich bezahlt“, schimpft Wiebke Schröder. Sie ist im vierten Berufsjahr als Grundschullehrerin an der Frauenhof-Grundschule in Frankfurt am Main tätig. //

**E&W:** Frau Schröder, Sie haben Anglistik und Germanistik studiert. Welche Fächer unterrichten Sie?

**Wiebke Schröder:** Alle, wie an der Grundschule üblich. Vor drei Jahren habe ich vor den Sommerferien mein Referendariat beendet und danach meine erste Klasse übernommen. Diese unterrichte ich in Deutsch, Englisch, Mathe, Sachunterricht, Kunst, Sport,



Wiebke Schröder

Musik und Werken. Auch in anderen Klassen bin ich tätig.

**E&W:** Eine pädagogisch-didaktische Ausbildung haben Sie nur in Deutsch und Englisch. Woher wissen Sie, wie Sie die anderen Fächer am besten vermitteln?

**Schröder:** Das eigne ich mir, Fach für Fach, an: durch ausführliche Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen, indem ich mir Literatur besorge, im Selbststudium nach Feierabend oder bei Fortbildungen. Das ist aufwendig – vor allem in einem so zentralen Fach wie Mathe. Anders geht es aber nicht. Ich muss und will ja jedes Kind qualitativ hochwertig unterrichten.

**E&W:** Wie setzt sich Ihre Klasse zusammen?

>> Fortsetzung auf Seite 25

## &gt;&gt; Fortsetzung von Seite 24

**Schröder:** Sie besteht aus 23 ganz unterschiedlichen Schülerinnen und Schülern. Wir sind eine Schule für alle, die Kinder mit Förderbedarf ebenso aufnimmt wie alle anderen. Fast alle in meiner Klasse haben einen Migrationshintergrund. Das ist allerdings in einer Stadt wie Frankfurt am Main ganz normal.

**E&W:** Was bedeutet das für den Unterricht?

**Schröder:** Mein Anspruch ist, jedes Kind individuell zu sehen und zu fördern. Wenn ich also Arbeitsblätter vorbereite, tue ich das mindestens auf drei Lernniveaus. Dazu muss ich wissen, welches Kind wie lernt und woher welche Probleme stammen. Mathe ist dafür ein gutes Beispiel: Eine Reihe meiner Schüler hat angefangen, mit Zahlendrehern zu rechnen, also etwa aus einer 47 eine 74 gemacht. Nun könnte man denken, sie haben Rechenprobleme. Das stimmt aber nicht. Sie drehen die Zahl um, weil diese in ihrer Herkunftssprache andersherum aufgebaut ist: Nur die Deutschen nennen die Zehnerzahl als zweite, alle anderen machen es wie etwa die Briten: Im Englischen heißt es „fortyseven“ und nicht „sevenandforty“. Zu erkennen, warum ein Kind Fehler macht, ist also ganz entscheidend, um mit ihm zu arbeiten. Das gilt für den großen Bereich Mehrsprachigkeit wie auch für das weite Feld Inklusion. Auch mit ADHS, dem Aufmerksamkeits- und Hyperaktivitätssyndrom, oder kognitiver Entwicklung muss ich mich zumindest so auskennen, dass ich den Förderlehrkräften auf Augenhöhe begegnen und den Mädchen und Jungen gerecht werden kann.

**E&W:** Wie viele Stunden arbeiten Sie täglich?

**Schröder:** Rund zehn am Tag. Ich bin ab sieben Uhr in der Schule, Unterricht ist von 7.50 Uhr bis 13.05 Uhr. Wöchentlich erteile ich 27 Stunden Unterricht, weiter fallen in der Woche zusätzlich eine Stunde für Personalratsarbeit und eine für die IT-Betreuung an. So komme ich, wie an Hessens Grundschulen üblich, auf 29 Pflichtstunden. Nach dem Unterricht bleibe ich für die Nachbereitung und Kollegengespräche noch bis zirka 14.30 Uhr in der Schule. Zu Hause bereite ich den

Unterricht für den nächsten Tag vor und widme mich der Elternarbeit. Ich habe zwei Telefonanschlüsse, einen beruflichen und einen privaten. Der berufliche klingelt bis abends um zehn.

**E&W:** Warum gehen Sie ran?

**Schröder:** Weil manche Mütter und Väter spät von ihren Jobs oder ihrer Schicht nach Hause kommen und erst dann in die Ranzen ihrer Kinder schauen können. Wenn sie etwas nicht verstehen, rufen sie an. Und es hilft ja nichts, wenn sie es weiter nicht verstehen. Insgesamt muss ich allerdings sagen: Die



Foto: dpa, Axel Heimken

**Gerade in Mathe erfordert inklusiver Unterricht eine aufwendige Vorbereitung.**

Elternarbeit empfinde ich als eine der größten Herausforderungen. Wie intensiv diese sein würde, hätte ich vor meinem Berufseintritt nicht gedacht.

**E&W:** Für diese ganzen Tätigkeiten verdienen Sie in der Gehaltsstufe A 12 rund 400 bis 700 Euro weniger als Lehrkräfte anderer Schulformen.

**Schröder:** Ja, und auch als die Förderlehrkräfte an unserer Schule, die A 13 erhalten. Da wird es wirklich grotesk: Wir wollen Inklusion, eine Schule für alle. Und dann werden Kolleginnen und Kollegen, die mit denselben Kindern arbeiten, unterschiedlich bezahlt. Ich möchte hier keinesfalls einen Graben im Kollegium aufmachen. Aber an diesem Punkt scheint mir die Bewertung des Lehrerberufs endgültig absurd. Einerseits wird die Vermittlung von Fachkenntnissen ganz offenbar mehr wertgeschätzt als pädagogi-

sche Kompetenzen – auch wenn schon daran ja vieles nicht stimmt: In der Grundschule machen wir ebenso wenig „nur“ Pädagogik wie die Lehrkräfte in höheren Klassen lediglich Wissen vermitteln.

**E&W:** Lange Zeit wurde die geringere Bezahlung damit begründet, Grundschullehrkräfte seien kürzer und schlechter ausgebildet.

**Schröder:** Ich bin mit meinem Master of Education fachlich und fachdidaktisch genauso ausgebildet wie Kolleginnen und Kollegen, die ab Klasse 5 arbeiten: Für die Realschule fehlt mir lediglich ein Praktikum, für das Gymnasium ein Seminar in Althochdeutsch. Seit die Pädagogischen Hochschulen bundesweit nahezu abgeschafft wurden, ist das Argument der kürzeren Ausbildungsdauer obsolet. Ich glaube etwas ganz anderes: Die Bezahlung hat viel damit zu tun, dass das Grundschullehramt schlechter entlohnt wird, weil es ein „Frauenberuf“ ist (fast 90 Prozent Frauenanteil, Anm. d. Red.). Ich vermute, dahinter steht die Vorstellung, „irgendwas mit Kindern“ könnten wir Frauen doch wohl „nebenbei“ machen. Auch darum ist es überfällig, die Gehälter der Lehrkräfte anzugleichen.

**E&W:** Ist das in Ihrem Kollegium Konsens?

**Schröder:** Ja. Kolleginnen, die seit Jahrzehnten im Beruf sind, könnten ausführlich berichten warum: Unsere Arbeit hat sich extrem verdichtet, die Herausforderungen werden größer. Dazu gehören Inklusion und Heterogenität, aber auch Schulentwicklung: Jede von uns ist in mindestens einer Arbeitsgruppe damit beschäftigt, wie wir uns als Schule weiterentwickeln können.

**E&W:** Und, ketzerisch gefragt: Warum tun Sie das alles – und wechseln nicht auf eine „höhere“ Schule?

**Schröder:** Weil ich fest davon überzeugt bin, dass ich an der Grundschule am meisten bewirken kann. Wenn wir hier gute Arbeit leisten, gelingt es uns, eine solide Basis für ein ganzes Leben zu schaffen. Und: Ich bin zuversichtlich, dass ich den Sprung nach A 13 noch erleben werde. Aber ich hoffe, nicht erst kurz vor der Pension.

Interview: Jeannette Goddar, freie Journalistin



Cartoon: Freimut Woessner

## „Politisch weiter Druck machen“

**// Gleiches Geld für gleichwertige Arbeit an Schulen verlangt die GEW mit der Kampagne „JA 13“. In Berlin soll das Ziel mit Blick auf die Lehrkräfte an Grundschulen bald erreicht sein. Andere GEW-Landesverbände sehen noch einen langen Weg vor sich. //**

Noch ist es nur ein Versprechen. Aber immerhin eines, das der Berliner Finanzsenator mit seiner Unterschrift besiegelt hat. Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) hatte im August – vor der Landtagswahl in der Hauptstadt – gelobt, „einen Vorschlag in Koalitionsgespräche für die nächste Wahlperiode einzubringen“, wonach vom Schuljahr 2017/18 an Berliner Lehrkräfte in die Besoldungsgruppe A 13 oder die entsprechende Entgeltgruppe für Tarifbeschäftigte eingestuft werden können. Davon profitierten vor

allem Lehrkräfte mit einer Ausbildung in einem Wahlfach, die in der Regel an Grundschulen unterrichten. Sie würden dann wie Lehrkräfte an weiterführenden Schulen bezahlt.

### **Berlin: Zusage erstritten**

„Das ist nicht vom Himmel gefallen, diese Regelung. Die haben wir uns erstritten“, sagt Udo Mertens, Leiter des Vorstandsbereichs Beamten-, Angestellten- und Tarifpolitik bei der Berliner GEW, dessen Unterschrift neben der von Landeschefin Doreen Siebernik unter der gemeinsamen Erklärung vom 29. August 2016 prangt. Gleiche Bezahlung für alle Lehrämter – seit 2012 hat die Berliner GEW für dieses Anliegen Druck gemacht. Allein in diesem Jahr mit insgesamt fünf Streiktagen im Januar, März, Mai und Juni (E&W berichtete). Und noch aus dem Text der schließlich erzielten Ankündigung springt dem

Leser förmlich ins Auge, wie schwer sich der Senat offenbar mit dem Zugeständnis getan hat.

Diese Verbesserung solle es geben, heißt es, „obwohl das Land Berlin damit das erste Bundesland wäre, das diese Besoldungsgruppe für Grundschullehrkräfte im Eingangssamt einräumt“. Und obwohl „nur“ die „angehobenen Ausbildungsanforderungen“ für eine solche Maßnahme sprächen. Gemeint ist, dass seit 2014 in Berlin – wie in mittlerweile sieben weiteren Bundesländern – die Studiengänge für das Lehramt an Grundschulen und an weiterführenden Schulen gleich lang und aufwendig sind. Auch ein Hinweis auf den Parlamentsvorbehalt, dem zufolge das künftige Berliner Abgeordnetenhaus die bekundete Absicht noch kippen könnte, fehlt nicht. Mertens ist sich gleichwohl sicher: „Der Streit um A 13 für alle ist in Berlin abgeräumt.“

Dass die hauptstädtische Lehrerschaft zu fast 50 Prozent aus streikberechtigten Angestellten besteht, ist der Schlagkraft des Landesverbandes durchaus zugeutekommen. Mertens macht daraus keinen Hehl: „Bei Besoldungsfragen für Beamtinnen und Beamte kann man als Gewerkschaft im Prinzip immer nur betteln.“ Dagegen sei die Berliner GEW in der Lage gewesen, in nennenswerter Zahl „Tarifbeschäftigte auf die Straße“ zu bringen – 3 500 allein an den letzten beiden Streiktagen im Juni. Indes sei auch die extreme Personalknappheit an den Grundschulen ein Argument, das den Senat zum Einlenken bewegt haben könnte: „Es gelingt regelmäßig nicht, den Bedarf zu decken. Der Mangel ist enorm“, sagt Mertens.

Die unterschiedliche Bezahlung von Lehrkräften an Grund- und weiterführenden Schulen ist ein Relikt aus einer Vergangenheit, als ein akademisches Studium angehenden Gymnasiallehrkräften vorbehalten war.

Eine lange Geschichte hat aber auch das Unbehagen an diesem Zustand. Astrid Henke, Vorsitzende der GEW in Schleswig-Holstein, erinnert an die Gründung ihres Landesverbandes 1947, als bereits von der Zielvorstellung eines „einheitlichen Lehrerstandes“, wie das damals hieß, die Rede gewesen sei. Seit Anfang der 1970er-Jahre ist auch für das Lehramt an Grundschulen die Ausbildung an einer Universität verbindlich. Neuer-

dings gleichen immer mehr Länder die Studiengänge für die Tätigkeit in unterschiedlichen Schulformen einander an – ohne allerdings daraus besoldungs- oder tarifrechtliche Konsequenzen zu ziehen.

### Teilerfolg in Schleswig-Holstein

Die GEW in Schleswig-Holstein hat immerhin einen Teilerfolg erzielt. Vom 1. Dezember 2016 an gilt an allen Gemeinschaftsschulen des Landes die einheitliche Besoldungsgruppe A 13 – auch für jene Lehrkräfte mit der Laufbahn „Grund- und Hauptschulen“. Sie müssen allerdings mindestens fünf Jahre an einer Gemeinschaftsschule unterrichtet haben und in den kommenden drei Jahren 30 Stunden Fortbildung nachweisen. Von der im Juli 2016 beschlossenen Neuregelung durch die Landesregierung profitieren zunächst mehr als 1 100 Beschäftigte. Ihre Zahl soll in den nächsten Jahren auf rund 2 300 wachsen.

„Als Gewerkschaft erlebt man nicht tagtäglich große Erfolge. So viele Kolleginnen und Kollegen in eine höhere Besoldungsgruppe zu bringen, das ist schon was“, meint Henke. Zähe Lobbyarbeit habe das gekostet, „dass man Abgeordnete ständig auf die Ungerechtigkeit bei der Besoldung hingewiesen hat“, nicht zuletzt in Wahlkampfzeiten. Protestkundgebungen wie beim SPD-Landesparteitag in Neumünster im Frühjahr 2015 kamen dazu. Und noch im vergangenen Dezember waren „für eine große

Demonstration 1 000 Menschen auf der Straße – bei richtigem Mistwetter“.

Sie habe mit A 13 an Gemeinschaftsschulen für „mehr Gerechtigkeit“ gesorgt, lobte sich die Landesregierung des Sozialdemokraten Torsten Albig. Zugleich stellte sie klar, dass an eine Höherstufung aller Grundschullehrkräfte nicht zu denken sei. Bildungsministerin Britta Ernst (SPD) wies im Landtag darauf hin, dass für diese Beschäftigtengruppe bundesweit A 12 die Regel sei: „Dass ausgerechnet das arme Land Schleswig-Holstein, ein Nehmerland im Finanzausgleich, vorprescht, halte ich nicht für vertretbar.“



Foto: dpa

Schleswig-Holsteins Bildungsministerin Britta Ernst, SPD

In dem Punkt seien sich die Regierungsparteien „einig“, schimpft Henke: „Für die Abwertung der Tätigkeit an den Grundschulen gibt es keinen vernünftigen Grund. Es muss endlich mal Schluss damit sein.“

Seit Dezember 2014 liegt ein Gutachten des Kieler Fachanwalts für Verwaltungs-

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

# www.kredite-fuer-beamte.de

oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

<p>■ <b>Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Vorteilszins für den öffentl. Dienst</li> <li>■ Umschuldung: Raten bis 50% senken</li> <li>■ Baufinanzierungen echt günstig</li> </ul> <p><b>0800 - 1000 500</b> Free Call</p> <p>Wer vergleicht, kommt zu uns. Seit über 35 Jahren.</p>	<p>Deutschlands günstiger Autokredit</p> <p><b>2,77%</b> effektiver Jahreszins 5.000 € bis 50.000 € Laufzeit 48 bis 120 Monate</p> <p>Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €</p> <p><a href="http://www.Autokredit.center">www.Autokredit.center</a></p>	<p><b>AK FINANZ</b></p> <p>Kapitalvermittlung-GmbH E3, 11 Planken 68159 Mannheim Tel.: (0621) 178180-0 Info@AK-Finanz.de</p> <p><a href="http://www.AK-Finanz.de">www.AK-Finanz.de</a></p>	<p>Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker</p> <p>Günstiges Darlehen resp. Bsp. 40.000 €. Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, effektiver Jahreszins 2,92%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldsicherung.</p>
--	--	--	---

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!

# www.1a-Beamtendarlehen.de

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

**0800-0404041**

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

**NÜRNBERGER** Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung  
Andreas Wendholt  
Präl.-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weselo

recht Jörg Junge vor\*, der die Ungleichbehandlung von Lehrkräften an Grund- und weiterführenden Schulen für „in der Gegenwart als auch in der Zukunft nicht zu rechtfertigen“ hält. Junge stützt sich auf das Lehrkräftebildungsgesetz vom August 2014, mit dem auch in Schleswig-Holstein die Angleichung der Studiengänge für die unterschiedlichen Lehrämter vollzogen wurde. Spätestens wenn die ersten nach dieser Reform ausgebildeten Bewerberinnen und Bewerber auf den Arbeitsmarkt drängen, werde die Landesregierung wieder in Argumentationsnöte geraten, erwartet GEWlerin Henke: „Wir werden politisch weiter Druck machen und auch den Rechtsweg ins Auge fassen.“

### NRW: Offene Flanke

Mit juristischem Sachverstand ausgestattet hat sich auch der GEW-Landesverband Nordrhein-Westfalen (NRW). Er legte im Januar ein Gutachten des Würzburger Professors für Öffentliches Recht Ralf Brinktrine\*\* vor, der die derzeitige Besoldungsstruktur als „in mehrfacher Hinsicht mit dem Grundgesetz nicht vereinbar“ bewertet. Auch Brinktrine stützt seine Argumentation auf die Angleichung der Studiengänge, die in NRW schon 2009 unter der schwarz-gelben Landesregierung stattfand. Bereits in der damaligen Landtagsdebatte hätten Redner aller Parteien „unisono“ darauf hingewiesen, dass diese Reform nun auch Konsequenzen für die Besoldung der Grundschullehrkräfte und der Lehrkräfte in der Sekundarstufe I haben müsse, erinnert sich GEW-Landesvorsitzende Dorothea Schäfer. Zur Aufforderung der GEW und des DGB, die Besoldung im Rahmen der Dienstrechtsreform anzuheben, gab es nur Vertröstungen auf das kommende Jahr der Landtagswahl.

„Wir haben eine Rechtslage, die im Moment gilt“, heißt es aus dem Schulministerium. Aus dem Finanzministerium ist zu hören, es gebe auch noch andere Gutachten als das des Professors Brinktrine, mit „anderen Befunden“. Indes: „Natürlich wird das Land diese Rechtsfragen immer wieder aufgrund der aktuellen Verfassungsrechtslage prüfen.“

„Die Landesregierung weiß, dass sie mit großer Wahrscheinlichkeit keine Chan-

ce gegen Klagen hätte“, meint Schäfer. „Im Schulministerium ist unumstritten, dass sie diese offene Flanke haben. Wie andere Bundesländer will aber NRW nicht der Vorreiter in Sachen gleiche Bezahlung für alle Lehrkräfte sein.“ Zusätzlicher Druck erwachse aus der auch in NRW zunehmend prekären Personalausstattung der Grundschulen. Vor den Sommerferien habe das Ministerium eine flehentliche Rundmail an die zuständigen Schulleitungen verschickt. Sie sollten Teilzeitbeschäftigte zur Aufstockung ihres Stundendeputats bewegen, Pensionäre aus dem Ruhestand zurückholen, Kolleginnen und Kollegen nahe der Altersgrenze dafür gewinnen, ihre Dienstzeit zu verlängern – all dies zur Abhilfe des im neuen Schuljahr drohenden Lehrermangels. „Völlig klar ist“, sagt Schäfer: „Das Land muss etwas tun, um den Lehrkräftejob an Grundschulen attraktiver zu machen.“

Die GEW NRW wird nach ihren Worten jetzt den Rechtsweg beschreiten, um mehr Druck zu machen. Die Landesvorsitzende setzt aber zugleich auf eine politische Lösung, nicht zuletzt mit Blick auf die am 14. Mai 2017 bevorstehende Landtagswahl. Schon haben die Grünen als erste Partei in NRW die Besserstellung der Grundschullehrkräfte in ihr Wahlprogramm aufgenommen. Aus der SPD gebe es entsprechende Signale, so Schäfer: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass es nach dem 14. Mai eine Landesregierung gibt, die schlicht sagt, das interessiert uns nicht.“

### Rheinland-Pfalz: Langer Atem

In Rheinland-Pfalz erkennt GEW-Landeschef Klaus-Peter Hammer nicht den politischen Willen der sozialdemokratisch geführten Landesregierung, sich für eine bessere Bezahlung der Grundschullehrkräfte sowie der ehemaligen Grund- und Hauptschullehrkräfte einzusetzen. Unter anderem habe sie es bisher gezielt vermieden, dem Vorbild anderer Bundesländer zu folgen, die Studiengänge in der Lehrerausbildung durch ein gleich langes Studium zu vereinheitlichen. Sie fürchte die daraus resultierenden Konsequenzen insbesondere für die Besoldung von Grundschullehrkräften: „Man weiß, was das bedeutet.“ Grundschulpädagoginnen

seien dadurch in Rheinland-Pfalz „bewusst abgehängt“ worden, was Hammer als „nach wie vor diskriminierende Ausgangslage“ empfindet. Dies sähen auch die Betroffenen nicht anders: „Sie fühlen ihre Arbeit gering bewertet.“

Hammer sieht hier ein Problem nicht allein des Bildungssektors, sondern der Gesellschaft insgesamt: „Arbeit mit kleinen Kindern gilt als weniger anspruchsvoll und damit als weniger wert.“ Dabei seien die Grundschulen „Leuchttürme“ in der rheinland-pfälzischen Bildungslandschaft: „Aber das interessiert, wenn es um die Bezahlung geht, niemanden.“ Nicht zuletzt das Gebaren, das öffentliche Arbeitgeber regelmäßig in Tarifverhandlungen an den Tag legten, zeige, dass sie „die Bedürfnisse der Grundschullehrkräfte für eine deutlich bessere tarifliche Bezahlung nicht im Blick“ hätten. Von der Landesregierung gebe es „Lippenbekenntnisse“ und Bekundungen des Verständnisses – mehr nicht.

Wie zur Bestätigung teilt das Bildungsministerium in Mainz auf Anfrage mit, dass die Leistungen rheinland-pfälzischer Grundschullehrkräfte dort über die Maßen geschätzt würden, und die Regierung auch schon viel getan habe, um deren Tätigkeit zu erleichtern, indes: „Die Forderung der GEW ist uns bekannt. Derzeit sind Änderungen in Rheinland-Pfalz nicht geplant.“

Die juristische Ausgangslage mit Blick auf das Grundschullehramt ist, wie Hammer einräumt, schwieriger als in Ländern mit angeglichenen Lehramtsstudiengängen: „Wir müssen in Rheinland-Pfalz derzeit stärker den politischen Weg gehen. Jedoch werden wir juristische Maßnahmen ergreifen, wenn es sinnvoll ist. Dies ist ein Kampf, der länger dauern wird. Wir brauchen einen langen Atem.“

Winfried Dolderer,  
Historiker und Publizist

**\*Jörg Junge: Besoldung der Lehrerinnen und Lehrer in Schleswig-Holstein.**

Download über: [www.gew-sh.de/themen/a-13-fuer-alle](http://www.gew-sh.de/themen/a-13-fuer-alle)

**\*\*Ralf Brinktrine: Gutachten, siehe: [www.gew-nrw.de/nc/wir-in-nrw/downloadcenter.html](http://www.gew-nrw.de/nc/wir-in-nrw/downloadcenter.html)**

# Chronist der GEW

**// Die GEW trauert um Karl Manderla, der am 15. September 2016 im Alter von 93 Jahren verstorben ist. Manderla war der Chronist der GEW, der als Zeitzeuge und Gedächtnis der Organisation über 54 Jahre die Gewerkschaft von der Basis bis zur Bundesebene mitgestaltet und begleitet hat. //**

Über 70 Ordner sind es schließlich, die mit Aufzeichnungen Karl Manderlas im Archiv der Sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem weltgrößten Gewerkschaftsarchiv, aufbewahrt sind. Neben Ausführungen zur Geschichte seines GEW-Bezirksverbandes Kurhessen/Nordhessen und des Landesverbandes Hessen sind es insbesondere die Beschlussprotokolle der Satzungsorgane auf Bundesebene – Hauptausschuss, Hauptvorstand und Gewerkschaftstage –, die Manderla fast drei Jahrzehnte präzise und nahezu unbeanstandet ehrenamtlich erstellt hat.

## Geliebte Schreibmaschine

Angesichts der bekannt lebhaften Diskussionskultur war dies eine großartige Leistung, die auf der Grundlage der in unterschiedlichen gewerkschaftlichen Funktionen erworbenen Erfahrungen und Kenntnisse auch deshalb möglich war, weil er als Fachlehrer für Maschinenschreiben und Stenografie Spitze war. So wurde er 1964 hessischer Kurzschriftmeister. Seine geliebte Schreibmaschine gab er bis zum Schluss nicht auf. Meine mehrfachen Angebote, ihm angesichts seiner



Foto: privat

Karl Manderla

umfangreichen ehrenamtlichen und zeitaufwändigen Tätigkeit auf Bundesebene einen PC und einen Internetanschluss zur Verfügung zu stellen, lehnte er regelmäßig ab. Und so erhielten wir von ihm nach wie vor tausende Seiten mit dem Druckbild der guten alten Schreibmaschine.

Manderla ist vielfach geehrt worden, u. a. mit dem Ehrenbrief des Landes Hessen und der Ehrenmitgliedschaft des GEW-Bezirksverbandes Nordhessen. 2012 verabschiedete ihn der Hauptvorstand mit Ovationen aus seiner jahrzehntelangen Tätigkeit als Protokollant. Am Ende eines erfüllten Lebens mit Blick auf sein gesamtes Wirken lässt sich zusammenfassen: Karl Manderla hat sich um die GEW verdient gemacht. Unser Mitgefühl gilt seinen Angehörigen.

Ulrich Hinz,  
Geschäftsführer Hauptvorstand der  
GEW von Mai 1983 bis Februar 2016

[www.herenstraat55.nl](http://www.herenstraat55.nl)

## Herzlich Willkommen in Den Hoorn auf Texel.



Wir empfangen Sie sehr gerne in unseren schönen und gemütlichen Ferienwohnungen: Zwei Appartements für 2-4 Personen und ein Appartement für 2 Personen. Sie wurden im Juni 2010, nach einer Kernsanierung mit Um- bzw. Anbau, neu eröffnet.

Die Appartements sind geschmackvoll und sehr komfortabel eingerichtet. Das Inventar ist komplett neu. Die Wohnungen liegen an einer wenig befahrenen Straße und haben eine eigene kleine Gartenterrasse (in der Erdgeschosswohnung), einen Holzbalkon mit Gartenmitbenutzung und Veranda (erstes Geschoss) sowie eine Dachterrasse mit Sedumdach für das 2-Personen-Appartement.

Wir freuen uns Sie kennenlernen zu dürfen.

Kerstin und Harald Weiss  
Herenstraat 55  
1797 AG Den Hoorn - Texel  
Tel. 0031 222 319397  
[info@herenstraat55.nl](mailto:info@herenstraat55.nl)  
[www.herenstraat55.nl](http://www.herenstraat55.nl)



## STAMM Verlag E&W Verlagsreisen Silvester in der Musikstadt Leipzig

4-tägige Musikreise vom 30.12.2016 bis 02.01.2017

ab € 578,-  
p. P. im DZ  
EZ-Zuschlag € 195,- p. P.



## Die 9. Sinfonie im Gewandhaus erleben

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter  
[www.gew.de/verlagsreisen](http://www.gew.de/verlagsreisen)  
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0

Veranstalter: tsImedialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld



Was sollen angehende Lehrkräfte in der Ausbildung lernen? Brauchen neue Inhalte auch neue Strukturen? Ja, meinen nicht nur Bildungsexperten.

Foto: dpa

# Eine für alle

**// Pädagoginnen und Pädagogen müssen mehr leisten denn je: Schulen unterrichten inklusiv und im Ganztag. Und mit dem digitalen Wandel sollen sie auch Schritt halten können. Werden angehende Lehrkräfte ausreichend auf ihre künftigen Aufgaben vorbereitet? Nein, meint die GEW und arbeitet an Reformvorschlägen. //**

Während sich die Kritiker in ihrem Urteil über die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer noch ziemlich einig sind – „zu praxisfern“, „zu wenig zeitgemäß“, „zu wenig verzahnt“ – gehen ihre Lösungsansätze doch oft weit auseinander. Zwar haben alle Akteure – der Bund und die Länder, die Hochschulen und die Kultusministerkonferenz (KMK) – eine Reform der Lehrkräfteausbildung ganz oben auf

ihre To-Do-Listen gesetzt oder werkeln schon daran. Sie sind sich aber nicht einig, wie grundlegend die Reformen sein sollen, wie „zukunftsfest“ sie den Beruf machen wollen. Das größte Manko: Die meisten Empfehlungen sowie auch die frisch überarbeiteten Schulgesetze spiegeln in punkto Lehrkräftebildung nach wie vor ein nach Begabungen sortierendes Schulsystem wider. Ausgebildet werden Pädagoginnen und Pädagogen in der Regel getrennt für Gymnasien und andere Schulformen. Obwohl doch alle Schulen gemäß der bereits 2009 in Kraft getretenen UN-Behindertenrechtskonvention jedem Kind mit all seinen Fähigkeiten gerecht werden sollten. Was praktisch heißt, dass Lehrende in jeder Schulform inklusiv unterrichten müssten. Die GEW hat auf ihrem Gewerkschaftstag 2013 beschlossen, sich prioritär des Themas Ausbildung anzunehmen und ein

„Zukunftsforum Lehrer\_innenbildung“ einzurichten.

„Das Besondere ist, dass wir einen ganzheitlichen Ansatz der Lehrkräftebildung verfolgen“, erläutert der stellvertretende GEW-Vorsitzende Andreas Keller, der federführend für das Zukunftsforum verantwortlich ist. „Wir verbinden eine strukturelle Reformdebatte mit inhaltlichen Überlegungen, die sich durch neue Anforderungen, etwa durch Inklusion ergeben.“

Die GEW wagt also den großen Wurf und nimmt dabei alle drei Phasen der Ausbildung – Studium, Referendariat und Fortbildung – in den Fokus. Dabei sollte das Zukunftsforum – so der Wunsch der Delegierten des Gewerkschaftstages – auch prüfen, ob und inwieweit die jetzige in Studium und Referendariat aufgesplittete Ausbildung in eine einphasige überführt werden kann. Eine komplexe Aufgabe. Und an-

gesichts der Vielzahl der Schulformen und des föderalen Flickenteppichs der Ausbildungsstrukturen (s. Kasten) eine ebenso gewaltige. Im Frühjahr 2017 will die Bildungsgewerkschaft die Leitlinien ihres Reformkonzeptes vorstellen.

Schnell war den Akteuren klar: Neben den Inhalten und Herausforderungen gehören Strukturen und Qualität der Ausbildung auf den Prüfstand. Vier AGs richtete die GEW ein, die jeweils ein hauptamtliches Vorstandsmitglied leitete.

Keller und seine Arbeitsgruppe „Qualität“ nahmen die verschiedenen Lehramtsstudiengänge kritisch unter die Lupe. „Im Moment laufen die Bemühungen der Universitäten darauf hinaus, sich möglichst zu profilieren. Dementsprechend unterscheidet sich auch die Lehramtsausbildung von Hochschule zu Hochschule“, konstatiert der GEW-Hochschulexperte. „Wir waren uns einig, dass wir ein Kerncurriculum und einheitliche Qualitätsstandards brauchen, um Vergleichbarkeit und Mobilität sicherzustellen“, berichtet er.

### Inklusive Fachdidaktik

An den Schulen sei das Thema Inklusion nach wie vor die größte Herausforderung und gleichzeitig die größte Baustelle im Unterricht, so Ilka Hoffmann, im GEW-Vorstand für den Bereich Schule verantwortlich, die die AG „Inhalte“ betreute.

Die Gruppe gelangte recht einstimmig zu der Auffassung, dass ein Perspektivenwechsel erforderlich sei. „Das heißt, es ist nötig, nicht nur vom Fach, sondern viel stärker vom Kind her zu denken“, erläutert die GEW-Schulexpertin. Die 2004 von der KMK eingeführten und 2014 novellierten Standards für die Lehrerbildung richten ihrer Ansicht nach zu sehr das Augenmerk auf die Kompetenz der Pädagoginnen und Pädagogen, diagnostizieren zu können, was die Stärken und Schwächen der Kinder sind – mit dem Ziel, diese dann in entsprechende Schultypen einzuteilen. „Aber Inklusion heißt, dass Mädchen und Jungen mit verschiedenen Hintergründen zusammen etwas erreichen“, unterstreicht Hoffmann. „Dazu brauchen wir aber eine inklusive Fachdidaktik anstatt der gegenwärtigen Schachteldidaktik.“

Um Fragen der Fort- und Weiterbildung kümmerte sich die Arbeitsgruppe „Strukturen“, für die Ansgar Klinger zuständig war, der den Bereich Berufliche Bildung und Weiterbildung in der GEW verantwortet. Diese AG erörterte die komplexe Frage, ob die traditionell zweiphasige Lehrkräfteausbildung in eine einphasige überführt werden sollte. Eine solche Strukturreform hätte allerdings weitreichende Konsequenzen, unter anderem besoldungsrechtliche. Das will die Gewerkschaft erst noch erforschen lassen.

Mit dem Thema „Erweitern von Grenzen“ war eine vierte AG befasst, die alle wichtigen Aspekte bündelte, welche keiner der anderen Arbeitsgruppen eindeutig zuzuordnen waren. „Wir beschäftigten uns unter anderem mit der Frage: Wie können wir Vielfalt und Diversität in die Kollegien einbringen“, erklärt Frauke Gützkow, GEW-Vorstandsmitglied für den Bereich Frauenpolitik. Denn ein Merkmal, das die Schülerschaft zunehmend auszeichnet,

sei im Kollegium längst nicht so ausgeprägt: Heterogenität. „Menschen mit Behinderungen oder auch welche, die offen lesbisch, schwul, transgener und intersexuell leben (LSBTIs), sind in den Lehrerzimmern kaum anzutreffen“, bemängelt Gützkow. Neben dem Thema, wie man verstärkt Migranten, LSBTIs und Behinderte in den Beruf holen kann, beschäftigte sich die AG auch mit der Frage, wie für die Tätigkeit an Grundschulen mehr Männer gewonnen werden könnten.

Die inhaltliche Arbeit des Zukunftsforums ist weitgehend beendet, auch wenn die Beteiligten noch nicht alle strittigen Punkte ausdiskutiert haben. Etwa, so Keller: „Ob wir eine einphasige Lehrkräfteausbildung anstreben oder wie wir es in Zukunft mit dem Lehramt Sonderpädagogik halten.“ Konsens sei aber, „dass wir von der schulformbezogenen Ausbildung weg wollen“.

Anna Lehmann,  
freie Journalistin

### Viele Wege in den Beruf

Das Lehramtsstudium ist in jedem Bundesland und an jeder Hochschule unterschiedlich geregelt. Das betrifft sowohl die Lehramtstypen, die Studienstruktur und -leistungen wie auch die Regelstudienzeiten und das Referendariat. Die Unterschiede in der Ausbildung schlagen sich später auch in der Besoldung nieder.

**Studientypen:** Die meisten Länder bieten neben dem Lehramt an Grundschulen eine Ausbildung für Gymnasien und andere Oberschultypen an, die je nach Land Lehramt an Haupt- und Realschulen (Niedersachsen), Lehramt an Regionalen Schulen (Mecklenburg-Vorpommern) oder Lehramt an Realschulen plus (Rheinland-Pfalz) heißen. Ausnahmen bilden Berlin und Bremen: Hier werden Lehrkräfte für die Sekundarstufe I und II, egal in welcher Schulform, in einem gemeinsamen Lehramtsstudiengang ausgebildet. Daneben gibt es bundesweit noch Lehrämter an beruflichen Schulen sowie sonderpädagogische Lehrämter. **Struktur:** Einige Länder wie Berlin, Brandenburg und seit diesem Jahr auch Baden-Württemberg haben das Lehramtsstudium komplett in die gestufte Bachelor- und Masterstruktur eingepasst. Andere haben die alte Kompaktstruktur zum Staatsexamen belassen oder wieder eingeführt wie Hessen oder Mecklenburg-Vorpommern.

**Regelstudienzeit:** Vollausbildete Grundschullehrkräfte studieren in Berlin, Bremen oder Hamburg in der Regel zehn Semester (sechs davon für den Bachelor, vier für den Master), in Hessen oder Sachsen-Anhalt sind es nur sieben Semester. Die Regelstudienzeiten für die Lehrämter an den diversen Oberschulen und Gymnasien variieren ebenfalls. In Nordrhein-Westfalen (NRW) sind für alle Lehrämter von der Grundschule bis zur Sonderpädagogik zehn Semester die Regel, während in Bayern für Mittelschulen sieben und für Gymnasien neun Semester erforderlich sind.

**Referendariat:** Die praktische Phase der Ausbildung dauert in Bayern 24 Monate, die meisten Länder sehen 18 Monate Vorbereitungsdienst vor. A.L.

# Jetzt entfristen!

**// Seit Langem fordert die GEW an den Hochschulen „Dauerstellen für Daueraufgaben“. Wie diese zu finanzieren sind, dazu lieferte die 9. Wissenschaftskonferenz, die Ende September in der Lutherstadt Wittenberg stattfand, Zahlen und konkrete Finanzierungsvorschläge. //**

„Von Hochschulpakt bis Nachwuchspakt – wir wollen uns nicht immer weiter von Pakt zu Pakt hangeln!“, stellte GEW-Vize und Hochschulexperte Andreas Keller zum Auftakt der Fachtagung fest. Gemeint sind die vielen Programme zur kurzfristigen Finanzierung der Hochschulen in Deutschland. Bund und Länder geizten nicht, immer wieder neue Pakte zu schaffen, aber sie hätten es bisher nicht geschafft, die Grundfinanzierung zu stärken, betonte Keller. „Die Hochschulen geben die Unsicherheit an ihre Beschäftigten weiter – in Form befristeter Arbeitsverträge“, so der GEW-Experte. Doch es gibt noch einen weiteren Grund für die vielen befristeten Verträge: Drittmittelfinanzierung. Das Statistische Bundesamt hatte im September mitgeteilt, dass diese



Foto: Dirk Laessig

**Prof. Michael Hartmann kritisierte auf der GEW-Fachtagung die extreme Konzentration öffentlicher Mittel auf wenige Hochschulen: „Die ärmeren Unis müssen strampeln. Es gibt eindeutige Verlierer.“**

insgesamt 60 Prozent der Forschungsfinanzierung ausmachen – kein Nischendasein also. An der Finanzierung durch Drittmittel hängt ein seit längerem bekanntes Problem: Diese Gelder fließen nur für eine begrenzte Zeitspanne. Die Folge: Forschungsinstitute und Hochschulen stellen in der Folge das aus diesen Ressourcen finanzierte Personal nur befristet ein. Doch muss das so sein? Nein, fand Personalrat Wolfgang Eppler vom Karlsruher Institut für Technologie. Sehr viele Beschäftigte seien befristet angestellt, weil ihre Aufgaben projektbezogen und damit zeitlich begrenzt seien. Da sie aber meistens auch Daueraufgaben nachgingen, seien sie grundsätzlich unbefristet anzustellen, sagte Eppler. Das sehe vielfach auch die Justiz so. Trotzdem: Nur durch Klagen sei es nicht möglich, dem Problem durch die zunehmend an Bedeutung gewinnende Drittmittelfinanzierung beizukommen, resümierte der Personalrat. Getan hat sich in der Tat bislang wenig. Nach wie vor sind neun von zehn wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Zeitverträgen angestellt.

## Sechs Milliarden Euro fehlen

Blickt man in Richtung der im April getroffenen Vereinbarung von Bund und Ländern zur Fortsetzung der Exzellenzinitiative, zeigt sich ein dramatischer Effekt: Gelder aus der Exzellenzinitiative gelten ebenfalls als Drittmittel. Da die Länder das Kapital für die Grundfinanzierung der Hochschulen nach dem Leistungsprinzip verteilen, erhält eine Hochschule für den Gewinn von Ressourcen aus der Exzellenzinitiative zusätzlich einen höheren Etat vom Land zugesprochen. Das führe zu einer extremen Konzentration öffentlicher Mittel auf einige wenige Universitäten, mahnte Prof. Michael Hartmann von der TU Darmstadt. „Die ärmeren Unis müssen strampeln. Es gibt eindeutige Verlierer“, so Hartmann.

Hinzu kommen steigende Studierendenzahlen. „Die Finanzierung der Hoch-



Foto: Kay Henschelmann

**„Die Finanzierung der Hochschulen hat nicht mit dem Zuwachs der Studierendenzahlen mitgehalten“, unterstrich Prof. Peer Pasternack auf dem GEW-Wissenschaftskongress in der Lutherstadt Wittenberg.**

schulen hat nicht mit dem Zuwachs der Studierendenzahlen mitgehalten“, unterstrich Prof. Peer Pasternack, Direktor des Instituts für Hochschulforschung in Halle-Wittenberg. Ins gleiche Horn blies Anke Burkhardt. Sie konkretisierte den Bedarf an zusätzlichem Personal an Universitäten. Die Betreuungsrelation zwischen Professuren und Studierenden liege derzeit im Schnitt bei eins zu 72, in einigen Fächern wie Jura sogar bei eins zu 114, so Burkhardt vom Institut für Hochschulforschung an der Uni Halle-Wittenberg. Zum Vergleich: In der Schweiz liegt das Betreuungsverhältnis bei eins zu 40. „Wenn wir keine neuen Professuren schaffen, liegen wir in der Zukunft bei der schlechten Relation von eins zu 90“, mahnte die Forscherin. Gleichzeitig seien zusätzliches wissenschaftliches Personal sowie Verwaltungskräfte einzustellen, erläuterte Bildungsfinanzierungsexperte Roman Jaich. Er kommt zu dem Schluss, dass im Wissenschaftsbetrieb insgesamt sechs Milliarden Euro fehlen.

„Wir brauchen eine nachhaltige Finanzierung, nicht nur Pakte. Denn ein Pakt läuft irgendwann aus“, ist GEW-Vize Keller überzeugt. In der „Wittenberger Erklärung“\* ruft er daher nicht nur eine „Entfristungsoffensive“ aus, sondern koppelt diese an die Forderung nach einer soliden Grundfinanzierung der Hochschulen.

### Bund muss handeln

Rückenwind gibt ihm GEW-Chefin Marlis Tepe. Sie erklärte, die GEW habe im Rahmen der kürzlich gestarteten bundesweiten Initiative „Bildung. Weiterdenken!“ ein eigenes Steuerkonzept vorgelegt. Dieses mache deutlich, wie bessere Lern- und Arbeitsbedingungen in allen Bildungsbereichen finanziert werden könnten – auch in der Wissenschaft. Die Lockerung des Kooperationsverbotes könne ebenfalls zur Grundfinanzierung beitragen. Zwar bedeute das nicht automatisch mehr Geld

vom Bund, doch Keller stellte klar: „Der Bund kann sich nicht länger aus der Verantwortung stehlen: Er muss den Ländern bei der Verbesserung der Grundfinanzierung der Hochschulen unter die Arme greifen.“ Alexandra Dinges-Dierig aus der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag wies die Forderung zurück: „Die Länder sind in der Verantwortung, es gibt eine ganz klare Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern.“ Von den Sozialdemokraten kamen ähnliche Töne. Oliver Kaczmarek aus der SPD-Bundestagsfraktion sprach sich zwar dafür aus, dass „starke Länder weiter den schwächeren helfen müssen“, hob aber gleichzeitig hervor, der Bund könne nicht überall einspringen. Nicole Gohlke, Mitglied der Bundestagsfraktion DIE LINKE, forderte dagegen den Bund auf, endlich für eine solide Grundfinanzierung zu sorgen. Sie schlug ein von der Bundesregierung finanziertes An-

reizsystem vor: „10 000 Euro für jede entfristete Stelle.“ So würden nicht nur neue Professuren geschaffen, sondern auch andere Stellen entfristet, die für den Wissenschaftsbetrieb wichtig sind. Ob es den Parteien des Bundestages bis zur Wahl 2017 noch gelingt, die nötigen Weichen für eine solide Finanzierung der Hochschulen zu stellen, ließen die Politikerinnen und Politiker offen. Doch es genügt nicht, sich auf die Politik zu verlassen. Die Beschäftigten selbst müssen mehr Druck ausüben – und hier sind auch die GEW-Mitglieder gefragt.

Stefan Brasse,  
Internetredakteur GEW-Hauptvorstand

**Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes:** <http://bit.ly/2dU5PMb>  
**Wittenberger Erklärung:**  
[www.gew.de/wittenberger](http://www.gew.de/wittenberger)



**BSW.** Der Vorteil für den Öffentlichen Dienst

Wir verhandeln.  
Sie erhalten Geld zurück.



Jetzt BSW entdecken und Mitglied werden. Unser Dankeschön:



**Telefon 0800 444 00 120**  
(gebührenfrei: Mo. bis Fr. 8:00 - 19:00 Uhr)

**[www.bsw.de/mitglied2016](http://www.bsw.de/mitglied2016)**  
Alle weiteren Informationen finden Sie hier.

# „Einfach mal durchziehen“

**// Gemeinsam mit anderen Bildungsverbänden macht sich die GEW für die „inklusive Schule für Demokratie“ stark. Beim Bundeskongress „Eine für alle“ an der Frankfurter Goethe-Universität schickte das Bündnis eine Botschaft an die Bildungsverantwortlichen in Bund und Ländern: „Nicht lavieren, sondern gemeinsames Lernen für alle durchsetzen.“ (s. Kasten) //**

André Ponzi hat die Diskussionen irgendwie satt. Das ist ihm anzumerken. Der Sprecher der hessischen Landes-schülervertretung sitzt „gefühlte jede Woche“ in einer Podiumsrunde zur Umsetzung der Inklusion. Dabei kommt es ihm vor, als drehe er sich ständig im Kreis. Ponzi fremdelt vor allem deshalb mit der deutschen Debatte, weil er frü-

her in Italien zur Schule gegangen ist, wo die Sonderschulen schon in den 1970er-Jahren abgeschafft wurden. „Dort fragt niemand, ob Kinder mit und ohne Behinderungen gemeinsam lernen können, sie tun es einfach.“ Ponzi Rat an die Deutschen: „Einfach mal durchziehen, anstatt in Sorge und Angst zu versacken.“

Da war sie wieder, die berühmte „German Angst“: Angst vor der Zukunft, vor Flüchtlingen, Behinderten – vor Veränderungen im Allgemeinen. Obwohl die materielle Sicherheit für einen Großteil der Bevölkerung so groß wie lange nicht ist, blickten die Deutschen sorgenvoll in die Zukunft, offenbarte im September eine Umfrage des Allensbach-Instituts\*. Was hat das mit dem deutschen Bildungssystem zu tun? Nach Ansicht der GEW eine ganze Menge, denn offenbar schrumpft auch die Zuversicht

in Bildung als Problemlösung. „Wir beobachten seit Jahren eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft“, sagte Ilka Hoffmann, die im GEW-Vorstand für den Bereich Schule verantwortlich ist. Viele Menschen fühlten sich von der Politik nicht mehr vertreten. „Sie glauben nicht mehr an die gesellschaftliche Integration durch Bildung. Da müssen wir gegensteuern.“

Fakten untermauern ihre These: Die Kinderarmut in Deutschland steigt. Das betrifft vor allem Kinder von Alleinerziehenden und Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen und geringem Bildungsstand. Die soziale Benachteiligung zeigt sich auch in den Schulen: Obwohl Deutschland seit Veröffentlichung der ersten PISA-Ergebnisse Fortschritte gemacht hat, entscheidet die Herkunft immer noch über den Bildungserfolg. Laut Studien besuchen Schülerinnen



Der ehemalige UN-Sonderbotschafter Vernor Muñoz (ganz links) tritt auf dem Inklusionskongress in Frankfurt am Main mit dem Erziehungswissenschaftler Prof. Micha Brumlik (2. v. l.). Während Muñoz für eine inklusive Schule für alle und einen Systemwechsel in Deutschland plädierte, stimmte ihm Brumlik zwar im Kern zu, sah aber wenig Chancen für einen kompletten Neustart des Bildungssystems.

Foto: Christoph Boeckhler

und Schüler mit einem hohen sozio-ökonomischen Status dreimal häufiger ein Gymnasium als Gleichaltrige mit niedrigerem Sozialstatus. Der Nationale Bildungsbericht 2016 konstatiert: „Seit längerer Zeit ist dieser Befund unbestritten, hinreichend belegt und bleibt als eine der dringendsten Herausforderungen bestehen.“

Das Frankfurter Kongressbündnis und die meisten der mehr als 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zogen aus dieser Analyse ein klares Fazit: Das gegliederte Schulsystem in Deutschland werde dem in den Menschen- und Kinderrechten formulierten Gleichheitsgebot nicht gerecht. Die Struktur der Sekundarstufe sei auf soziale Auslese ausgerichtet: „Es bedarf einer Schule für alle“, heißt es deshalb in der „Frankfurter Erklärung“, die während des Kongresses verabschiedet worden ist.

Einer, der den Bildungspolitikern in Deutschland seit Langem den Spiegel vorhält, ist der ehemalige UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung: Vernor Muñoz. Auf dem Inklusionskongress stritt er unter anderem mit dem emeritierten Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik. „Bildung ist kein Wettlauf, keine Konkurrenz“, betonte Muñoz und plädierte für eine inklusive Schule für alle und einen Systemwechsel in Deutschland: Ein homogenisierendes Schulsystem funktioniere nicht, weil es Ungerechtigkeit zementiere.

### „Illusionär“

Brumlik stimmte zwar im Kern zu, sah aber wenig Chancen für einen kompletten Neustart des Bildungssystems in Zeiten der Inklusion: „Wir sollten uns keine Illusionen machen: Viele Menschen haben nach wie vor ein Unbehagen, wenn es um behinderte Menschen geht. Da gibt es unbewusste Abwehrprozesse.“ Mit Blick auf das gegliederte System sagte er: „Man kann es abmildern, aber man kann kein System schaffen, das völlig auf Selektion verzichtet. Diese Forderung halte ich für illusionär.“ Die Frage nach dem, was wünschenswert und was machbar ist, zog sich wie ein roter Faden durch die Veranstaltung. Vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus der schulischen Praxis war es wichtig, nicht nur eine Vision zu formu-

lieren, sondern die Teilhabe-Forderung aus der UN-Behindertenrechtskonvention auf den Unterricht zu beziehen. In 14 Diskussionsforen ging es deshalb um konkrete Herausforderungen, etwa: Wie gelingt die Integration von Flüchtlingskindern an den Schulen? Der Inklusionsexperte Hans Wocken bedauerte, die Themen Inklusion und Flüchtlinge würden in der öffentlichen Debatte meist als zwei völlig unterschiedliche Dinge wahrgenommen: „Offenbar begreifen viele nicht, dass beides eng zusammengehört, es geht immer um Teilhabe.“

### Weiter Vorbehalte

Beiden Themen gemeinsam ist auch, dass sich Vorbehalte hartnäckig halten: Zwar schicken immer mehr Eltern von Kindern mit Beeinträchtigungen ihre Töchter und Söhne auf die Regelschulen. Doch genau dort sorgen sich die Mütter und Väter der anderen Schülerinnen und Schüler um die „Leistungsfähigkeit“ ihrer Schule, wenn inklusiv unterrichtet wird. Ähnlich widersprüchlich äußern sich Menschen in Deutschland über die Zuwanderung. Zwar gibt es immer noch mehrheitlich Unterstützung für die sogenannte Willkommenskultur. Bei einer Befragung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)\*\* gab aber jeder Zweite an, er sehe das kulturelle Leben in Deutschland durch die Zuwanderung Geflüchteter bedroht. Noch widersprüchlicher wird es, wenn man eine weitere Aussage der Meinungsforscher hinzunimmt. Laut der Allensbach-Umfrage vom September wollen fast 80 Prozent der Bevölkerung mehr soziale und Chancengerechtigkeit. Die Frage ist nur: für wen? Auf die Inklusion bezogen vermutlich: zualtererst fürs eigene Kind.

### Debatte über Gerechtigkeit

Muñoz erinnerte beim Bundeskongress daran, dass der Anspruch der UN-Behindertenrechtskonvention ein anderer sei. „Inklusive Bildung ist kein Modetrend, sondern das universelle Recht aller Kinder auf gemeinsames Lernen“, sagte er. Ähnlich äußerte sich Reinald Eichholz von der Nationalen Koalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland. Er forderte die Abschaffung des

### „Frankfurter Erklärung“

In einer gemeinsamen Erklärung haben die Veranstalter des Frankfurter Inklusionskongresses ihre Ziele formuliert. In der Erklärung heißt es, „die Schule in Deutschland wird ihrem Bildungsauftrag nicht gerecht, weil das Bildungssystem unterfinanziert und die gegliederte Struktur auf Sortierung und soziale Auslese hin gerichtet ist“. Das wiederum verschärfe die soziale Spaltung der Gesellschaft. Das Bündnis fordert deshalb eine Schule ohne äußere Gliederung und Auslese mit einer demokratischen Lernkultur. Zu den Unterzeichnern gehören neben der GEW der Grundschulverband, die „Aktion Humane Schule“, der Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens (GGG), das NRW-Bündnis „Eine Schule für alle“ und der Verein „Politik gegen Aussonderung“ (PogA). K. I.

[www.gew.de/presse/pressemitteilungen/detailseite/neuigkeiten/inklusive-schule-fuer-alle-ist-die-schule-fuer-die-demokratie/](http://www.gew.de/presse/pressemitteilungen/detailseite/neuigkeiten/inklusive-schule-fuer-alle-ist-die-schule-fuer-die-demokratie/)

gegliederten Schulsystems und eine breite gesellschaftliche Debatte über Gerechtigkeit: „Wir finden immer tausend Gründe, warum etwas nicht geht“, räumte er ein. „Stattdessen sollten wir uns empören und handeln.“ Da war der Jurist am Ende des zweitägigen Kongresses ganz nah dran am Appell von Landeschülersprecher Ponzi: „Einfach mal durchziehen!“

Katja Irle,  
freie Journalistin

\*Institut für Demoskopie Allensbach,  
„Die Generation Mitte“:  
[www.ifd-allensbach.de/studien-und-berichte/veroeffentlichte-studien.html](http://www.ifd-allensbach.de/studien-und-berichte/veroeffentlichte-studien.html)  
\*\*Befragung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW):  
[www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.527676.de/16-8-4.pdf](http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.527676.de/16-8-4.pdf)

# „Jeder muss Toleranz üben“

**// Zekeriya Altuğ vom Koordinationsrat der Muslime spricht von „universellen Grundwerten“, wenn es um Weltoffenheit und Toleranz geht. Die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung verteidigt er gegen Kritik. Gleichzeitig warnt er im E&W-Interview: „Wir müssen Teilen lernen, sonst scheitern wir.“ //**

**E&W:** Warum beteiligt sich der Koordinationsrat an der Allianz für Weltoffenheit, Demokratie und Rechtsstaat\*?

**Zekeriya Altuğ:** Deutschland hat im vergangenen Jahr gezeigt, dass sich die Menschen hier um andere kümmern, die in Not geraten sind. Muslime in Deutschland sind Teil dieser Willkommenskultur für Flüchtlinge. Deshalb ist es uns als muslimischen Verbänden wichtig, die Stimme für Weltoffenheit und Toleranz zu erheben. Das sind universelle Grundwerte.

**E&W:** Mehr als ein Jahr nach dem Satz von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) „Wir schaffen das!“ ist die „Alternative für Deutschland“ (AfD) mit ihrer Kritik an der Flüchtlingspolitik bei Wahlen sehr erfolgreich. Es gab Anschläge in Deutschland und Auseinandersetzungen zwischen Asylbewerbern und Einheimischen. Ist Deutschland immer noch ein weltoffenes Land?

**Altuğ:** Ja. Unsere Gesellschaft hat die Herausforderungen durch die neu Zugewanderten gut gemeistert. Ich teile die Ansicht der Merkel-Kritiker und Pessimisten nicht, die behaupten: „Wir können es gar nicht bewältigen!“ Wir haben bereits viel geschafft. Und Deutschland kann mehr, wie auch Europa viel mehr kann.

**E&W:** Aber die Zustimmung zur Flüchtlingspolitik der Bundesregierung sinkt laut Umfragen.

**Altuğ:** Intoleranz und Menschenfeindlichkeit haben stark zugenommen. Das macht mir Sorgen, vor allem, weil auch Teile der etablierten Parteien die Ablehnung gegenüber den Flüchtlingen rhetorisch für Populismus nutzen, die sie als Wertedebatte verschleiern. Die

Botschaft ist, wer sich nicht an unsere Moralvorstellungen hält, muss gehen. Im Kern läuft das auf die alte Forderung hinaus: „Ausländer raus!“

**E&W:** Ist es legitim, Rechte und Werte des Grundgesetzes zum Maßstab zu machen?

**Altuğ:** Natürlich. Unser Grundgesetz ist deshalb so wertvoll, weil es eine tolerante und weltoffene Haltung gegenüber Andersdenkenden verlangt. Da geht es unter anderem um individu-



Foto: dpa

**Zekeriya Altuğ ist Mitglied des Koordinationsrats der Muslime. Bei der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB) ist er zuständig für die Außenbeziehungen. In Nordrhein-Westfalen ist er im DITIB-Vorstand.**

elle Freiheit und auch Religionsfreiheit. Umso erstaunlicher finde ich es, wenn man allgemeine und kulturelle Umgangsformen wie das Händeschütteln quasi zu einem Grundwert erklären will.

**E&W:** Sie spielen auf den Streit an einer Berliner Schule an. Dort hatte ein Imam der Lehrerin seines Sohns den Handschlag verweigert. Die Schule reagierte mit Kritik.

**Altuğ:** Während meines Physikstudiums in Kiel habe ich erlebt, dass in vielen Situationen die Kommilitonen und Kollegen sich eher seltener mit Handschlag begrüßten. Auch viele Jugendliche haben heute andere Riten. Es ist doch

absurd, den Handschlag zur Pflicht zu erklären.

**E&W:** Es ging ja nicht um das Ritual an sich, sondern darum, dass ein streng gläubiger Muslim zwar einem Mann die Hand reicht, nicht aber einer Frau. Können Sie nachvollziehen, dass sich eine Frau dadurch herabgesetzt fühlt?

**Altuğ:** Der Imam erklärte, dass er den Handschlag ja nicht verweigerte, weil er respektlos wäre. Einige streng gläubige Muslime interpretieren die Regeln des Islam so, dass nicht miteinander verheiratete Frauen und Männer sich nicht berühren dürfen. Auch orthodoxe Juden handeln übrigens so. Dieses ist keine rein islamische Handlungsweise und auch keine unter Muslimen verbreitete.

**E&W:** Das Grundgesetz sagt, Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Unterläuft eine solche Haltung das?

**Altuğ:** Ich persönlich halte es nicht für nachahmenswert, den Handschlag zu verweigern. Wenn einige wenige Menschen – auch aus religiösen Gründen – anders handeln wollen, sollte man daraus aber keine grundsätzliche Wertedebatte machen. Umgangsformen ändern sich durch Computerspiele viel nachhaltiger als durch einen Imam, der einer Frau nicht die Hand gibt.

**E&W:** Sie selbst kamen vor knapp 40 Jahren als Sechsjähriger aus der Türkei nach Deutschland. Wie haben Sie reagiert, als Ihre Mutter sagte: „Wir gehen weg!“

**Altuğ:** Das war ein Schock. Ich bin von zu Hause weggelaufen und habe mich versteckt. Nach zwei Stunden wurde es dunkel und ich kehrte zurück. Mir war klar, dass sich mein Leben gravierend verändern würde.

**E&W:** Kamen Sie damals in ein weltoffenes und tolerantes Deutschland?

**Altuğ:** Deutschland war damals nicht homogen und ist es heute auch nicht. Die meisten haben sich höflich verhalten, auch wenn „der Ausländer“ einem nicht genehm war. In den 1980er-Jahren betrachtete man die Gastarbeiter als temporäres Phänomen. Ende der

**>> Fortsetzung auf Seite 41**



## Widerrufsrecht

## Widerrufsbelehrung auf Abschluss eines Versicherungsvertrages

Sie können Ihre Erklärung bis zum Ablauf von 30 Tagen nach Erhalt des Versicherungsscheins und der Bestimmungen und Informationen zum Vertrag (BIV) ohne Angabe von Gründen schriftlich widerrufen. Eine Erklärung in Textform (z.B. per Brief, Fax oder E-Mail) ist ausreichend. Zur Wahrung der

Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Der Widerruf ist zu richten an: DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung, Zweigniederlassung der AXA Lebensversicherung AG, Frankfurter Str. 50, 65189 Wiesbaden. Sofern der vorseitig genannte Ver-

sicherungsbeginn vor dem Ablauf der Widerrufsfrist liegt, bin ich damit einverstanden, dass der erste oder einmalige Beitrag (Einlösungsbeitrag) - abweichend von der gesetzlichen Regelung - vor Ablauf der Frist fällig d.h. unverzüglich zu zahlen ist.

## Einwilligung in die Erhebung und Verwendung von Gesundheitsdaten und Schweigepflichtentbindungserklärung

Die Regelungen des Versicherungsvertragsgesetzes, des Bundesdatenschutzgesetzes sowie anderer Datenschutzvorschriften enthalten keine ausreichenden Rechtsgrundlagen für die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von Gesundheitsdaten durch Versicherungen. Um Ihre Gesundheitsdaten für diese Beitrittserklärung und den Vertrag erheben und verwenden zu dürfen, benötigt die DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung, Zweigniederlassung der AXA Lebensversicherung AG (im Weiteren DBV-ZN genannt) daher Ihre datenschutzrechtliche(n) Einwilligung(en). Darüber hinaus benötigt die DBV-ZN Ihre Schweigepflichtentbindungen, um Ihre Gesundheitsdaten bei schweigepflichtigen Stellen, wie z.B. Ärzten, erheben zu dürfen. Als Unternehmen der Lebensversicherung benötigt die DBV-ZN Ihre Schweigepflichtentbindung ferner, um Ihre Gesundheitsdaten oder weitere nach § 203 Strafgesetzbuch geschützte Daten, wie z.B. die Tatsache, dass ein Vertrag mit Ihnen besteht, an andere Stellen, weiterleiten zu dürfen.

Die folgenden Einwilligungs- und Schweigepflichtentbindungserklärungen sind für die Begründung, Durchführung oder Beendigung Ihres Versicherungsvertrages in der DBV-ZN unentbehrlich. Sollten Sie diese nicht abgeben, wird der Abschluss des Vertrages in der Regel nicht möglich sein. Die Erklärungen betreffen den Umgang mit Ihren Gesundheitsdaten und sonstiger nach § 203 StGB geschützter Daten

- durch die DBV-ZN selbst (unter 1.),
- Abfrage von Gesundheitsdaten bei Dritten (unter 2.) und
- bei der Weitergabe an Stellen außerhalb der DBV-ZN (unter 3.).

Die Erklärungen gelten für die von Ihnen gesetzlich vertretenen Personen wie Ihre Kinder, soweit diese die Tragweite dieser Einwilligung nicht erkennen und daher keine eigenen Erklärungen abgeben können.

### 1. Erhebung, Speicherung und Nutzung der von Ihnen mitgeteilten Gesundheitsdaten durch die DBV-ZN

**Ich willige ein**, dass die DBV-ZN die von mir in dieser Beitrittserklärung und künftig mitgeteilten Gesundheitsdaten erhebt, speichert und nutzt, soweit dies zur Begründung, Durchführung oder Beendigung dieses Versicherungsvertrages erforderlich ist.

**Ich willige ein**, dass die DBV-ZN, soweit auf Grund von Kooperationen mit gesetzlichen Krankenkassen, Vereinen, Verbänden, Firmen oder sonstigen Dritten Vorteilsbedingungen gewährt werden, zwecks Prüfung, ob eine entsprechende Mitgliedschaft oder Zugehörigkeit mit Anspruch auf Vorteilsbedingungen besteht, mit den genannten Dritten einen Datenabgleich vornimmt und entbinde insoweit den Versicherer von der Schweigepflicht.

#### 1.1 Erhebung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Angaben zur Zugehörigkeit zu Gewerkschaften, Verbänden und anderen Kooperationspartnern

**Ich willige in** die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung meiner Angaben zur Zugehörigkeit zu Gewerkschaften, gesetzliche Krankenkassen, Vereinen, Unternehmen oder Verbänden (Kooperationspartner) ein, soweit dies zur Begründung, Durchführung oder Beendigung dieses Vertrages, insbesondere zur Berechnung meiner Versicherungsprämie erforderlich ist.

### 2. Abfrage von Gesundheitsdaten bei Dritten

#### 2.1. Erklärungen für den Fall Ihres Todes

Zur Prüfung der Leistungspflicht kann es auch nach Ihrem Tod erforderlich sein, gesundheitliche Angaben zu prüfen. Eine Prüfung kann auch erforderlich sein, wenn sich bis zu zehn Jahre nach Vertragsschluss für uns konkrete Anhaltspunkte dafür ergeben, dass bei der Antragstellung unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht wurden. Auch dafür bedürfen wir einer Einwilligung und Schweigepflichtentbindung.

Für den Fall meines Todes **willige ich in** die Erhebung meiner Gesundheitsdaten bei Dritten (Ärzten, Pflegepersonen, Bediensteten von Krankenhäusern, sonstigen Krankenanstalten, Pflegeheimen, Personenversicherern, gesetzlichen Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Behörden) zur Leistungsprüfung ein.

Ich befreie die genannten Personen und Mitarbeiter der genannten Einrichtungen von ihrer Schweigepflicht, soweit meine zulässigerweise gespeicherten Gesundheitsdaten aus Untersuchungen, Beratungen, Behandlungen sowie Versicherungsanträgen und -verträgen aus einem Zeitraum von bis zu zehn Jahren vor Antragstellung übermittelt werden.

Ich bin darüber hinaus damit einverstanden, dass in diesem Zusammenhang – soweit erforderlich – meine Gesundheitsdaten durch die DBV-ZN an diese Stellen weitergegeben werden und befreie auch insoweit die für die DBV-ZN tätigen Personen von ihrer Schweigepflicht.

### 3. Weitergabe Ihrer Gesundheitsdaten und weiterer nach § 203 StGB geschützter Daten an Stellen außerhalb der DBV-ZN

Die DBV-ZN verpflichtet die nachfolgenden Stellen vertraglich auf die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz und die Datensicherheit.

#### 3.1. Übertragung von Aufgaben auf andere Stellen (Unternehmen oder Personen) bzw. Datenweitergabe an selbstständige Vermittler

Die DBV-ZN führt bestimmte Aufgaben, wie zum Beispiel die Leistungsfallbearbeitung oder die telefonische Kundenbetreuung, bei denen es zu einer Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung Ihrer Gesundheitsdaten kommen kann, nicht selbst durch, sondern überträgt die Erledigung einer anderen Gesellschaft der AXA-Gruppe oder einer anderen Stelle. Werden hierbei Ihre nach § 203 StGB geschützten Daten weitergegeben, benötigt die DBV-ZN Ihre Schweigepflichtentbindung für sich und soweit erforderlich für die anderen Stellen.

Die DBV-ZN führt eine fortlaufend aktualisierte Liste über die Stellen und Kategorien von Stellen, die vereinbarungsgemäß Gesundheitsdaten für die DBV-ZN erheben, verarbeiten oder nutzen unter Angabe der übertragenen Aufgaben. Die zurzeit gültige Liste ist als Anlage der Einwilligungserklärung angefügt. Eine aktuelle Liste kann auch im Internet unter [www.dbv.de/Datenschutz](http://www.dbv.de/Datenschutz) eingesehen oder bei den in Ihren Vertragsunterlagen genannten Ansprechpartner/Betreuer angefordert werden. Für die Weitergabe Ihrer Gesundheitsdaten an und die Verwendung durch die in der Liste genannten Stellen benötigt die DBV-ZN Ihre Einwilligung.

**Ich willige ein**, dass die DBV-ZN meine Gesundheitsdaten an die in der oben erwähnten Liste genannten Stellen übermittelt und dass die Gesundheitsdaten dort für die angeführten Zwecke im gleichen Umfang erhoben, verarbeitet und genutzt werden, wie die DBV-ZN dies tun dürfte. Soweit erforderlich, entbinde ich die Mitarbeiter der AXA Unternehmensgruppe und sonstiger Stellen im Hinblick auf die Weitergabe von Gesundheitsdaten und anderer nach § 203 StGB geschützter Daten von ihrer Schweigepflicht.

#### Information zur Verwendung Ihrer Daten

Zur Einschätzung des zu versichernden Risikos vor dem Abschluss des Versicherungsvertrages, zur Durchführung des Vertragsverhältnisses, insbesondere im Leistungsfall, benötigen wir personenbezogene Daten von Ihnen. Die Verarbeitung und Nutzung dieser Daten ist gesetzlich geregelt. Die deutsche Versicherungswirtschaft hat sich in den Verhaltensregeln der deutschen Versicherungswirtschaft verpflichtet, nicht nur die gesetzlichen Vorgaben einzuhalten, sondern auch darüber hinaus weitere Maßnahmen zur Förderung des Datenschutzes zu ergreifen. Erläuterungen dazu können Sie den Verhaltensregeln entnehmen, die Sie im Internet unter [www.dbv.de](http://www.dbv.de) abrufen können. Ebenfalls im Internet abrufen können Sie Listen der Unternehmen unserer Gruppe, die an einer zentralisierten Datenverarbeitung teilnehmen sowie Listen der Auftragnehmer und der Dienstleister. Soweit die Verarbeitung Ihrer Daten auf der Grundlage einer ausdrücklichen Einwilligung- oder Schweigepflichtentbindungserklärung erfolgt, können Sie diese jederzeit widerrufen. Des Weiteren können Sie Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten beantragen sowie die Berichtigung Ihrer Daten verlangen, wenn diese unrichtig oder unvollständig sind. Ansprüche auf Löschung oder Sperrung Ihrer Daten können bestehen, wenn deren Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung sich als unzulässig oder nicht mehr erforderlich erweist. Diese Informationen gelten auch für die versicherte Person. Wenn die versicherte Person nicht zugleich Versicherungsnehmer ist, wird der Versicherungsnehmer diese Informationen der versicherten Person weiter geben. In allen diesen Fällen können Sie sich jederzeit an den Kunden- und Partnerservice der DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung Zweigniederlassung der AXA Lebensversicherung AG, Frankfurter Str. 50, 65189 Wiesbaden, telefonisch an 0221/148-41013, oder per Email an [service@dbv.de](mailto:service@dbv.de) wenden.

#### Allgemeine Hinweise

Mir ist bekannt, dass die Vereinigung Versicherungsnehmerin ist. Sie handelt in meinem Auftrag. Ich bevollmächtige die Vereinigung zur Vertretung bei der Abgabe und Entgegennahme aller das Versicherungsverhältnis betreffenden Willenserklärungen (einschließlich der Kündigung der Sterbegeldversicherung beim Ausscheiden des Mitglieds aus der Vereinigung); die Vertretungsbefugnis erstreckt sich jedoch nicht auf die Empfangnahme von Versicherungsleistungen und die Änderung des Bezugsrechts.

**Bei höherem Eintrittsalter können die zu zahlenden Beiträge in ihrem Gesamtbetrag die versicherte Leistung unter Umständen übersteigen.**

Eine Durchschrift der Beitrittserklärung wird mir unverzüglich nach Unterzeichnung zugesandt.

Auf diesen Vertrag findet das Recht der Bundesrepublik Deutschland Anwendung.

Soweit Vorteilsbedingungen gewährt werden, die vom Bestehen der Mitgliedschaft zu einer Gewerk-

schaft/Vereinigung abhängig sind, erfolgt ein Datenabgleich mit dieser Organisation ohne Bekanntgabe der Versicherungsinhalte.

Die für Ihre Versicherung zuständige Aufsichtsbehörde ist die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Postfach 1308, 53003 Bonn, Internet: [www.bafin.de](http://www.bafin.de).

Unser Unternehmen ist Mitglied im Verein Versicherungsombudsmann e.V., Postfach 080632, 10006 Berlin.

#### Versicherungsträger

DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung  
Zweigniederlassung der AXA Lebensversicherung AG  
Sitz der Gesellschaft Köln (HR B Nr. 271)  
USt.-Ident.-Nr.: DE 122786679

Vorsitzender des Aufsichtsrats: Dr. Thomas Buberl  
Vorstand: Dr. Alexander Vollert (Vors.), Dr. Andrea van Aubel,  
Etienne Bouas-Laurent, Dr. Patrick Dahmen, Jens Hasselbächer,  
Jens Warkentin.

Anschrift:  
Frankfurter StraÙe 50  
65189 Wiesbaden

## Tarif VG9/2015 - Monatsbeiträge für je 500 € Sterbegeld - Endalter Beitragszahlung 85 Jahre

Bei Eintrittsalter 15-74 ist die Unfallzusatzversicherung obligatorisch eingeschlossen

Als Eintrittsalter gilt die Differenz zwischen dem Beginnjahr der Versicherung minus dem Geburtsjahr der zu versichernden Person.

Eintrittsalter	Bruttobeitrag monatlich								
15	0,73 €	30	0,98 €	45	1,46 €	60	2,55 €	75	6,17 €
16	0,74 €	31	1,00 €	46	1,50 €	61	2,67 €	76	6,75 €
17	0,76 €	32	1,02 €	47	1,55 €	62	2,79 €	77	7,43 €
18	0,77 €	33	1,05 €	48	1,61 €	63	2,93 €	78	8,27 €
19	0,78 €	34	1,07 €	49	1,66 €	64	3,08 €	79	9,35 €
20	0,80 €	35	1,10 €	50	1,72 €	65	3,24 €	80	10,79 €
21	0,81 €	36	1,13 €	51	1,78 €	66	3,42 €		
22	0,83 €	37	1,16 €	52	1,85 €	67	3,61 €		
23	0,84 €	38	1,19 €	53	1,92 €	68	3,83 €		
24	0,86 €	39	1,22 €	54	1,99 €	69	4,06 €		
25	0,88 €	40	1,26 €	55	2,07 €	70	4,32 €		
26	0,90 €	41	1,29 €	56	2,15 €	71	4,61 €		
27	0,91 €	42	1,33 €	57	2,24 €	72	4,94 €		
28	0,93 €	43	1,37 €	58	2,34 €	73	5,31 €		
29	0,95 €	44	1,41 €	59	2,44 €	74	5,73 €		

Für andere Versicherungssummen ist der Beitrag entsprechend zu multiplizieren (z.B.: Bei einer Versicherungssumme von 3.000,- € = Beitrag x 6, bei einer Versicherungssumme von 5.000,- € = Beitrag x 10).

Die Monatsbeiträge sind versicherungstechnisch mit 2 Nachkommastellen gerechnet. Aus Vereinfachungsgründen sind aber nur 2 Nachkommastellen in der Beitragstabelle ausgewiesen. Deshalb kann es zu Rundungsdifferenzen kommen, die sich allerdings nur im Cent-Bereich bewegen.

Bitte hier abtrennen



### SEPA-Lastschriftmandat

Ich ermächtige das BFW der GEW, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom BFW der GEW auf mein Konto gezogene Lastschrift einzulösen.  
Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

**Zahlungsempfänger** Bildungs- und Förderungswerk der GEW e.V. (BFW der GEW)  
Gläubiger Reifenberger Str. 21, 60489 Frankfurt  
Gläubiger-Identifikationsnummer DE12ZZZ00000013915  
Mandatsreferenz wird gesondert mitgeteilt

### Zahlungspflichtiger

Vorname Kontoinhaber \_\_\_\_\_  
Nachname Kontoinhaber \_\_\_\_\_  
Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ) \_\_\_\_\_  
Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_  
PLZ, Ort \_\_\_\_\_  
Land \_\_\_\_\_  
Kreditinstitut \_\_\_\_\_  
IBAN DE \_\_\_\_\_  
BIC \_\_\_\_\_  
Ort, Datum \_\_\_\_\_  
Unterschrift \_\_\_\_\_

Bitte ausfüllen und zurücksenden



## Übersicht der Dienstleister des AXA Konzerns

gemäß der Einwilligungs- und Schweigepflichtenbindungserklärung

### Konzerngesellschaften, die an gemeinsamen Datenverarbeitungsverfahren der Stammdaten teilnehmen:

- AXA ART Versicherung AG
- AXA Bank AG
- AXA Customer Care GmbH
- AXA easy Versicherung AG
- AXA Konzern AG
- AXA Krankenversicherung AG
- AXA Lebensversicherung AG
- AXA Life Europe Ltd. Niederlassung Deutschland
- AXA Schaden Experten GmbH
- AXA Versicherung AG
- DBV Deutsche Beamtenversicherung AG
- Deutsche Ärzteversicherung AG
- Deutsche Ärzte Finanz Beratungs- und Vermittlungs-AG
- INREKA Finanz AG
- Kölner Spezial Beratungs-GmbH für betriebliche Altersversorgung
- Pro bAV Pensionskasse AG
- winExpertisa Gesellschaft zur Förderung beruflicher Vorsorge mbH
- win Health Consulting GmbH

### Dienstleister mit Datenverarbeitung als Hauptgegenstand des Auftrags (Einzelbenennung):

Auftraggebende Gesellschaft	Dienstleister	Gegenstand / Zweck der Beauftragung	Gesundheitsdaten
Alle Konzerngesellschaften	AXA Konzern AG	Antrags-, Vertrags-, Leistungsbearbeitung, Vermittlerbetreuung	ja
	AXA Group Solutions SA Zweigniederlassung Köln	Betrieb gruppenweiter IT-Anwendungen	nein
	AXA Logistic Services GmbH	Postbearbeitung, Antrags-, Vertrags-, Leistungsbearbeitung	ja
	AXA Technology Services Germany GmbH und GIE AXA Tech Belgium	Rechenzentrumsbetreiber	ja
	AXA Customer Care Center GmbH	Telefonischer Kundendienst	ja
	ARA GmbH	Telefonischer Kundendienst	nein
	AXA Assistance Deutschland GmbH	Telefonischer Kundendienst	ja
	GDV Dienstleistungs GmbH	Datentransfer mit Vermittlern und Dienstleistern	nein
AXA ART Versicherung AG	ACS Information Technologies UK Limited	Rechenzentrumsbetreiber	nein
AXA Krankenversicherung AG	Medx	Leistungsbearbeitung	ja
	ViaMed	Leistungsprüfung, Disease Management	ja
	ROLAND Assistance GmbH	Disease Management	ja <sup>1</sup>
	MedicalContact AG	Disease Management	ja <sup>1</sup>
	Sanvartis GmbH	Disease Management	ja <sup>1</sup>
	IMB Consult GmbH	Medizinische Gutachten	ja <sup>1</sup>
	AXA Kranken Makler GmbH	Vermittlerbetreuung	ja
AXA Lebensversicherung AG	AXA Bank	Depotverwaltung für Fondspolizen	nein
	April Deutschland AG	Bestands- und Leistungsbearbeitung	ja
	Vorsorge Lebensversicherung AG	Antrags- und Leistungsbearbeitung	ja
AXA Versicherung AG	AXA Assistance Deutschland GmbH	Disease Management, Durchführung KFZ-Kaskoversicherungen für Kreditkarteninhaber	ja <sup>1</sup>
	ROLAND Assistance GmbH	Disease Management	ja <sup>1</sup>
	April Deutschland AG	Bestands- und Leistungsbearbeitung	ja
	Versicherungsforen medi-part GmbH	Leistungsbearbeitung	ja <sup>1</sup>
	Actineo GmbH	Anforderung medizinische Gutachten	ja <sup>1</sup>
	Inter Partner Assistance S.A.	Schutzbriefleistungen	nein
	AXA Assistance Deutschland GmbH	Disease Management	ja <sup>1</sup>
	DBV Deutsche Beamtenversicherung AG	ROLAND Assistance GmbH	Disease Management
	Inter Partner Assistance S.A.	Schutzbriefleistungen	nein

### Kategorien von Dienstleistern, bei denen Datenverarbeitung kein Hauptgegenstand des Auftrages ist:

Auftraggebende Gesellschaft	Dienstleisterkategorie	Gegenstand / Zweck der Beauftragung	Gesundheitsdaten	
Alle Konzerngesellschaften	Adressermittler	Adressprüfung	nein	
	Gutachter	Antrags-/Leistungs-/Regressprüfung	zum Teil <sup>1</sup>	
	Assisteure	Assistanceleistungen	zum Teil <sup>1</sup>	
	Marktforschungsunternehmen	Marktforschung	nein	
	Marketingagenturen/-provider	Marketingaktionen	nein	
	Lettershops/Druckereien	Postsendungen/Newsletter (E-Mail)	nein	
	Aktenlager	Lagerung von Akten	ja	
	IT-Wartungsdienstleister	Wartung von Systemen/Anwendungen	ja	
	Rechtsanwaltskanzleien	Forderungseinzug	ja	
	Inkassounternehmen	Realisierung titulierter Forderungen	nein	
	Rückversicherer	Monitoring	ja	
	Entsorgungsunternehmen	Abfallbeseitigung	ja	
	Routenplaner	Unterstützung Schadenbearbeitung	nein	
	Heil-/Hilfsmittellieferant	Lieferung von Heil- und Hilfsmitteln	ja	
	Rehabilitationsdienst	Rehabilitationsmanagement	ja	
	<sup>1</sup> ggf. mit separater Einwilligung	Service-Gesellschaften	Leistungs- und Bestandsbearbeitung im Massengeschäft	nein

Eine aktuelle Version dieser Dienstleisterübersicht ist im Internet unter [www.AXA.de/Datenschutz](http://www.AXA.de/Datenschutz) einsehbar.

Hinweis: Steht Ihre besondere persönliche Situation den berechtigten Interessen des Unternehmens an einer Beauftragung entgegen, können Sie dieser Beauftragung ggf. widersprechen.

>> Fortsetzung von Seite 36

1980er gab es auch eine zunehmende Ausländerfeindlichkeit, die ihren Höhepunkt in den Brandanschlägen von Hoyerswerda, Mölln und Solingen fand. Aber meine Familie hat auch viel Zustimmung erfahren. Wir hatten deutsche Nachbarn, die uns sehr unterstützt haben.

**E&W:** Wie haben Sie die Lehrerinnen und Lehrer damals erlebt?

**Altug:** Ich habe sehr gute Erinnerungen, vor allem an meine Grundschullehrkräfte. Sie betrachteten Kinder aus Migrantenfamilien als Herausforderung im positiven Sinne. Das heißt aber nicht, dass alles glatt lief. Während meiner Promotion traf ich meine Klassenlehrerin aus der 4. Klasse wieder. Ich erfuhr, dass man in der Lehrerkonferenz diskutiert hatte, auf welche Schule ich kommen sollte. Nach meinen Noten hätte es eine klare Gymnasialempfehlung geben müssen. Aber es gab wenig Erfahrung mit Kindern aus Gastarbeiterfamilien auf Gymnasien. Also wurde ich auf die Realschule geschickt – weil ich Türke war.

**E&W:** Wie beurteilen Sie die Integration von Flüchtlingskindern an den Schulen heute?

**Altug:** Viele Probleme von damals gibt es immer noch. Heute ist auch noch der Aspekt dazugekommen, aus welcher sozialen Schicht man kommt. Migrantenkinder sind deshalb besonders häufig von Benachteiligung betroffen. Oft reichen die frühkindliche und die Sprachförderung nicht aus. Dabei geht es weniger um die Alltagssprache. Man muss Kinder auch früh für das Lesen begeistern. Das ist nicht nur ein Problem von Migranten. An dieser Stelle müssten wir heute – mit Blick auf die Erfahrungen der 1970er- und 1980er-Jahre – eigentlich weiter sein.

**E&W:** Gilt das auch für die Flüchtlingspolitik insgesamt?

**Altug:** Der Druck, dass neu Zugewanderte sich anpassen, ist stärker geworden. Dabei hat allerdings jeder eine andere Vorstellung. Viele wollen, dass Migranten und Flüchtlinge sich am besten von der Mehrheitsgesellschaft gar nicht mehr unterscheiden. Passiert das nicht, dann heißt es: „Geh dorthin

zurück, wo du herkommst!“ Aber jeder muss Rücksicht auf die Grundwerte der jeweils anderen nehmen und Toleranz üben.

**E&W:** Nachdem der Bundestag für die Armenien-Resolution gestimmt hat, haben Sie sich als DITIB-Vertreter (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion, Anm. d. Red.) von den türkischstämmigen Abgeordneten distanziert. Ist es intolerant, eine Parlaments-Abstimmung derart in Frage zu stellen?

**Altug:** Ich habe nicht die Abstimmung an sich in Frage gestellt. Ich habe nur eine Feststellung gemacht, wie sich türkischstämmige Menschen in Deutschland fühlen, ungeachtet dessen, wie ich persönlich denke. Viele dieser Menschen sind enttäuscht und fühlen sich an den Rand gedrängt.

**E&W:** Das klingt, als könnten Sie für alle Türken in Deutschland sprechen.

**Altug:** Wir haben nicht den Anspruch, für alle zu sprechen, aber wir vertreten eine sehr breite Basis, von der wir Rückmeldung bekommen. Es ist unsere Aufgabe, auch für sie eine Stimme zu sein.

**E&W:** Wie ist Ihre Prognose für die Entwicklung in Deutschland – bleiben wir ein weltoffenes Land?

**Altug:** Deutschland wird sich seine Kultur der Toleranz bewahren. Aber wir sind auch sehr verwöhnt. Wenn es ans Teilen geht, verstehen viele darunter, nur etwas abzugeben, was man ohnehin nicht braucht. Wir teilen also nicht unser Brot, sondern höchstens das Reststück auf dem Teller, solange es unseren Komfort nicht stört. Wenn wir die Flüchtlingsdebatte auf diesem Niveau weiterführen, dann schaffen wir es vielleicht doch nicht, unsere Werte zu bewahren.

Interview: Katja Irle, freie Journalistin

**\*Unter dem Motto „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ hat sich Anfang 2016 die „Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat – gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt“ gebildet. Die DGB-Gewerkschaften sind Mitglied der Allianz.**



Foto: dpa

„Der Druck, dass neu Zugewanderte sich anpassen, ist stärker geworden. Dabei hat allerdings jeder eine andere Vorstellung. Viele wollen, dass Migranten und Flüchtlinge sich am besten von der Mehrheitsgesellschaft gar nicht mehr unterscheiden. Passiert das nicht, dann heißt es: „Geh dorthin zurück, wo du herkommst!“, kritisiert Zekeriya Altug.



Graffiti in Kolumbiens Hauptstadt Bogotá: „Wir wollen Frieden.“  
Dieser ist nach dem gescheiterten Referendum leider noch nicht in Sicht.

Foto: Claudia Schroppel

## Noch nicht am Ziel

**// In Kolumbien haben Regierung und FARC-Guerilla vier Jahre lang über eine Friedensvereinbarung verhandelt. Nach der Ablehnung des Abkommens durch ein Referendum am 2. Oktober setzt sich die Bildungsgewerkschaft Fecode dafür ein, dass die Menschen des südamerikanischen Landes „den Krieg verlernen“. //**

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in Kolumbien leben gefährlich. Wer die Zentrale des größten Gewerkschaftsbundes CUT betritt, bemerkt, dass die Rezeption am Eingang offenkundig gegen Überfälle abgeschottet ist – dicke Wände und Panzerglas am Empfangstresen sollen Attacken mit Feuerwaffen verhindern. Insbesondere Funktionäre von Fecode (kolumbianische Föderation der Beschäftigten im Bildungswesen) müssen sich in gepanzerten Fahrzeugen bewegen und auf den Schutz von Leibwächtern vertrauen. Zu oft wurden Mitglieder der Organisation Opfer von Mordanschlägen. Mehr als 1 000 Aktive seiner Gewerkschaft seien seit 1985 ermordet worden, berichtete Fecode-Vorsitzender Luis Alberto Grubert im Gespräch mit einer Delegation von GEW- und ver.di-Mitgliedern aus Deutschland, die Kolumbien und Peru

im Sommer besuchten. Nach Angaben der Forschungseinrichtung „Nuevo Arco Iris“ („Neuer Regenbogen“) haben die Behörden nur in rund vier Prozent der Fälle die Mörder ermittelt und bestraft.

Lehrende sowie ihre Gewerkschaftsvertreter gehören in Kolumbien zu der am meisten von politischen Morden und Drohungen betroffenen Gruppe. CUT-Präsident Luis Alejandro Pedraza sieht die Ursache in erster Linie in dem jahrzehntelangen Bürgerkrieg, der das Land erschüttert hat. Paramilitärische Banden, Guerillagruppen und die Armee kämpften auf dem Land um die Kontrolle der Dörfer. Die Schulen vor Ort waren häufig die einzige oder wichtigste staatliche Einrichtung. Wenn Lehrkräfte sich weigerten, der Ideologie der einen oder anderen Seite zu folgen, gerieten sie zwischen die Fronten. Sowohl für Paramilitärs als auch für hochrangige Offiziere der Streitkräfte waren die Gewerkschaften nichts anderes als „Vorfeldorganisationen“ der Guerilla.

Was die Gewerkschaften an der kolumbianischen Regierung neben den Verbrechen, an denen diese beteiligt war, kritisieren, ist die Privatisierung der Bildung unter Santos und seinem Vorgänger Álvaro Uribe. Denn hier geht es aus gewerkschaftlicher Sicht um ein

Millionengeschäft. Fecode-Chef Grubert: „Wenn Lehrerinnen und Lehrer die Korruption angeprangert haben, die oft dahintersteht – beispielsweise bei der Essensversorgung der Kinder oder beim Bau neuer Schulen –, wurden sie zum Angriffsziel krimineller Banden und Todesschwadronen.“

Vor diesem Hintergrund setzen sich Fecode und CUT aktiv für den laufenden Friedensprozess zwischen der Santos-Regierung und der größten Guerillaorganisation des Landes, den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (FARC), ein. „Wir werden nicht ruhen, bis der Frieden unser Land erreicht, denn das wäre die beste Chance für alle Lehrkräfte und damit für unsere gesamte Schülerschaft, die die Garantie für ein besseres Kolumbien ist“, unterstreicht der Fecode-Vorsitzende. Seine Gewerkschaft hatte dazu aufgerufen, bei der Volksbefragung über den zwischen der Regierung und den FARC vereinbarten Friedensvertrag mit „Ja“ abzustimmen. In einem Brief an acht Millionen Eltern begründete die Gewerkschaft, warum der Friedensprozess unterstützt werden sollte. Mit Hilfe der Bildungsinternationale (BI), der Fecode wie GEW angehören, fand am 5. September in Bogotá ein „Internationales Lehrertreffen für den Frieden in Kolumbien“

statt. Als Hauptredner hob BI-Generalsekretär Fred van Leeuwen die Bedeutung aktiver Beteiligung der Lehrkräfte beim Aufbau einer gerechten, demokratischen und friedlichen Gesellschaft hervor. Hugo Yasky, Präsident des lateinamerikanischen Regionalkomitees der BI, kündigte an, die Inhalte des knapp 300 Seiten starken Friedensvertrages über Kolumbien hinaus bekannt zu machen: „Wir schreiben Geschichte. Die Entscheidung von Fecode ist mutig und repräsentiert wirklich nicht nur die Haltung der Lehrerinnen und Lehrer Kolumbiens, sondern aller Pädagoginnen und Pädagogen unseres Kontinents, die wissen, dass es ohne Frieden keine Gerechtigkeit geben kann.“

Das Ergebnis der Volksabstimmung hat die Gewerkschaften dann allerdings ernüchert. Bei einer Wahlbeteiligung von nur 37,4 Prozent votierten 50,2 Prozent der Teilnehmenden gegen das Abkommen, 49,8 Prozent stimmten dafür. Damit konnte die Angstkam-

pagne der extremen Rechten in Kolumbien, die Ex-Präsident Álvaro Uribe anführte, einen Erfolg verbuchen. Die Arbeitnehmerorganisationen fürchten nun, dass der Friedensprozess doch noch scheitern könnte, zumal Präsident Santos den mit der Guerilla ausgehandelten Waffenstillstand zunächst nur bis Ende Oktober befristet hatte und Gespräche mit den Gegnern des Abkommens aufnahm. In einem Schreiben an den Staatschef äußerte Fecode, sie befürchte, dass die Regierung und die rechte Opposition nun „politische und bürokratische Kompromisse“ aushandelten. Die Bildungsgewerkschaft erinnerte den Präsidenten auch daran, dass die Regierung ihren im Zusammenhang mit dem Friedensprozess erhobenen Forderungen, die Arbeitsbedingungen und den Schutz der Lehrkräfte zu verbessern, bislang nicht nachgekommen sei. „Kolumbien und wir Kolumbianer verdienen und fordern diese Chance, die uns der Frie-

den bietet“, warnt Grubert vor einem Scheitern des Prozesses.

Zugleich setzen die Gewerkschaften und andere Einrichtungen die Aufklärung über die in Havanna zwischen der Regierung und den FARC ausgehandelten Vereinbarungen fort. An dieser „Pädagogik für den Frieden“ beteiligt sich neben anderen Organisationen auch das Nationale Zentrum für historisches Gedenken (CNMH) in Bogotá. Das Institut hat eine Materialsammlung herausgegeben, die an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen dazu beitragen soll, „den Frieden zu lernen und den Krieg zu verlernen“, wie es María Emma Wills vom CNMH formuliert.

Kolumbiens Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter hoffen jetzt darauf, dass sich die internationale Gemeinschaft dafür einsetzt, dass der Friedensprozess nicht scheitert.

André Scheer,  
freier Journalist

STAMM Verlag  
**E&W**  
Verlagsreisen

## Mit Rad und Schiff durch Masuren Die zauberhafte Seenlandschaft Masurens erleben

29.07. - 05.08.2017 – 8-tägige Rad- und Schiffsreise

ab € 895,-  
p. P. in der Doppelkabine  
Einzelkabinen-Zuschlag € 395,- p. P.



Rund um die Masurische Seenplatte erleben Sie unverbrauchte Naturlandschaften und die Sehenswürdigkeiten aus einer mehr als 700-jährigen Geschichte. Sie sehen Burgen und trutzige Wehrkirchen, elegante Herrensitze, einsame Bauernhöfe und romantische Holzhäuser. Per Rad erkunden Sie Naturreservate, in denen Biber und Störche heimisch sind, und bummeln durch die Gassen malerischer Hafenstädte. Nehmen Sie sich Zeit für den Besuch eines farbenprächtigen Bauernmarktes und baden Sie in einem kristallklaren See. Während Sie Masuren per Rad entdecken, erwartet Sie bereits die Besatzung unseres Hotelschiffes. Sie wohnen auf der MS CLASSIC LADY, einem kleinen Passagierschiff mit Panoramarestaurant und Sonnendeck. Nach einem erlebnisreichen Radeltag können Sie die zauberhafte Seenlandschaft auch einmal vom Schiff aus bewundern.

### Das beinhaltet unsere Reise

- ✓ Transfer von Warschau zur Anlegestelle der MS CLASSIC LADY und zurück
- ✓ 7 Übernachtungen in Kabinen mit DU/WC
- ✓ Frühstück und Abendessen
- ✓ Bettwäsche und Handtücher
- ✓ Hafens-, Schleusen- & Brückensteuern
- ✓ deutschsprachige Reisebegleitung (auch während der Radtouren)
- ✓ Eintritte, Besichtigungen, Fähr- und Stocherkahnfahrt
- ✓ Informationsmaterial (1 x pro Kabine)

### Wunschleistungen

- ✓ Aufpreis Doppelkabine Oberdeck € 50,- p. P.
- ✓ Fahrradmiete für Unisex-Räder mit 7-Gang-Nabenschaltung, Rücktrittsbremse und Satteltasche € 55,- p. P. (zahlbar vor Ort)
- ✓ Fahrradmiete Elektrorad € 135,- p. P. (zahlbar vor Ort, begrenzte Anzahl, Voranmeldung erforderlich)

Anreise nach Warschau per Bahn oder Flug - wir beraten Sie gerne.

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter [www.gew.de/verlagsreisen](http://www.gew.de/verlagsreisen)

Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0

Veranstalter: tsmedialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

# Feudalistische Verhältnisse

**// Ortslehrkräfte an Europäischen Schulen haben am 1. September ein neues Statut erhalten, das die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung regelt. Aus Sicht vieler Betroffener ändert dieses an ihrer prekären Arbeitssituation aber kaum etwas. //**

„Ich schätze die internationale Atmosphäre“, sagt eine Ortslehrkraft (OLK), die nicht namentlich genannt werden will. Sie arbeitet seit vielen Jahren mit einjährigen Kettenverträgen an der Europäischen Schule (ES) in Frankfurt am Main. „Hätten wir eine echte Personalvertretung, vernünftige Verträge und eine faire Bezahlung, wäre alles in Ordnung. So aber hängt meine berufliche Existenz an einem seidenen Faden. Verringert sich der Personalbedarf der Schule, wirkt sich das auch auf mein Stundenbudget und damit auf mein Einkommen aus, ohne dass ich Anspruch auf Kompensation hätte“, sorgt sich die Kollegin.

Das Generalsekretariat der ES in Brüssel bezifferte den OLK-Anteil im Schuljahr 2015/2016 im Schnitt auf 37 Prozent des Lehrpersonals. Diese Zahl dürfte mittlerweile überholt sein. In der hessischen Bankenmetropole sind aktuell 100 Ortslehrkräfte beschäftigt und 73 von EU-Ländern abgeordnete Lehrkräfte, in Karlsruhe arbeiten 68 OLK und 51 abgeordnete. In den vergangenen Jahren ist der OLK-Anteil drastisch gestiegen. Nach Einschätzung des Generalsekretariats wird sich dieser Trend in Zukunft fortsetzen. „Wir alle haben keine Stimme im Schulsystem“, sagt eine andere OLK aus Frankfurt. „Nicht in den Personalvertretungen, nicht in Brüssel oder in Gremien wie Verwaltungsrat und Pädagogischem Komitee.“ Eine weitere OLK-Stimme aus der ES München ergänzt: „Wir haben eine sehr bemühte Schulleitung. Aber das ändert nichts an unserer Abhängigkeit. Denn wir sind stark vom Goodwill eines einzelnen Menschen abhängig. Eine Leistungsbeurteilung kann durch die Schulleitung, aber auch durch einen nationalen Inspektor erfolgen. Unser



Foto: Manfred Brinkmann

**In München steht eine der drei Europäischen Schulen in Deutschland. Die Schulen genießen einen guten Ruf, doch die Arbeitsbedingungen der Ortslehrkräfte sind schlecht: Kettenverträge, wenig Rechte, geringe Bezahlung.**

Hauptproblem ist die rechtlich unsichere Stellung. Wenn die Schule eine neue entsandte Lehrkraft erhält, kann sie nach den Dienstvorschriften dafür die OLK entlassen. Seit Kurzem wird den OLK zumindest eine Personalvertretung zugestanden. „Die seit Anfang September geltenden neuen Dienstvorschriften für die OLK geben den Schulleitungen nun gewisse Regeln vor. Ob das ausreicht, muss man sehen“, so die Münchner Kollegin, die ebenfalls anonym bleiben will.

## Unglaubliche Zustände

Die ES haben einen guten Ruf. Es gibt zurzeit 14 in der Europäischen Union (EU) mit 25 000 Schülerinnen und Schülern. Hier unterrichten zirka 2 200 Lehrkräfte die Kinder der Beschäftigten der Europäischen Kommission und anderer EU-Institutionen. Ihnen sollen der Schulbesuch in ihrer Muttersprache und der Erwerb eines international anerkannten Abschlusses ermöglicht werden. Deutschland hat drei ES: in Frankfurt, Karlsruhe und München. Von „unglaublichen arbeitsrechtlichen Zuständen, die gegen alle Konventionen

verstoßen“, spricht Jörg Cygan, Beauftragter für Europäische Schulen in der AG Auslandslehrkräfte (AGAL) der GEW. „Es gibt Kolleginnen und Kollegen, die werden seit 25 Jahren mit Einjahresverträgen abgespeist. Es kann sein, dass sie drei garantierte Unterrichtsstunden erhalten, in der Praxis aber 18 Stunden erteilen.“ Der zusätzliche Unterricht könne jederzeit reduziert werden. Es gebe keinen Anspruch darauf, der einzuklagen ist. Das habe tiefgreifende Konsequenzen für die OLK: „Sie können sich weder für den Kauf eines neuen Autos noch einer Wohnung Geld leihen. Denn für die Banken sind sie nicht kreditwürdig.“

Traditionell kennen die ES zwei Gruppen von Pädagoginnen und Pädagogen: abgeordnete Lehrerinnen und Lehrer sowie Ortslehrkräfte. Diese arbeiten zu sehr unterschiedlichen Bedingungen: Erstere werden offiziell von ihrem jeweiligen Heimatland delegiert, haben festgelegte Rechte und beziehen entsprechend den Regelungen ihres Heimatlandes Gehalt sowie weitere Zuschläge. OLK, ursprünglich als Ausnahme gedacht, um Engpässe bei den

national delegierten Lehrkräften zu überbrücken, werden von den Schulen direkt eingestellt – allerdings befristet. Sie verdienen in der Regel erheblich weniger als ihre Abgeordneten Kolleginnen und Kollegen.

„Für die Ortslehrkräfte gilt das europäische Arbeitsrecht nicht“, kritisiert Cygan. Unterstützt von der GEW hatten die Beschäftigten gegen die ständige Befristung ihrer Verträge geklagt. Nach deutschem Recht sind Kettenarbeitsverträge nicht zulässig. Die Kläger gingen deshalb bis vor das Bundesarbeitsgericht (BAG). Das BAG legte den Fall aufgrund seiner grundsätzlichen Bedeutung dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) vor. Dieser entschied 2015, dass die Europäischen Schulen – unabhängig vom europäischen oder nationalen Arbeitsrecht –, die Arbeitsbedingungen für die ES-Lehrkräfte festlegen können. „Früher hat uns noch das deutsche Arbeitsrecht geschützt“, bedauert ein Kol-

lege, der ebenfalls anonym bleiben will. „Die Beschwerdekammer der ES ist keine neutrale Instanz.“ Das Generalsekretariat hat nun in einem Statut erstmals einen verbindlichen Rechtsrahmen geschaffen. „Es bleibt weit hinter den Erwartungen der Kolleginnen und Kollegen zurück“, urteilt Cygan. Zum Beispiel wird die Zahl der zu erteilenden Unterrichtsstunden nicht garantiert.

**Perspektiven**

„Wir konstatieren einen gravierenden Mangel an demokratischer Legitimation“, kritisiert GEW-Vorsitzende Marlis Tepe. „Gewählte OLK-Vertreter und ihre Gewerkschaften sind zu keiner Zeit in die Erarbeitung des Statuts einbezogen worden.“ Einen von der GEW vorgelegten Alternativentwurf hat man in Brüssel nicht berücksichtigt. Immerhin: Die OLK sollen künftig nach zwei Fristverträgen, die maximal je zwei Jahre laufen dürfen, unbefristet eingestellt werden. Und: Ein

Personalausschuss mit zwei Vertretern (je einer für den Primar- und Sekundarbereich) soll ihre Interessen wahrnehmen. Ab 2018 soll es dann ein einheitliches Personalvertretungssystem für alle ES-Lehrkräfte geben. Da rechtlich alle Optionen ausgeschöpft sind, bleiben aus GEW-Sicht nur europäische Tarifverhandlungen als gangbarer Weg. Dafür bedürfe es, so die Gewerkschaft, der Federführung und Koordinierung durch die Regionalstruktur der weltweiten Dachorganisation der Bildungsgewerkschaften. Bei deren nächster Zusammenkunft im Dezember in Belgrad will die GEW einen Antrag für einen sozialen Dialog und Tarifverhandlungen an den ES einbringen. Nötig seien aber auch aktive Kolleginnen und Kollegen, so die Bildungsgewerkschaft weiter, die bereit sind, für ihre Rechte einzutreten.

Norbert Glaser,  
freier Journalist

**Skilanglaufreisen nach Skandinavien**  
www.die-vagabunden.de  
☎ 0 43 52 - 95 68 695

**TOSCANA**  
Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.  
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041  
info@aglionni.it, www.aglionni.it

**Klassenfahrten London mit oder ohne Sprachkurs**  
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm  
london@reichardt.eu, T: 06181 424830  
www.reichardt.eu

**Nordsee/Norddeich Freizeitgruppenhaus**  
Für Selbstversorger (max. 28 Pers.), ideal für Klassenfahrten/Freizeiten/Seminare, tolle Freizeitangebote, kompl. eingerichtet, Strandnähe.  
www.selbstversorgerhaus-nordsee.de Tel. 04941 / 68865

**CJD Malente –BILDUNGSZENTRUM–**  
die-chancengeber.de  
**Erlebnis-Klassenfahrten nach Malente / Holsteinische Schweiz: Teamentwicklung für Schulklassen**  
☀ Selbstvertrauen und Körperbeherrschung ☀ Training im Hochseilgarten Malente ☀ Ein Tag im Outdoor-Camp / GPS-Rallye  
www.cjd-malente.de  
Godenbergstr. 7b, 23714 Malente, fon 04523/9916-0, info@cjd-malente.de

**Z A R B** Arbeitsblätter kreativ & schnell erstellen  
Das unentbehrliche Basiswerkzeug für Lehrkräfte: Mit ZARB erstellen Sie differenzierte Lernaufgaben aus deutschen oder fremdsprachigen Texten, alltagstaugliche Arbeitsblätter, die fördern und fordern.  
Direkt im Textprogramm erzeugen Sie neue Rätsel, Lücken- und Fehlertexte, Schüttel- oder Schlangentexte und mehr. Kompetenzorientierte Übungen zu Wortschatz, Rechtschreibung, Grammatik, Satzbau, Textaufbau und Inhalt entstehen mit wenigen Mausklicks.  
hans zybyra software  
Waldquellenweg 52 · 33649 Bielefeld · Fon 0521.45366590 · info@zybyra.com · www.zybyra.com

**Ihre Reiseleiter in PARIS für Klassenfahrten und Gruppenreisen**  
erfahren agenturunabhängig preisgünstig  
**vinculum MUNDI** Stadtrundfahrten Ausflugsprogramme Rundreisen  
Tel.: +33 6 52 22 30 30  
www.vinculum-mundi.com

**TimeTEX** So leben Lehrer/innen leichter  
**Magnet-Streifen-Abroller selbstklebend**  
• 19 mm breit, 3 m oder 8 m lang  
• Unterrichtsmaterialien magnetisieren  
ab 3,45 €  
TimeTEX Hermedia Verlag GmbH · 93337 Riedenburg · Tel. 09442 92209-0 · www.timetex.de

**Berlin-Klassenfahrten**  
030 / 29 77 83 0  
**4 Tage „Mittenmang – ein Streifzug durch Berlin“ ab 89,00 € p.P.**  
inkl. 3 x Ü/F, Stadtrundfahrt und Currywurst, Spreebootstour, "Unterwegs in Berlin" - Junge Berliner zeigen Ihre Stadt  
**5 Tage „Grenzgänger“ ab 105,00 € p.P.**  
inkl. 4 x Ü/F, geführte Mauertour, Mauermuseum „Haus am Checkpoint Charlie“, DDR-Museum, Führung durch das ehemalige Stasigefängnis  
Städtereisen International  
Telefon: 030 / 29 77 83 0  
info@berlinunlimited.com  
www.berlinunlimited.com

**Boundless** Reisen entdecken  
**Ihr Großbritannienspezialist für Wander- und Studienreisen**  
www.boundless-reisen.de

**„Enttäuscht“**

(E&W 7-8/2016, Seite 34: „Teil umfassender Bildung“)

Mit Blick auf den E&W-Schwerpunkt „Stiftungen“ in der Juni-Ausgabe habe ich ein kritisches Interview mit Michael Fritz, dem Vorsitzenden der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ erwartet. Leider wurde ich enttäuscht.



Denn es gab im Gespräch keinen Hinweis zur Partnerschaft einer Siemens Stiftung, der Dietmar Hopp Stiftung. Es sind die fehlenden Ressourcen, die uns im Berufsalltag einschränken und uns in die Arme von „Wohltätern“ treiben. Dass Fritz seine Stiftung als uneigennützig darstellt, lässt mich allerdings aufhorchen. Besonders dann, wenn ich in deren Jahresbericht 2014 lese: „Kita-Projekt mit Rolls-Royce“.

Tobias Hase, Eisenberg

**„Schande“**

(E&W 9/2016, Seite 6 ff.: Schwerpunkt „Lern-Räume“)

Vielen Dank für den Bericht über die Schulgebäude unseres Wohlfahrtsstaates. Zu Recht wird darin dreimal von „Schande“ gesprochen. Das betrifft nicht nur die Lern-Räume als „dritte Pädagogen“, sondern auch den vierten Eckpfeiler, das Schulesen.

Jens Ammoser, Gutach

**„Abwarten“**

(E&W 9/2016, Seite 36 f.: „Nicht ohne deine Daten“)

E&W berichtet, dass Niedersachsen 500 Stellen für Schulsozialarbeit schaffe, „weil es nicht anders geht“. Es könnte leicht der Eindruck entstehen, es handle sich hier um neue Arbeitsplätze. Tatsächlich sind diese in kommunaler bzw. externer Trägerschaft bereits seit Jahren vorhanden, laufen aber, weil befristet, Ende 2016 aus. Viele Kolleginnen und Kollegen haben in diesem sogenannten Hauptschulprofilierungsprogramm über mehrere, teils über zehn Jahre gearbeitet und die Schulsozialarbeit etabliert. Häufig waren sie dabei an zwei Schulen mit je 50 Prozent beschäftigt, um auf ein

volles Gehalt zu kommen, oder aber der Schulträger übernahm die Restkosten für eine volle Stelle.

Ab Januar 2017 wird Schulsozialarbeit in Niedersachsen zur Landesaufgabe. Obwohl die zukünftig unbefristeten Verträge im Landesdienst zu begrüßen sind, beinhaltet die Änderung auch einige nicht unwesentliche Nachteile für die betroffenen Fachkräfte. Diese können sich zwar auf ihren ehemaligen Arbeitsplatz bewerben. Allerdings häufig zu schlechteren Bedingungen als bisher. In der Regel werden jetzt 75-Prozent-Teilzeit-Stellen angeboten. Eine mögliche Aufstockung auf Vollzeit durch den Einsatz an einer zweiten Schule dürfte eher die Ausnahme bleiben. Sie wäre im Interesse einer sinnvollen Schulsozialarbeit auch fragwürdig. Die Gehaltseinbußen im Tarifvertrag der Länder (TVL) sind gegenüber dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) erheblich. Ebenso besteht das Risiko des Entgeltstufenverlusts, da es sich um Neueinstellungen handelt. Selbst bei langjähriger Berufserfahrung besteht die Gefahr des Arbeitsplatzverlustes, da ggf. die nun erforderliche Qualifikation fehlen könnte. Dass die Stellen endlich unbefristet angeboten werden, ist notwendig und erfreulich. Aber ob dieser Vorteil ausreicht, langfristig gut qualifiziertes Personal zu binden, bleibt abzuwarten.

Rita Nienstedt, Schulsozialpädagogin



**„So nicht!“**

(E&W 10/2016, Seite 27: „Asyl: Vorurteil und Fakt“)

Selten findet man ein treffenderes Beispiel, das so sinnfällig aufzeigt, wie man auf keinen Fall argumentieren sollte.

1. Fehler: Der Autor Christoph Ruf bekämpft Positionen, die so kaum jemand ernsthaft vorträgt, von denen er aber annimmt, dass es dafür gute Gegenargumente gebe. Niemand würde vermutlich behaupten, dass „alle muslimischen Flüchtlinge nach Deutschland wollen“, aber das „alle“ ist ja denkbar einfach zu widerlegen.

2. Fehler: Ruf hat die Argumente des politischen Gegners gar nicht verstanden. AfDler (Sympathisanten und Mitglieder der



„Alternative für Deutschland“) würden (anders als der Autor unterstellt) kaum äußern, dass Flüchtlinge in den muslimischen Ländern besser aufgehoben seien. AfD-Anhänger würden im Gegenteil argumentieren, dass alle geflüchteten Menschen nach Deutschland wollten, nicht obwohl, sondern weil sie sich hier auf Kosten der deutschen Gesellschaft viel besser aufgehoben fühlten.

3. Fehler: Der Journalist wirft auch mit Zahlen um sich, wohl in der Hoffnung, dass das Eindruck schinde, selbst wenn die Zahlen nichts zur Argumentation beitragen. Denn die Tatsache, dass wesentlich mehr muslimische Flüchtlinge in islamischen Ländern untergekommen sind, sagt nichts über deren wirkliche Ziele aus.

4. Fehler: Vor der eigentlich brisanten und kaum zufriedenstellend zu beantwortenden Frage drückt sich der Autor komplett, nämlich: Welche und wie viele Migranten kann und möchte unsere Gesellschaft aufnehmen? Wie lange und unter welchen Bedingungen kann das geschehen?

Aber Ruf drückt sich nicht allein. Oder muss man besser sagen, „verdrängt“ nicht allein? Der öffentliche Diskurs über die Flüchtlingsfrage bewegt sich weit überwiegend auf diesem niedrigen Problem-Verdrängungs-Niveau, wie die E&W es dankenswerterweise zur „Abschreckung“ veröffentlicht hat.

Rudolf Wedekind, Hamburg

**E&W-Briefkasten**

**Postanschrift der Redaktion:**

**Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**

**Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.**

**E-Mail: [renate.koerner@gew.de](mailto:renate.koerner@gew.de)**

**Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.**

**NEUERSCHEINUNG**  
**„Anleitung gegen den Krieg“**  
 von Henrik Paulitz



Taschenbuch, 236 Seiten

Akademie Bergstraße für Ressourcen-, Demokratie- und Friedensforschung  
[www.akademie-bergstrasse.de](http://www.akademie-bergstrasse.de)

**Behutsam die Welt entdecken**

- ✓ Fernreisen weltweit
- ✓ Studien- und Begegnungsreisen
- ✓ preiswerte Flugtickets für Schüleraustausch



[www.Alternativ-Tours.de](http://www.Alternativ-Tours.de)

Alternativ-Tours Otto-Suhr-Allee 59  
 Tel. (030) 21 23 41 90 10585 Berlin

**AMERIKA · ASIEN · AUSTRALIEN**

Ihre Anzeige in der  
**E&W Erziehung und Wissenschaft**  
 rufen Sie uns an:  
 0201 843 00 - 31

**WENDELSTEIN® KLINIK**

Krankenhaus für Neurologie, Psychiatrie, Innere Medizin und Psychosomatik

- Depressionen
- Schmerzstörungen
- Ängste
- Posttraumatische Belastungsstörungen

Geben Sie nicht auf!



**WIR HELFEN IHNEN WEITER**

WENDELSTEIN KLINIK  
 Reutlinger Str. 20 · 72501 Gammertingen  
 0 75 74 - 845  
[www.wendelsteinklinik.de](http://www.wendelsteinklinik.de)

beihilfefähiges privates Akut-Fachkrankenhaus

**Klassenfahrten Versailles**  
 mit oder ohne Sprachkurs  
 ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm  
 versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830  
[www.reichardt.eu](http://www.reichardt.eu)

**Andalusien**  
 Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung. Für Wanderer ein Paradies.  
 T: 05171/16343 [www.la-ruca.de](http://www.la-ruca.de)

**Nordsee Klassenfahrten**  
 Eure Hallig-Gruppenunterkunft im Weltnaturerbe Wattenmeer für Freizeiten, Projektfahrten, Seminare...  
 Telefon: 04849 / 90 99 60  
[www.ferienwarf.de](http://www.ferienwarf.de)

**Insel Rügen:** Ferienwohnungen mit moderner Ausstattung in Putbus, für 2-4 Pers., mit Balkon, 2 Schlafzimmer, von privat, ruhig, sonnig, Natur pur, Tel. 038301 60289  
[www.alte-tischlerei-putbus.de](http://www.alte-tischlerei-putbus.de)

[www.schulorganisation.com](http://www.schulorganisation.com)

**FLSCHULORGANISATION**  
 Verlage Flöttmann & Langenkämper

**Klassenfahrten, Abi- & Studienreisen nach Berlin**  
[www.berlinreisen.de](http://www.berlinreisen.de)

**Die Wollmarshöhe**

 **Klinik Wollmarshöhe**

**Akutfachkrankenhaus für psychosomatische Medizin**

Kurzzeittherapie bei Burn-out und Stressfolgeerkrankungen

Für Privatversicherte, Beihilferechtigte, Selbstzahler

Stationär, teilstationär, ambulant

Therapeutisch-ganzheitliches Konzept - moderne Diagnostik und Therapieplanung

Neurologische und psychokardiologische Abklärung

Zeitgemäße Einrichtung und Ausstattung, schönes Ambiente, Nähe Bodensee (Bodnegg)

Gerne senden wir Ihnen unser Exposé.  
[info@klinik-wollmarshoehe.de](mailto:info@klinik-wollmarshoehe.de)

Information / Auskunft:  
 07520 927-0

[www.wollmarshoehe.de](http://www.wollmarshoehe.de)



**AGARIA TOURS**  
 Fachveranstalter für Pragreisen

**PRAHA**

**Prag? Nur mit uns!**  
 Vor Ort Service:  
 Wir sind immer für Sie da.



Infos: 040 / 280 95 90 • [www.agaria.de](http://www.agaria.de) • [prag@agaria.de](mailto:prag@agaria.de)

**MEDIAN**

**Wenn Engagement krank macht ...**

- Depressionen · Essstörungen · Abhängigkeiten
- Burn-Out und Stresserkrankungen · Lebenskrisen
- Angsterkrankungen · Bipolare Störungen

Unser Konzept: Individuelles Programm, Schwerpunkt Einzeltherapie  
 Selbstfürsorge stärken und neue Orientierung finden

Bei der Klärung der Kostenübernahme sind wir Ihnen gerne behilflich.

MEDIAN Privatklinik Berggarten Deidesheim · Fachklinik für Psychosomatik und klinische Psychotherapie · Im Oberen Grain 1 · 671 46 Deidesheim · Telefon +49 6326 7008-0  
[kontakt.berggarten@median-kliniken.de](mailto:kontakt.berggarten@median-kliniken.de) · [www.median-kliniken.de](http://www.median-kliniken.de)

[www.exagon.ch](http://www.exagon.ch)

**Kerzen und Seifen selber machen**

Beste Rohmaterialien, Gerätschaften und Zubehör für Hobby, Schulen, Kirchen und Werkstätten.

EXAGON, Industriepark 202, DE-78244 Gottmadingen, [exagon@t-online.de](mailto:exagon@t-online.de)



**STUDY - EXPLORE - TRAVEL**

**STUDIENREISEN LONDON**  
**KLASSENFAHRTEN ENGLAND**

[www.s-e-t.de](http://www.s-e-t.de)



# Diesmal



Cartoon: Thomas Pfaffmann

DIGITALPAKT... KLASSE 5b... TABLETS IM EINSATZ